

Gernika und Deutschland

Geschichte einer Versöhnung

Michael Kasper

R E D G E R N I K A

bakeaz
gernika gogoratuz

Red Gernika

Internationales Netzwerk zur Unterstützung von Versöhnungsprozessen

Nach drei Jahren Vorarbeiten und aufgrund der während der 6. Internationalen Kultur- und Friedenstage erzielten Übereinstimmung wurde 1996 das Netzwerk **Red Gernika** in Gang gesetzt.

Seine Aufgabe besteht darin, in jedwedem Teil der Welt Anstrengungen zu unterstützen, denen ein Versöhnungshorizont zugrunde liegt. Momentan erstreckt sich das Netzwerk über vierzig Länder mit insgesamt 43 nationalen und internationalen Institutionen und dreißig individuellen Mitgliedern. Die Vollversammlung der **Red Gernika** findet alljährlich während der Kultur- und Friedenstage in Gernika statt.

Das Netzwerk verfügt über ein Sekretariat, eine Gruppe für Forschung und Schulung sowie einen Dienst für Dokumentation und Publikation. Seine Philosophie und die durchgeführten Aktivitäten können über Internet konsultiert werden.

Gernika Gogoratuz

Gernika Gogoratuz ist ein unabhängiges Zentrum für Friedensforschung und Transformation von Konflikten, das im April 1987 — mit dem 60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika zusammenfallend — auf einstimmige Ent-

scheidung des baskischen Parlaments gegründet wurde. Gernika Gogoratuz trägt dazu bei, das Friedenssymbol Gernika zu bewahren und zu bereichern.

Die Aufgabe von Gernika Gogoratuz ist es, mit der Unterstützung wissenschaftlicher Reflexion zur Bildung eines emanzipatorischen, gerechten, dauerhaften und versöhnlichen Friedens beizutragen, sowohl im Baskenland als auch in der ganzen Welt.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe führt Gernika Gogoratuz folgende Tätigkeiten durch:

- Beratung und Vermittlung bei sozialen und politischen Konflikten. Seit acht Jahren vermittelt Gernika Gogoratuz — oft auf vertrauliche Weise — im baskischen Konflikt.
- Seit acht Jahren alljährliche Veranstaltung der *Internationalen Kultur- und Friedenstage*, in Zusammenarbeit mit der Stadt Gernika.
- In Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten Durchführung und Förderung von Arbeiten im Bereich partizipativer Aktion-Forschung zur Unterstützung der Vermittlung im Konfliktfall.

(Fortsetzung auf der nächsten Umschlagseite)

Gernika und Deutschland

Geschichte einer Versöhnung

Diese Forschungsarbeit ist von Gernika Gogoratuz gefördert worden, in Zusammenarbeit mit den baskischen Landesministerien für Justiz, Wirtschaft, Arbeit und Soziales und der Generaldirektion IA für Multilaterale Beziehungen, Menschenrechte und Demokratisierung der Europäischen Kommission.



EUROPÄISCHE KOMMISSION
Generaldirektion IA
Außenbeziehungen: Europa und Neue Unabhängige Staaten,
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Außendienst
Direktion A - Multilaterale Beziehungen
Menschrechte und Demokratie



Gernika und Deutschland

Geschichte einer Versöhnung

Michael Kasper



Sammlung Red Gernika

Direktor: Juan Gutiérrez

© Michael Kasper, 1998

© Bakeaz, 1998

Avda. Zuberoa, 43-bajo • E-48012 Bilbao
Tel. 0034 4 4213719 • Fax 0034 4 4216502
E-mail: bakeaz@sarenet.es

© Gernika Gogoratuz, 1998

Arte kale, 1 • E-48300 Gernika-Lumo
Tel. 0034 4 6253558 • Fax 0034 4 6256765
E-mail: gernikag@sarenet.es

ISBN: 84-88949-26-X

D.L.: BI-714-98

Inhalt

Vorstellung von Gernika Gogoratuz	9
Vorwort des Bürgermeisters von Gernika-Lumo	11
Einführung	13
I. Versöhnung	19
II. Die <i>Wiedergutmachung</i> der NS-Verbrechen	21
III. Die deutsche <i>Vergangenheitsbewältigung</i>	27
IV. Die <i>Comisión Gernika</i>	35
V. Petra Kelly und das Friedensforschungszentrum	47
VI. Die Bundeswehr und Picassos <i>Guernica</i>	57
VII. Die Partnerschaft zwischen Gernika und Pforzheim	59
VIII. Das <i>Projekt Gernika</i>	67
IX. Die Initiative <i>Gegen das Vergessen</i>	79
X. <i>Gernika Gogoratuz</i> und die Botschaft des Bundespräsidenten	83
XI. Schlußwort	91
Anmerkungen	95
Auswahlbibliographie	103

Vorstellung

Gernika Gogoratuz stellt sich die Aufgabe, Beiträge zum Symbolgehalt Gernikas zu leisten. Zu diesem Zweck wurde mit der Professorin für Zeitgeschichte María Jesús Cava Mesa vereinbart, eine Forschungsarbeit durchzuführen, die 1996 mit dem Titel *Memoria colectiva del bombardeo de Gernika* (Kollektive Erinnerung an die Bombardierung von Gernika) veröffentlicht wurde.

Ebenso wurde Michael Kasper beauftragt, eine wissenschaftliche Studie zu erstellen, die im vorliegenden Buch wiedergegeben wird: *Gernika und Deutschland. Geschichte einer Versöhnung*.

Außerdem haben wir den Bürgermeister von Gernika-Lumo und Präsidenten von Gernika Gogoratuz darum gebeten, die Sicht der Stadt Gernika über dieses Thema im Vorwort darzustellen. Es ist uns eine Ehre, daß er dieser Bitte nachgekommen ist.

Juan Gutiérrez
Direktor von Gernika Gogoratuz

Vorwort

Es ist nicht leicht, die *Geschichte* der Beziehungen wiederzugeben, die Gernika fast zwanzig Jahre lang zum deutschen Parlament, seiner Regierung und den politischen Parteien Deutschlands sowie zu den Bürgern und den Autoritäten unserer Partnerstadt Pforzheim unterhalten hat.

Den damaligen Vorstellungen, als die spanische Demokratie noch jung war, fehlte zweifellos politische Weitsicht, denn die Parteien und unsere Institutionen waren gerade erst im Entstehen. Die Wünsche, die Forderungen und auch die Hoffnungen vieler waren oft nicht realistisch. In jedem Fall aber ist es wichtig und ehrlich, die Arbeit all derer anzuerkennen, die auf die eine oder andere Weise versuchten, unsere Völker zu versöhnen.

Im Jahr 1987 jährte sich zum 50. Mal die Zerstörung Gernikas durch die deutsche Luftwaffe (Legion Condor), was in Absprache mit General Franco erfolgt war. Viele von uns dachten damals, daß genug Zeit vergangen sei, um die Gefühle von Unversöhnlichkeit, Groll und Haß aufzugeben. Wir konnten nicht zulassen, daß die neuen, in der Demokratie geborenen Generationen mit dieser Last lebten. Darum beschlossen wir, eine solidarischere und brüderlichere Zukunft zu schaffen.

Gernika wurde zur Stadt des Friedens ernannt, und um zu beweisen, daß man es mit dem neu eingeschlagenen Weg ernst meinte, beschlossen die Autoritäten Gernikas, die Partnerschaft mit der deutschen Stadt Pforzheim einzugehen. Andererseits nahm der Bundestag auf Betreiben der Grünen eine Initiative an, die im Gegenzug die gegenseitigen Wünsche nach Frieden und Eintracht ausdrücken sollte.

Die Zeit verging jedoch, und in Gernika stellte man verwirrt und sprachlos fest, wie eine Vereinbarung unerfüllt blieb, die von

Deutschen selbst vorgeschlagen und beschlossen worden war. Das Projekt Gernika, das so viele Illusionen geschürt und Hoffnungen geweckt hatte, scheiterte, weil es einigen deutschen Politikern, deren Haltung wir bis heute nicht verstehen, an gutem Willen fehlte. Die Bürger Gernikas konnten die ständigen *Hinhalte*manöver der deutschen Bundesregierung nicht auf unbegrenzte Zeit hinnehmen.

Sowohl in Gernika als auch in Deutschland ist es jedoch notwendig, die Partnerschaft mit Pforzheim und unsere Beziehungen zum Bundestag und zur deutschen Regierung klar zu erkennen und zu unterscheiden. Mit ersterer sind wir zufrieden; junge Deutsche sind in unsere Stadt gekommen und Gernikaner nach Pforzheim; sie kennen sich, sie schätzen sich, arbeiten, denken und vergnügen sich gemeinsam..., sie gehen brüderlich vereint den Weg in eine bessere Gesellschaft. Von den Beziehungen zum Bundestag und zur Bundesregierung können wir nur sagen, daß wir uns ihrer voll Schmerz und Enttäuschung erinnern.

So bleibt von meiner Seite nur zu bekräftigen, daß die Geste des deutschen Bundespräsidenten, die Überlebenden der Bombardierung am 60. Jahrestag um Verzeihung zu bitten, von unserer Stadt gern angenommen wurde. Die Bürgerinnen und Bürger von Gernika haben ihre Katharsis bereits mit dem 50. Jahrestag der Bombardierung vollzogen; jetzt müssen die Deutschen die ihre verwirklichen: Ist die Geste des Präsidenten genug? Die Deutschen müssen entscheiden.

Andererseits muß man der Gerechtigkeit halber die ausgezeichnete Arbeit hervorheben, die Gernika Gogoratuz zugunsten der Versöhnung geleistet hat. Unter anderem ist es dieser Gruppe zu verdanken, daß der deutsche Bundespräsident Herzog einen Brief an die Einwohner Gernikas schickte und daß das Treffen der überlebenden Zeitzeugen der Bombardierung stattfand, woran Vertreter deutscher Institutionen teilnahmen. Es handelt sich um zwei Ereignisse von fundamentaler Bedeutung, denen die Geschichte ihren Platz zuweisen wird.

Zum Schluß und um Mißverständnisse und Fehlinterpretationen — auch böswilliger Art — zu vermeiden, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß der letzte Bundestagsbeschluß bezüglich eines "Beitrags" zum Bau von Sportanlagen in Gernika von unserem Stadtrat einstimmig angenommen wurde, weil wir es als eine "ausgestreckte Hand zur Versöhnung" betrachten, niemals aber als eine Entschädigung oder Wiedergutmachung für das Massaker von 1937, dessen Folgen nie mit Geld aufgewogen werden können.

Eduardo Vallejo de Olejua
Oberbürgermeister von Gernika-Lumo

Einführung

Am 27. April 1997 ging eine Nachricht um die Welt: Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Roman Herzog, ließ durch seinen Botschafter in Madrid, Henning Wegener, auf dem Marktplatz von Gernika öffentlich erklären, daß er die Schuld der Deutschen bei der Zerstörung Gernikas eingestand, das genau sechzig Jahre und einen Tag vorher von der Legion Condor bombardiert worden war. Und er bat die Überlebenden um Vergebung:

Ich möchte mich der Vergangenheit stellen und mich zur schuldhaften Verstrickung deutscher Flieger ausdrücklich bekennen. An Sie als Überlebende des Angriffs, als Zeugen des erlittenen Grauens richte ich meine Botschaft des Gedenkens, des Mitgefühls und der Trauer.¹

Es war eine keinesfalls alltägliche Nachricht des höchsten Repräsentanten eines Landes, anlässlich eines Verbrechens, das die Luftwaffe seines vorherigen Regimes als Hilfstruppe aufständischer Militärs im Bürgerkrieg eines anderen Landes begangen hatte, und das in einer Zeit, die man seit langem überwunden glaubte. Die Worte von Roman Herzog erkannten indirekt die große symbolische Bedeutung von Gernika an.

Die Bombardierung von Gernika, der *heiligen* Stadt der Basken, war die erste flächendeckende Bombardierung einer ungeschützten, nicht direkt am Kriegsgeschehen beteiligten Stadt; hunderte von Menschen starben. Es war die deutsche Generalprobe für den modernen Luftkrieg. Für einige Historiker war es der erste Akt des Zweiten Weltkrieges, der acht Jahre später mit der Auslöschung ganzer Großstädte und mit dem Tod Hunderttausender enden sollte. Die Zerstörung Gernikas rief sofort einen Schrei des Entsetzens in der

ganzen Welt hervor, und das in Gernika erlebte Grauen wurde von Pablo Picasso in seinem berühmten Gemälde *Guernica* verewigt. Die Zerstörung des Symbols der baskischen Demokratie und der baskischen Freiheiten wurde somit zum Symbol der Schrecken des modernen Krieges.

Kurz nach der Zerstörung der Stadt begann eine bewegte Debatte um die Gründe der Bombardierung und die Verantwortung dafür. Während die aufständischen Militärs und die Legion Condor beschuldigt wurden, einen hemmungslosen Terrorangriff durchgeführt zu haben, verbreitete die franquistische Seite, daß die baskischen Nationalisten und die *Roten* selbst die Stadt bei ihrem Rückzug in Brand gesteckt hätten. Trotz allem stagnierte die Forschung über die Bombardierung von Gernika vierzig Jahre lang, weil die franquistische Diktatur jedwede wissenschaftliche, politische und menschliche Behandlung dieses Themas unterband.

Erst nach dem Tod des Diktators wurden zwischen 1975 und 1977 verschiedene Bücher veröffentlicht, die die offenen Fragen umfassend behandelten.² Eines stammt von einem deutschen Militär, dem Major der Luftwaffe Klaus A. Maier, der nach Untersuchung von in deutschen Militärarchiven aufgefundenen Dokumenten eindeutig zu dem Schluß kam, daß deutsche Flieger Gernika zerstört hatten.³ Seitdem wurde viel über Gernika geschrieben; die Ergebnisse werden jedoch immer als lückenhaft bezeichnet werden müssen, solange die spanischen Militärarchive nicht zugänglich sind. So wird weiterhin Unsicherheit darüber bestehen, wer letztendlich den Befehl zum Angriff gab und was die wirklichen Ziele waren. Wenn es jedoch darum geht, Verantwortlichkeiten zu erkennen, dann sollte eines klar sein:

In und mit Gernika begann eine neue Phase in der Geschichte der Barbarei. Deutsche haben sie begonnen. Obwohl die franquistischen Militärs der Bombardierung Gernikas ausdrücklich zugestimmt haben, war Gernika [...] ein *deutsches Projekt*, für das die Deutschen im historischen Sinne verantwortlich sind.⁴

Nach dem Tod des Diktators konnten die Einwohner von Gernika den Jahrestag der Bombardierung ihrer Stadt erstmals in Freiheit begehen. Aber entgegen dem, was man erwarten konnte, empfanden viele Gernikaner keinen Haß ihren einstigen Henkern gegenüber, sondern ihnen wohnte ein wahrer Wunsch nach Versöhnung inne. Seitdem sind die Beziehungen zwischen Gernika und Deutschland von einer allmählichen Annäherung auf der Suche nach

einer deutschen Versöhnungsgeste geprägt. In der baskischen Kleinstadt herrschte der Wunsch vor, auf diese Weise die Narben der Vergangenheit zu heilen und sich einer Zukunft in Frieden und Eintracht zuzuwenden. In Gernika existierte das, was die Friedensforscher *Versöhnungshorizont* nennen, d.h. der ehrliche Wille zur Versöhnung mit demehemaligen Gegner.

In Deutschland dagegen war der *Versöhnungshorizont* Gernika gegenüber noch nicht weit fortgeschritten. Man kannte zwar das Gemälde von Picasso, aber die Bombardierung von Gernika stellte nicht mehr dar als eine unbedeutendere Episode in der langen Reihe der NS-Verbrechen, und der symbolische Charakter von Gernika war praktisch unbekannt. Vielen Deutschen war die Erinnerung an diese schmerzhafteste Epoche sogar äußerst unangenehm, und sie zogen es vor zu vergessen. Die Realisierung einer Versöhnungsgeste gegenüber Gernika zog die Anerkennung der deutschen Schuld an der Bombardierung mit sich und befand sich darum im Zentrum einer Diskussion, die das Gewissen vieler Deutschen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beunruhigt: die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Auf der einen Seite stehen die Deutschen, die die NS-Vergangenheit vergessen wollen, um eine Zukunft ohne Schuldkomplexe aufzubauen, und die meinen, Deutschland hätte genügend Wiedergutmachung für die Geschädigten des Nationalsozialismus geleistet. Auf der anderen Seite sind diejenigen, die erinnern und die Vergangenheit analysieren wollen, um eine bessere Zukunft zu gestalten; unter ihnen befinden sich die Befürworter einer Geste gegenüber Gernika. Dies würde die Deutschen mahnen, daß in Gernika das Grauen des Krieges begann, das die Nazis säten. Gleichzeitig würde dieser Akt der Versöhnung Gernikas Funktion als Friedenssymbol unterstreichen.

Bevor die Geschichte der Versöhnung zwischen Deutschland und Gernika beschrieben wird, ist es notwendig den Begriff der Versöhnung klarzumachen und die Themen der deutschen Wiedergutmachung und Vergangenheitsbewältigung in Erinnerung zu bringen, damit der Leser sensibilisiert wird und die Motivationen der Befürworter und der Gegner der deutschen Versöhnungsgeste besser verstehen kann. Der Autor dieser Arbeit selbst, Deutscher und wohnhaft in Gernika, ist nicht selten auf völliges Unverständnis gestoßen, und zwar sowohl bei Deutschen einer späten Geste ge-

genüber Gernika als auch bei Gernikanern, die nicht verstehen konnten, warum die Deutschen —nach so langer Zeit— eine materie-

Ile Wiedergutmachung leisten wollten. Gerechterweise muß aber festgestellt werden, daß die diesbezüglichen Gespräche meist positiv und von gegenseitigem Verständnis geprägt waren.

Die Geschichte der Versöhnung zwischen Gernika und Deutschland beginnt mit der *Comisión Gernika*, die 1979 gegründet wurde und deren Gesandter Jesús Arana war, der jahrelang Deutschland bereiste und sich umeine deutsche Friedensgeste bemühte. Trotz eines vielversprechenden Anfangs waren Aranas Bemühungen jedoch insgesamt ineffizient und ohne konkrete Zielvorstellungen, so daß seine Kommission 1987 aufgelöst wurde.⁵

Die folgende Etappe ist von den Versuchen der *Grünen* Petra Kelly und Gert Bastian geprägt, im Deutschen Bundestag die Anerkennung der deutschen Schuld und Verantwortung bei der Bombardierung Gernikas voranzutreiben und infolgedessen eine Versöhnungsgeste zu leisten.⁶ Sie schlugen die Unterstützung beim Aufbau eines Friedensforschungszentrums vor, das auf Betreiben des baskischen Parlaments bereits im Entstehen war und später *Gernika Gogoratuz* heißen sollte. Aber es scheint, daß die Probleme der Deutschen mit der Bewältigung ihrer Vergangenheit ihnen nicht erlaubten, das zu unterstützen, was zweifellos am besten der Bedeutung Gernikas als Friedenssymbol entsprochen hätte; der Vorschlag der Grünen wurde von den deutschen Regierungsparteien nicht angenommen, sondern in andere Projekte abgewandelt.

Am 10. November 1988 nahm der Deutsche Bundestag eine Beschlussempfehlung an, die die Partnerschaft von Gernika und Pforzheim begrüßte und die Förderung der Berufsausbildung in der Region Gernika empfahl. Die Partnerschaft wurde ungewöhnlich schnell vollzogen und im Frühjahr 1989 ratifiziert. Mit der entscheidenden Unterstützung Pforzheims konnte bald ein Plan für ein Berufsbildungszentrum vorgelegt werden, das *Projekt Gernika*. Die Rolle des Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker als bedingungsloser Verteidiger des Projektes muß hier hervorgehoben werden: Die untragbaren Verzögerungen bei einer Entscheidung über das Projekt führten ihn 1995 in eine heftige Polemik mit der Opposition in seiner Stadt und sogar mit der Bundesregierung. Trotz allem scheiterte das Projekt Gernika wegen angeblicher Haushaltsprobleme.

Große Illusionen waren gescheitert, als die Bundesregierung Ende 1996 einen Zuschuß von drei Millionen Mark für den Bau einer Sportstätte in Gernika beschloß. Dies war eine herbe Enttäuschung für all jene, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten für eine sichtbare Geste eingesetzt hatten, die dazu beigetragen hätte, die Vergangenheit zu überwinden und eine gemeinsame Zukunft aufzu-

bauen. Der deutschen Unterstützung zu einem Sportzentrum fehlt diese Orientierung, und es scheint, als hätte die Bundesregierung lediglich das im November 1988 gegebene Versprechen einlösen wollen. Die Versöhnungsgeste wurde somit zu einer *Geste der Peinlichkeit*.⁷

Als deutlich wurde, daß die Geschichte der Versöhnung ein solch enttäuschendes und unglückliches Ende finden würde, übernahm das Friedensforschungszentrum *Gernika Gogoratuz* die Initiative und wendete sich an den deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog um die Situation zu retten. Die Bemühungen und das Prestige dieses Zentrums und seines Koordinators Juan Gutiérrez machten die Botschaft des Bundespräsidenten möglich.

Die Überlebenden der Bombardierung von Gernika nahmen die Worte von Roman Herzog mit Wohlwollen zur Kenntnis. Sie ließen ihre Vorbehalte zurück und antworteten mit einer wahren Versöhnungsbotschaft:

Jetzt, ja jetzt können wir tun, was wir damals nicht tun konnten: unsere Arme öffnen und sagen: Willkommen in Gernika, gehen wir gemeinsam den Weg des Friedens.⁸

Es war das versöhnliche Ende einer langen Geschichte, die von großen Illusionen und vielen Enttäuschungen geprägt war.

Was in dieser Einführung kurz beschrieben worden ist, bedarf einer tiefergehenden Analyse bezüglich der Gründe für das Scheitern der Comisión Gernika und der Projekte für ein Friedensforschungszentrum und ein Berufsbildungszentrum. Daß es letztendlich doch noch zur Versöhnung gekommen ist, beweist, daß ein *Versöhnungshorizont* (siehe im folgenden) existierte, der die gegenseitige Annäherung während zweier Jahrzehnte möglich machte.

I. Versöhnung

Versöhnung ist die Überwindung der Feindschaft der Vergangenheit und die Schaffung eines neuen gemeinsamen Rahmens für eine Zukunft in Freundschaft. Es ist die Suche zweier Parteien, die in Konflikt standen, nach der Lösung der Probleme, die den Konflikt hervorgerufen hatten. Aber Versöhnung geht noch weiter und verändert die Beziehungen von Feindschaft und Mißtrauen in Freundschaft und Harmonie. Die Voraussetzung ist, daß beide Seiten Interesse daran zeigen.⁹

Trotzdem ist es möglich, daß eine Seite unabhängig von der anderen ihren Willen zur Versöhnung erklärt und sich dafür einsetzt, dieses Ziel in der Zukunft zu erreichen. Dies nennt man *Versöhnungshorizont*.¹⁰ In der vorliegenden Arbeit werden wir sehen, daß in Gernika ein Versöhnungshorizont existierte, der den Versöhnungsprozeß zwischen Deutschland und Gernika möglich machte, während dies in Deutschland nur sehr eingeschränkt der Fall war, weshalb dieser Prozeß sich über zwei Jahrzehnte hinzog.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß Versöhnung nicht Gerechtigkeit bedeutet.¹¹ Versöhnung ist eine Methode zur Lösung —oder besser: Transformation— von Konflikten und unterscheidet sich von anderen Methoden —wie z.B. von der Verhandlung— darin, daß bei diesen beide Seiten ihren Standpunkt und ihr Recht verteidigen und immer versuchen, dies mit der Schuld des anderen in Beziehung zu setzen. Das Wesen der Versöhnung ist dagegen die freiwillige Initiative beider Seiten, in Verbindung mit dem Willen, die eigene Schuld und Verantwortung einzugestehen.¹²

In wenigen Worten: Versöhnung ist die Bildung freundschaftlicher Beziehungen zwischen ehemaligen Feinden, sie soll durch eigenen Antrieb erfolgen und nicht von anderen —z.B.

wirtschaftlichen— Interessen beeinflußt werden, ganz im Sinne des Programms für Friedenskultur der UNESCO:

Sein Ziel ist eine Welt, in der die Kulturen [...] in einer Atmosphäre zusammenleben, die von Verständnis, Toleranz und interkultureller Solidarität geprägt ist.¹³

Es gibt verschiedene Versöhnungsansätze, wie den theologischen, den juristischen, den der Apologie und Vergebung und den der Kompensation und Restitution.¹⁴ Letzterer ist interessant für die deutsche Nachkriegsgeschichte, weil er bedeutet, daß der ehemalige Aggressor den Schaden durch eine Kompensation in Form von Geld, Gütern und Dienstleistungen versucht wieder gutzumachen. Aber die Freisprechung von der Schuld kann man nicht kaufen, und der Versuch der Versöhnung durch eine Kompensation birgt die Gefahr, zu einem Geschäft zu werden.

Sämtliche Versöhnungsansätze haben Vor- und Nachteile, und in jedem einzelnen Fall müßte eine gründliche Analyse zur Anwendung verschiedener Ansätze erfolgen. Eine zwingende Voraussetzung ist dagegen, daß der Versöhnungsprozeß vom Aggressor eingeleitet wird, anstatt vom Opfer. Gerade dies war eines der großen Versäumnisse im Versöhnungsprozeß zwischen Deutschland und Gernika.

II. Die Wiedergutmachung der NS-Verbrechen

Die Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland ist von den Bemühungen um die Entschädigung und Wiedergutmachung der Geschädigten des Nationalsozialismus geprägt. Es handelte sich um eine bis dahin unbekannte Praxis in der Geschichte der Kriege und der Diktaturen, war aber gerechtfertigt durch die Einmaligkeit und Unvergleichlichkeit der NS-Verbrechen. Der Sammelbegriff Wiedergutmachung umfaßt die Rückerstattung von enteignetem Vermögen während des Nationalsozialismus und Entschädigungen von persönlichen Schäden. Natürlich ist klar, daß Geld nicht die fürchterlichen Verbrechen rückgängig machen kann, und der Begriff Wiedergutmachung ist darum trotz seiner —im allgemeinen— positiven Wertung schwer kritisiert worden.¹⁵

Der Begriff Wiedergutmachung umfaßt erheblich mehr als die vorher praktizierten *Reparationen*. Dabei handelte es sich um Zahlungen des unterlegenen Staates an den Sieger, die im wesentlichen die Kosten des Krieges und die daraus entstandenen Schäden und Verluste ausgleichen sollten. Die Begründung zur Reparationsforderung liegt in der vorgeblichen Schuld des besiegten Staates. Vor dem Ersten Weltkrieg kannte das internationale Recht den Begriff der Reparationen nicht, und es bestand nur der Brauch, dem Sieger einen Ausgleich für die Kriegskosten zu bezahlen.

1919 wurde im Versailler Vertrag Deutschland als Schuldiger und gleichzeitig als Verlierer des Ersten Weltkrieges dazu verurteilt, große Geldmengen an die alliierten und assoziierten Staaten zu zahlen. Es handelte sich um die ersten Reparationen in der Geschichte und

in gewisser Weise umeinen Fehlschlag, denn sie hätten die Zukunft Deutschlands während fast eines halben Jahrhunderts schwer belastet. Bald war Deutschland zahlungsunfähig, die Inflation stieg und die deutsche Währung zerfiel. Neue Abkommen versuchten, die Reparationen an die finanzielle Lage anzupassen, aber ab 1932 —unter der nationalsozialistischen Diktatur— stellte Deutschland sämtliche Zahlungen ein.

Nach den Erfahrungen mit den Reparationen nach dem Ersten Weltkrieg wurde Deutschland bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam im Jahr 1945 von den Siegermächten dazu verurteilt, Reparationen aus dem Auslandsvermögen und aus Industrieanlagen zu zahlen. Die Folge war eine ungeheure Demontage der deutschen Industrie. Die Sowjetunion ging dabei ohne jede Rücksicht vor und demontierte in der von ihr besetzten Zone nicht nur einen Großteil der Industrie, sondern sie zog auch einen Teil der verbleibenden Industrieproduktion ab und erhielt außerdem einen mit den anderen Alliierten vereinbarten Anteil an den Reparationen der westlichen Zonen. Erst nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 verzichtete die Sowjetunion auf weitere Reparationen. Nach Aussagen aus der UdSSR selbst, betrugen die Reparationen etwa 7,5 Milliarden Dollar, aber nach westlichen Schätzungen sogar 13 Milliarden Dollar.

In den westlichen Zonen begann ebenfalls die Demontage der Industrie. Deutsche Proteste und der Beginn des Kalten Krieges führten jedoch zu einer Änderung der Strategien der USA und Großbritanniens; nur Frankreich beutete seine Besatzungszone intensiver aus. 1947 stoppten die Reparationen in den westlichen Zonen teilweise und ab 1950 endgültig. Spätere Verträge bestätigten das Ende der Reparationen in den Westzonen, die sich insgesamt auf 517 Millionen Dollar beliefen. Der Marshallplan trat in Kraft, um die Bundesrepublik Deutschland den USA anzunähern.

Der neuentstehende Staat Israel und die jüdischen Organisationen waren die ersten, die Entschädigungen forderten, und der Jüdische Weltkongress bezeichnete sie als Voraussetzung zur Rückkehr Deutschlands in die Völkerfamilie. Am 12. März 1951 erhob die israelische Regierung mittels einer Note an die vier Alliierten erstmals Kollektivansprüche gegenüber Deutschland. Ein Abkommen mit Israel, das dringend Geld benötigte, um den neuen Staat aufzubauen, hatte eine ganz besondere symbolische Bedeutung, denn dies würde günstige Auswirkungen in der öffentlichen Meinung in den USA und in der ganzen Welt haben, was sehr vorteilhaft für die politische und wirtschaftliche Wiedereingliederung Deutschlands in der westlichen Welt wäre.

Im September 1952 wurde der Luxemburger Vertrag unterzeichnet, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete, bis 1965 Entschädigungen in Höhe von 3.000 Millionen Mark an Israel zu zahlen, um damit die Aufnahme der jüdischen Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig verhandelte die Bundesrepublik mit der *Claims Conference*, zu der sich die wichtigsten jüdischen Organisationen zusammengeschlossen hatten, und sie unterzeichnete die sogenannten Haager Protokolle über die Zahlung von weiteren 450 Millionen Mark, um den nicht in Israel ansässigen Juden zu helfen.

Diese Zahlungen waren eine Neuheit im internationalen Recht; es gab kein Gesetz, das dazu verpflichtete. Es handelte sich um ein neues Konzept freiwilliger Entschädigungen an die Geschädigten des nationalsozialistischen Terrors oder an ihre Nachkommen, entstanden aus einem Gefühl der Schuld und der Schande der Deutschen wegen des Unrechts, das die Nationalsozialisten begangen hatten. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer bezeichnete diese Zahlungen als "Ehrenpflicht des deutschen Volkes", was dazu beitragen sollte, die moralische Glaubwürdigkeit der Deutschen wiederherzustellen.

So sehr auch auf die Einmaligkeit und Freiwilligkeit dieser Zahlungen hingewiesen worden ist, so sehr muß man dem aber auch gegenüberstellen, daß es für die Überlebenden des Völkermordes keineswegs selbstverständlich war, Geld vom Volk seiner Henker anzunehmen, und innerhalb der jüdischen Organisationen und in Israel wurde intensiv darüber diskutiert.¹⁶ Obwohl die Zahlungen letztlich angenommen wurden, konnte der Mord an sechs Millionen Juden nicht vergessen werden, und bis heute hat es keine Versöhnung zwischen Deutschland und Israel gegeben.

Ab 1952 erweiterte die Bundesrepublik Deutschland mittels eines umfassenden juristischen Werkes erheblich die Gruppe der Empfänger von Entschädigungen, damit alle während der nationalsozialistischen Diktatur aus Gründen der Politik, Rasse oder Religion Verfolgten davon erfaßt würden. Zwischen 1959 und 1964 wurden auch verschiedene Verträge mit Luxemburg, Norwegen, Dänemark, Griechenland, den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz, Großbritannien und Schweden abgeschlossen, um insgesamt 876 Millionen Mark für persönliche Schäden zu bezahlen, die Bürger dieser Länder unter dem NS-Regime erlitten hatten. Außerdem beteiligte sich die Bundesrepublik mit 101 Millionen Mark an der Wiedergutmachung der Republik Österreich und vereinbarte zwischen 1961 und 1972 mit Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen die Zahlung von insgesamt 121,75 Millionen

Mark. Schließlich wurden zwischen 1960 und 1984 an das Hochkommissariat der Vereinten Nationen 57 Millionen Mark gezahlt, um Flüchtlingen aus der nationalsozialistischen Zeit zu helfen. Die höchsten Entschädigungen wurden jedoch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland selbst gezahlt, auch heute noch in Form zahlreicher Pensionen. Nach Berechnungen der Bundesregierung wird die Gesamtheit der Wiedergutmachung im Jahr 2000 mehr als 100 Milliarden Mark betragen.¹⁷

Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete sich zur Zahlung dieser enormen Geldmenge, obwohl sie auch andere finanzielle Lasten zu tragen hatte, z.B. die Kosten der alliierten Besatzung. Glücklicherweise fiel die Zeit der hohen finanziellen Belastung mit den Jahren des sogenannten *Wirtschaftswunders* zusammen.

Die von der sowjetischen Demontage so schwer ausgebeutete Deutsche Demokratische Republik zahlte keine Entschädigungen an die Verfolgten des Nationalsozialismus, aber es gab verschiedene Vergünstigungen und Ehrenpensionen. Von Zahlungen an andere Länder distanzierte sich die DDR, weil die BRD sich selbst als Nachfolger des Dritten Reiches verstand, was —nach Meinung der DDR— sämtliche Verantwortung beinhaltete, die sich daraus ergab.

Zusammenfassend läßt sich nicht bestreiten, daß von der Bundesrepublik Deutschland der Wunsch ausgegangen war, sich mit den Geschädigten der nationalsozialistischen Diktatur zu versöhnen, und die Bundesregierung bewies immer genügend Flexibilität, umfassendere Entschädigungen zu gewähren, ohne sich dabei hinter Gesetzen zu verstecken. Andererseits ist offensichtlich, daß es eine komplexe Mischung aus ehrbaren moralischen und anderen eher opportunistischen Motivationen wirtschaftlicher und außenpolitischer Natur gab. Außerdem fällt gelegentlich auf, daß Entschädigungen gezahlt wurden, um nicht über die Verbrechen sprechen zu müssen, beispielsweise im Falle der Verhandlungen mit Israel und der *Claims Conference*, als der Bundeskanzler Adenauer kurz vor der Vertragsunterzeichnung vorschlug, das Wort "Verbrechen" durch "Unrecht" zu ersetzen, weil der betreffende Absatz "etwas sehr peinlich" klinge.¹⁸

Ampeinlichsten war jedoch, daß einige Verfolgengruppen, wie Kommunisten, Zigeuner, Homosexuelle, Zwangssterilisierte, Kriegsdienstverweigerer, sogenannte Asoziale und Kriminelle, nicht in die Wiedergutmachung aufgenommen wurden, weil sie angeblich nicht in die Kategorien politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter fielen. Anfangs wurden die Kommunisten als Widerstandskämpfer anerkannt, seit 1953 aber als Staatsfeinde von der Wiedergutmachung ausgeschlossen.

Im Falle der anderen Gruppen führten die juristischen Instanzen des westdeutschen Staates an, daß ihre Verfolgung auf nicht rein nationalsozialistische Ursachen zurückzuführen sei. Das beschämendste Beispiel sind die Zigeuner, die auch vor 1932 verfolgt wurden und darum nicht einmal als Opfer der Nazis wahrgenommen wurden. Bis zur Gründung des Zentralrats der Sinti und Roma im Jahr 1979 verfügten sie über keine Organisation, die ihre Interessen vertrat, und erst im November 1985 diskutierte der Deutsche Bundestag zum ersten Mal über die Lage der unter dem Nationalsozialismus verfolgten Zigeuner und über ihre anhaltende Diskriminierung.

Im allgemeinen läßt sich mit dem Generationswechsel seit Mitte der sechziger Jahre in Gesellschaft und Verwaltung eine größere Sensibilität gegenüber Minderheiten und Randgruppen beobachten, was sie bei den Forderungen von Entschädigungen aufgrund nationalsozialistischer Verfolgung begünstigt.

In dieser Zeit gab der Bundeskanzler Willy Brandt ein vorbildliches Beispiel für Versöhnung, als er am 7. Dezember 1970 vor dem Warschauer Getto-Denkmal niederkniete und einen Kranz niederlegte. Es sei daran erinnert, daß Brandt von Beginn an gegen die NS-Diktatur gekämpft hatte, verfolgt wurde und ins Exil ging; trotz allem nahm er als Kanzler aller Deutschen die Verantwortung der NS-Verbrechen auf sich. Diese noble Geste kommentierte er selbst folgendermaßen:

Unter der Last der jüngsten deutschen Geschichte tat ich, was Menschen tun, wenn die Worte versagen.¹⁹

Willy Brandt war der Architekt der Ostpolitik, die in den Verträgen von Moskau und Warschau im Jahr 1970 und im Vertrag von Prag 1973 ihren sichtbaren Ausdruck fand und die mehr Sicherheit in Europa garantierte. Diese Verträge führten zu wachsendem wirtschaftlichen Austausch, der den Ländern des Ostblocks einen gewissen Fortschritt und Deutschland einen bleibenden Einfluß in diesen Ländern einbrachte; tatsächlich verdreifachte sich der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ostblockstaaten von 1971 bis 1975.²⁰

Ende 1996 und Anfang 1997 versöhnten sich Deutschland und die Tschechische Republik, indem sie gegenseitig die Schäden anerkannten, die einerseits die nationalsozialistische Besetzung und andererseits die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg verursacht hatten. Diese Versöhnung wäre allerdings erheblich glaubwürdiger gewesen, wenn sie vor zehn Jahren stattgefunden

hätte, als Deutschland und die Tschechoslowakei noch verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Blöcken angehörten, und nicht jetzt, da die tschechische Wirtschaft von der deutschen beherrscht wird und die Tschechische Republik kurz vor dem Beitritt in die Europäische Union steht.

Tatsächlich führte der Fall des Eisernen Vorhangs Ende der achtziger Jahre zu einer ganzen Reihe neuer Forderungen der Überlebenden des Holocausts, die bisher noch nicht entschädigt worden waren; seitdem hat die Bundesregierung Globalüberweisungen an verschiedene Länder vorgenommen. Beim letzten Fall, der im Januar 1998 nach langen und mühseligen Verhandlungen mit der *Jewish Claims Conference* abgeschlossen worden ist, handelt es sich um eine deutsche Entschädigung von 200 Millionen Mark an die osteuropäischen Juden, die den Holocaust überlebt haben.

Eine andere Gruppe von Verfolgten des Nationalsozialismus ist sogar bis in unsere Tage vergessen worden: die Zwangsarbeiter. Erst im September 1997 gelang es Rywka Merin, einer Israelitin jüdisch-polnischer Herkunft, vom deutschen Staat eine Entschädigung für die Zwangsarbeit zu erhalten, die sie von 1943 bis 1945 im Konzentrationslager Auschwitz verrichten mußte. Dieser Erfolg bahnte den Weg zu weiteren Forderungen ehemaliger Zwangsarbeiter, die dasselbe Schicksal erlitten hatten.

Auch wenn die Anerkennung dieses Unrechts für die meisten Geschädigten zu spät kommt, beweisen diese und andere Beispiele, daß sich für einen Teil der deutschen Gesellschaft der Versöhnungshorizont erweitert. Dazu trägt auch entscheidend der jetzige Bundespräsident Roman Herzog bei, dem sowohl der Versöhnungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik zu verdanken ist, als auch die Versöhnungsbotschaft an die Überlebenden der Bombardierung von Gernika.

Roman Herzog ist auch zu verdanken, daß seit dem Jahr 1997 der 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Holocaust begangen wird; er erinnert an die Öffnung des Konzentrationslagers Auschwitz im Jahr 1945, womit der Welt die ganze ungeheure Dimension der NS-Verbrechen deutlich wurde.

III. Die deutsche — Vergangenheitsbewältigung

In der Bundesrepublik Deutschland, die u.a. gegründet wurde, um die nationalsozialistische Vergangenheit zu überwinden, hat seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Problem der Vergangenheitsbewältigung nicht an Aktualität verloren. In den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit verdrängte die Mehrzahl der Deutschen zunächst die Erinnerung an die Vergangenheit aus ihrem Bewußtsein, und bis Mitte der achtziger Jahre wurde dieses Thema nicht umfassend wissenschaftlich aufgearbeitet. Es scheint, als habe nicht nur eine unbelastete Nachkriegsgeneration heranwachsen müssen, sondern diese habe auch erst noch reifen müssen. Außerdem erlangte das Thema der Vergangenheitsbewältigung neue Aktualität mit dem Fall der Mauer und der deutschen Vereinigung und mit dem sich daraus ergebenden Interesse an der Bewältigung der DDR-Vergangenheit.

Sofort nach dem Krieg machten sich die vier alliierten Siegermächte daran, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus auszumerzen. Die Öffnung der Konzentrationslager machte die ganze Dimension des Schreckens erst deutlich und gab der Befreiung von den Nazis den Charakter eines Kreuzzugs. Bereits 1945 begannen die ersten Prozesse gegen Kriegsverbrecher wegen Verbrechen gegen die Menschheit, die im Jahr 1946 in Nürnberg ihren Höhepunkt erlebten.

Die Entnazifizierung stieß dagegen bald auf die ersten Hindernisse. Wenn im Sinne des Marshallplans versucht wurde, Deutschland wiederaufzubauen und mit einem wirkungsvollen, aber unpolitischen Verwaltungsapparat zu versehen, war die Rehabilitierung der ehemaligen Nationalsozialisten nur eine Frage der Zeit. Als zudem beschlossene Sache war, Westdeutschland dem antisowjetischen Block einzugliedern, ordnete die US-Regierung an, die

Entnazifizierung bis zum 31. März 1948 zu beenden. Da bis zu diesem Moment vor allem die einfacheren Fälle bearbeitet und die komplizierteren zurückgestellt worden waren, kamen viele der Hauptschuldigen ohne Prozeß davon. Die doppelte Moral der Alliierten wird besonders deutlich im Fall der wirtschaftlichen Eliten, die mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten und die bald ihren wirtschaftlichen Einfluß wiedererlangten, sowie im Fall der Wissenschaftler, die, unabhängig von ihrer Verwicklung in die Nazi-Verbrechen, für die Sache der Sieger gewonnen werden konnten.

In der sowjetischen Besatzungszone — ab 1949 Deutsche Demokratische Republik — wurde die Entnazifizierung relativ schnell durchgeführt. Etwa 520.000 Personen wurden für ihre nationalsozialistische Vergangenheit verantwortlich gemacht. 85% der Richter und Staatsanwälte und 28.000 von insgesamt 40.000 Lehrern mußten aus ihrem Beruf scheiden, weil sie Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Elf Speziallager wurden eingerichtet, in denen zwischen 1945 und 1950 etwa 240.000 *Klassenfeinde* interniert waren, von denen 95.000 ihre Gefangenschaft nicht überlebten.²¹ Andererseits erging am 16. August 1947 der sowjetische Befehl, daß Mitglieder der NSDAP, die keine Verbrechen begangen hatten, wieder ihre Bürgerrechte erhielten.

Antifaschismus war die magische Formel der DDR, und Entschädigungen für die Opfer des Krieges und des Nationalsozialismus waren bald kein Thema mehr. Die Bundesrepublik Deutschland wurde beschuldigt, der Hort der verbleibenden Nationalsozialisten und des neuauftretenden Faschismus zu sein. So verloren Begriffe wie Bewältigung der NS-Vergangenheit jegliche Bedeutung im sozialistischen Deutschland.

Die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland setzte fort, was die Alliierten begonnen hatten: die Aufweichung der Entnazifizierung. Schon im Herbst desselben Jahres, kurz nach Beginn der Sitzungen des Bundestages, bemühten sich sämtliche Parteien darum, die Prozesse der politischen Säuberung, die von den Alliierten in Gang gesetzt und von den neuen demokratischen Parteien anfangs unterstützt worden waren, zu beenden oder sogar rückgängig zu machen. Rückblickend ist in diesen Maßnahmen keine strategische Planung erkennbar, aber es handelt sich doch um ein geschlossenes Ganzes, was dem Historiker Norbert Frei den Begriff *Vergangenheitspolitik* angemessen erscheinen läßt,²² den er der *Vergangenheitsbewältigung* gegenüberstellt.

Vergangenheitspolitik bezeichnet einen politischen Prozeß von etwa fünf Jahren, der von großer gesellschaftlicher Akzeptanz

geprägt war. In erster Linie handelte es sich um Strafaufhebungen und um die Wiedereinsetzung ehemaliger Nationalsozialisten in ihren sozialen und beruflichen Status, den sie während der Entnazifizierung verloren hatten. Davon profitierten insbesondere die Beamten, die bei der politischen Säuberung entlassen worden waren, sowie hunderttausende kleinerer Nationalsozialisten. Im Laufe der Zeit wurden von dieser Politik jedoch auch die echten Kriegsverbrecher ergriffen, und sogar solche, die bereits von den Alliierten verurteilt worden waren.

Das Konzept einer weitgefaßten Pardonierung hatte von Anfang an existiert, aber erst ab 1949 konnte es der neue deutsche Staat Wirklichkeit werden lassen. Die überraschende Solidarität der bundesdeutschen Gesellschaft mit den Schuldigen an Völkermord und Krieg und die Dynamik ihrer sozialen Reintegration können als ein Beweis für die enorme Identifikationskraft des Nationalsozialismus angesehen werden.²³

Die Vergangenheitspolitik war von einem umfassenden gesetzgebenden Werk geprägt, das seinen Anfang im Straffreiheitsgesetz als einem der ersten Gesetze der neuen Republik hatte. Damit wurden sämtliche mildernden Straftaten der nationalsozialistischen Zeit amnestiert. In den folgenden Jahren vergrößerten weitere Gesetze erheblich die Gruppe der Amnestieempfänger, bis im Frühjahr 1951 nur noch etwa 1.800 Personen in den Gefängnissen der Westalliierten einsaßen. Mitte der fünfziger Jahre mußte praktisch niemand mehr befürchten, wegen seiner NS-Vergangenheit belästigt zu werden.

Die inner großzügigere Gesetzgebung schuf ein Klima offener Unverschämtheit, in dem sich alle die hervorwagten, die ihre Versorgung noch nicht gesichert hatten, einschließlich der ehemaligen SS-Offiziere. (Bei den späteren Diskussionen um Gernika kritisierten die Grünen und andere Gruppen der westdeutschen Linken, daß ehemalige Mitglieder der Legion Condor Pensionen für ihre Beteiligung an den NS-Verbrechen erhielten, während den ehemaligen Mitgliedern der Internationalen Brigaden dieses Recht nicht zuerkannt wurde.)

Angesichts dieser Politik erscheinen die Bemühungen um die Wiedergutmachung der Geschädigten des Nationalsozialismus, die im vorigen Kapitel dargestellt wurden, in einem anderen Licht, und während das westdeutsche Justizministerium schon 1949 eine Zentrale Rechtsschutzstelle für die Verteidigung verurteilter Nationalsozialisten einrichtete, sollten noch acht Jahre vergehen, bis die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen entstand.

Die Politik der Rehabilitierung der einstigen Nationalsozialisten war die Folge eines kollektiven Wunsches der Mehrheit der Deutschen und trug wesentlich dazu bei, daß der profunde Unrechtscharakter des NS-Regimes in Vergessenheit geriet. Letztendlich handelte es sich nicht um die Resozialisierung einer bestimmten Zahl von Verbrechern, sondern um die moralische Rehabilitierung von Millionen. Obwohl die Alliierten die individuelle politische Säuberung durchgesetzt hatten, indem jeder einzelne Fall für sich untersucht wurde, herrschte in der deutschen Gesellschaft ein Gefühl der Kollektivschuld vor. Unter dem Druck dieses Gefühls vedrängten die Deutschen, daß die Wehrmacht an den Verbrechen der SS teilgenommen hatte und daß der Holocaust ohne das stille Einverständnis eines Großteils der Bevölkerung nicht möglich gewesen wäre. Ganz im Gegenteil redeten sich die Deutschen ein, daß sie selbst Opfer gewesen seien, indem sie von Hitler und einer kleinen Gruppe von Gefolgsleuten hintergangen worden seien. Jahrzehntelang machte dieser Selbstbetrug unmöglich, daß die Deutschen ihre Vergangenheit objektiv untersuchen konnten.

Der tiefgründige Wunsch, das Bild der deutschen Gesellschaft von jedwedem Verdacht des politischen Radikalismus reinzuhalten, hatte die positive Folge des praktischen Verschwindens von Parteien mit nationalsozialistischer Tendenz. Die wenigen Ausnahmen wurden sofort politisch und sozial ausgegrenzt. Die offene Verteidigung von Nationalsozialismus und Antisemitismus wurde zum Tabu.

Für die Zeit ab Mitte der fünfziger Jahre kann die Vergangenheitspolitik als abgeschlossen betrachtet werden, und eine intellektuellere Behandlung der NS-Vergangenheit konnte einsetzen. Bald begannen gewisse Kreise der Gesellschaft das vorherige Versäumnis zu erkennen und von der *unbewältigten Vergangenheit* zu sprechen.²⁴ Aber solch aufgeklärte Geister waren zunächst selten, und es mußte noch der Generationswechsel mit der Studentenbewegung der sechziger Jahre erfolgen, damit sich das Bewußtsein der wahren Dimension der Nazi-Verbrechen und ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung durchsetzte, sowie das Wissen über gewisse Eliten, die nach wenigen Jahren der Entnazifizierung erneut gesellschaftlich relevante Positionen besetzten.

Das Bewußtsein reifte, daß die Deutschen ihre Vergangenheit noch nicht bewältigt hatten, und ab Mitte der achtziger Jahre setzte sich dieses Denken in weiten Bereichen der Gesellschaft durch. Dazu trug auch der Schriftsteller Ralph Giordano bei, der den Deutschen vorwarf, eine *zweite Schuld* auf sich geladen zu haben, indem sie ihre erste Schuld seit 1945 unterdrückt und geleugnet hätten. Die Hitler-

Generation, die Verantwortlichen und Mitverantwortlichen des Dritten Reiches, hätten eine große Lüge aufgebaut, die ihnen das Leben nach 1945 erträglicher machte, aber diese Lüge habe die Zukunft der folgenden Generationen belastet, die heute mehrheitlich dächten, fühlten und lebten, als ob Auschwitz nie existiert hätte.²⁵

Bald erhoben sich Stimmen gegen diese *Legende von der zweiten Schuld*, wie 1993 Manfred Kittel in einem Buch, in dem er zu dem Schluß kommt, daß die "Ära Adenauer [...] über weite Strecken ein einziger Versuch" gewesen sei, "die NS-Vergangenheit ideell und materiell zu bewältigen".²⁶

Mitte der achtziger Jahre wuchs unter der christdemokratischen Regierung des Bundeskanzlers Helmut Kohl der Wunsch, die Deutschen von der psychologischen Last der NS-Vergangenheit zu befreien. Im Vorfeld seines umstrittenen Besuchs mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg am 5. Mai 1985 prägte er den berühmten Satz der *Gnade der späten Geburt*. Die geplante Versöhnungsgeste wurde zum Skandal, als bekannt wurde, daß auf diesem Friedhof Mitglieder der Waffen-SS begraben sind. Drei Tage später sagte der Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, die Deutschen dürften endlich "aus dem Schatten des Dritten Reiches heraustreten". Ein Jahrzehnt später hat sich an dieser Denkweise nichts geändert, und Außenminister Klaus Kinkel wagte am 8. Mai 1996 vor dem *American Jewish Committee* in Washington die Äußerung, daß es keine deutsche Kollektivschuld gebe, denn "Schuld [sei] immer persönlich, nicht kollektiv und nicht erblich".²⁷

Der 40. Jahrestag des Kriegsendes, in Verbindung mit anderen Ereignissen wie dem Treffen von Bitburg ließ Mitte der achtziger Jahre die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit neuerwachen. In einem äußerst sensiblen Klima führte im Sommer 1986 ein —auf den ersten Blick— gewöhnlicher Gelehrtenzwist zum berühmt gewordenen *Historikerstreit* mit weitreichenden Reaktionen in der öffentlichen Diskussion. Der Streit wurde durch einen Artikel von Ernst Nolte entfacht, in dem er kritisierte, daß nie ein Schlußpunkt unter die NS-Vergangenheit gesetzt werde. Laut Nolte seien Hitlers Verbrechen mit denen von Stalin vergleichbar, und der Massenmord der Kommunisten habe erst den Völkermord der Nazis provoziert.²⁸ Dieser Artikel rief den heftigen Widerstand von Jürgen Habermas hervor, der öffentlich den "Geschichtsrelativismus" angriff, mit dem die politische Rechte versuche, die Nazi-Verbrechen aus der öffentlichen Diskussion zu verdrängen, um Freiraum zur Schaffung einer nationalen Identität zu gewinnen.²⁹

Die genannten Artikel entfachten eine in ihrem Ausmaß bisher unbekannte öffentliche Auseinandersetzung zwischen einigen der bedeutendsten westdeutschen Historiker in den wichtigsten Zeitungen des Landes. Innerhin ging es um die Beziehung der nationalsozialistischen Vergangenheit zur Gegenwart und Zukunft Deutschlands. Die revisionistischen Erklärungen von Nolte und anderen wurden dabei innerhalb Deutschlands und im Ausland größtenteils energisch zurückgewiesen.³⁰

Die Lehren, die aus dem Historikerstreit gezogen werden können, machten Hoffnung, daß sich auch in Zukunft die Kritiker am neokonservativen Revisionismus durchsetzen würden. Der Fall der Mauer im Jahr 1989 und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 führten jedoch zu einer Veränderung der intellektuellen Wahrnehmung der Vergangenheit. Zum Problem der Bewältigung der NS-Vergangenheit gesellte sich nun das der Bewältigung der DDR-Vergangenheit. Plötzlich wurde von sechs Jahrzehnten Diktatur gesprochen, unter der die Bürger Ostdeutschlands gelitten hätten, zuerst unter der Nazi-Diktatur und dann unter der der Kommunisten. Erich Honecker, der Ex-Präsident der ehemaligen DDR, der noch kurz vor dem Fall der Mauer in Bonn mit allen Ehren eines Staatschefs empfangen worden war, wurde nun mit Hitler verglichen, der ostdeutsche Staatssicherheitsdienst *Stasi* mit der Gestapo der Nazis und das Gefängnis von Bautzen mit dem Konzentrationslager Auschwitz. Was vor wenigen Jahren im Historikerstreit so heftig zurückgewiesen worden war — der Vergleich der nationalsozialistischen Verbrechen mit denen der Kommunisten — wurde nun weitgehend akzeptiert. "Die Dämonisierung der DDR führt zu einer Trivialisierung des Dritten Reiches."³¹

Aus dieser bequemen Einstellung zur ihrer Vergangenheit wurden die Deutschen jedoch unerwartet gerissen, als der US-amerikanische Historiker Daniel Jonah Goldhagen sein Buch *Hitlers willige Vollstrecker* veröffentlichte.³² Die zentrale Aussage ist, daß der Völkermord an den Juden seinen Ursprung in einem eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen hatte. Die ungeheure Wirkung, die das Buch hervorrief, läßt sich damit erklären, daß es Probleme aufwarf, die von der deutschen Geschichtsforschung bisher verdrängt und darum nicht genügend aufgeklärt worden waren: die Fragen der moralischen Individual- und Kollektivschuld und der Verantwortung für die Judenvernichtung. Die Deutschen reagierten verwirrt, und Goldhagen wurde von einem Teil der Publizisten erheblich kritisiert. Die öffentliche Meinung stimmte ihm dagegen mehrheitlich zu, was auch die Haltung derer änderte, die ihn zuerst kritisiert hatten.³³

Im Historikerstreit und in der Kontroverse um das Goldhagen-Buch läßt sich die Reife und das kritische Urteil eines Sektors der politischen Kultur in Deutschland beobachten, der weiterhin bereit ist, die nationalsozialistische Vergangenheit zu analysieren, und der sich den Versuchungen widersetzt, einen Schlußstrich unter die Lehren der Vergangenheit zu ziehen. Es geht jedoch nicht nur um die Interpretation der Vergangenheit, sondern auch um die deutsche Verantwortung in der Zukunft. Goldhagen ließ die Deutschen aus ihrem Traum erwachen, der ihnen nach der Vereinigung eine neue Rolle als Weltmacht und die Befreiung von Komplexen suggerierte. Dank Goldhagens Buch sind sich die Deutschen erneut bewußt geworden, daß man aus der Vergangenheit lernen muß, um eine Zukunft in friedlichem Zusammenleben zu schaffen.

Es lassen sich zwei Standpunkte in Bezug auf die Bewältigung der deutschen Vergangenheit feststellen: das Bemühen, die Schreckgespenster der Vergangenheit hinter sich zu lassen, um eine Zukunft aufzubauen, die frei von Komplexen ist, und andererseits der Versuch, sich zu erinnern und die Vergangenheit zu analysieren, um nicht zu vergessen und nicht die gleichen Fehler wieder zu begehen. Diese beiden Standpunkte stießen erneut aufeinander, als seit 1996 in verschiedenen deutschen Städten eine Ausstellung gezeigt wurde, die die Verwicklung der Wehrmacht in die Nazi-Verbrechen darstellt. Diese Ausstellung zerstörte die Legende, daß die deutschen Soldaten nur ihren Dienst getan hätten und von den Nationalsozialisten hintergangen worden seien. Die Ausstellung rief, besonders im Januar 1997 in München, lautstarke Proteste des ultrakonservativen Sektors hervor, der sie als eine Kampagne zur Beschmutzung des deutschen Soldaten denunzierte.

Trotz allem muß positiv bewertet werden, daß es in Deutschland heutzutage möglich ist, öffentliche Diskussionen über eine so nahe und derart schmerzliche Zeit zu führen. Ohne Zweifel leiden die Deutschen unter einem Komplex der Schuld und der historischen Schande, der es ihnen unmöglich macht, Phänomenen wie Militarismus, Nationalismus und Rassismus gleichgültig gegenüberzustehen. Es gibt kein Anzeichen dafür, daß diese psychologische Last schädlich sei. Ganz im Gegenteil scheint es, als sei die offene und öffentliche Diskussion über die Vergangenheit vielmehr ein Element der Stärke.³⁴

Die Alternative ist nicht Scham oder Stolz, die Alternative ist Stolz, moralisch läuternde Scham zu empfinden.³⁵

— IV. Die Comisión Gernika

Die im Bürgerkrieg enigrierte baskische Exilregierung unter dem Präsidenten (*lehendakari*) José Antonio Aguirre wünschte, daß das Kriegsverbrechen der Zerstörung Gernikas in die Nürnberger Prozesse aufgenommen würde, aber alle Versuche waren vergeblich. Die Alliierten entschieden, daß nur die Verbrechen der Nationalsozialisten behandelt würden, die während des Zweiten Weltkrieges, d.h. ab dem 1. September 1939, begangen worden seien. Außerdem mag ihnen das Thema der Bombardierungen nicht genehm gewesen sein, da sie selbst gegen Ende des Krieges und mit der gleichen Strategie zahlreiche deutsche Städte vernichteten, wobei Hunderttausende den Tod fanden. Präsident Aguirre gab bis zu seinem Tod im Jahr 1960 die Hoffnung nicht auf, daß das Verbrechen von Gernika irgendwann einmal gesühnt würde.³⁶

Nach dem Ende der Franco-Diktatur konnte am 26. April 1976 der Jahrestag der Bombardierung von Gernika erstmals in Freiheit begangen werden. Zu diesem Anlaß bildete sich eine Gruppe namens *Gernika Batzordea* (*Kommission Gernika*) oder *Kommission der Bombardierung*, die forderte, daß Gernika zur Kultur- und Friedensstadt erklärt werde, daß die deutschen und spanischen Militärarchive geöffnet würden, daß die historische Wahrheit über die Bombardierung von Gernika bekannt gemacht werde und daß Picassos Gemälde *Guernica* in Gernika aufgestellt werde; die Gruppe schuf das bekannte Motto *Guernica Gernikara* (*Guernica nach Gernika*).³⁷ *Gernika Batzordea* existiert auch heute noch im Umfeld des revolutionären Nationalismus der Partei *Herri Batasuna*.

Der Jesuitenpater Jesús Arana, geboren in Urretxu in der baskischen Provinz Gipuzkoa und Übersetzer bei den Vereinten Nationen in New York, trat für die Verwirklichung der alten Idee von José

Antonio Aguirre ein. Bei seiner Rückkehr ins Baskenland hatte er entscheidenden Anteil an der Bildung einer Kommission, die am 6. November 1979 auf einer Vollversammlung des Stadtrats von Gernika offiziell gegründet wurde. Die Kommission erhielt keinen besonderen Namen, aber einige nannten sie *Kommission zur Entschädigung für die Bombardierung*.³⁸ Imfolgenden werden wir sie *Comisión Gernika* nennen, ohne sie jedoch mit *Gernika Batzordea* zu verwechseln.

Präsident der Kommission war der Bürgermeister von Gernika, Dunixi Abaitua, und zu ihren Mitgliedern gehörten u.a. der Anthropologe und Archäologe José Miguel Barandiaran, der Bildhauer Eduardo Chillida, der Musiker Nicanor Zabaleta, der Schriftsteller Martín Ugalde, der Politiker Imanol Olaizola, der Pfarrer Alberto Onaindia, sowie einige Überlebende der Bombardierung. Mit dieser Zusammensetzung sollte die baskische Kultur möglichst umfassend und vielseitig repräsentiert sein. Jesús Arana wurde beauftragt, nach Deutschland zu reisen, um dort die Ziele der Kommission zu vertreten.

Zwischen 1980 und 1987 bemühte sich die Kommission bzw. ihr Gesandter Jesús Arana um eine deutsche Geste der Versöhnung und der Freundschaft. Jahrelang unterhielt Arana Kontakte mit deutschen Politikern und Vertretern zahlreicher Organisationen und wies immer wieder darauf hin, daß die Kommission keine Reparation suchte, sondern eine Geste. Dabei ging es in erster Linie nicht um Geld, aber diese Geste sollte ein sichtbares und bleibendes Ergebnis haben, was zwangsläufig Geld kosten würde:

Wir suchten kein Geld, denn das wäre nicht in der Lage gewesen wiedergutzumachen, was in Gernika geschehen war, sondern wir suchten Freundschaft, um zusammen in wachsendem Vertrauen für das gemeinsame Wohl zu arbeiten. [...] Wäre Deutschland bereit, eine Freundschaftsgeste dieser Art zu leisten, um uns die Absage an die Vergangenheit, die Freundschaft in der Gegenwart und die Wünsche für eine gemeinsame Zukunft zu beweisen?³⁹

Ende 1980 betonte Arana diesen Standpunkt in einem offiziellen Schreiben an den deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt:

Deshalb wollen wir nicht der Vergangenheit verhaftet bleiben, nicht mit historischen Ressentiments leben, die die für das Gemeinwohl unentbehrliche Zusammenarbeit erschweren. Damit dieses Ziel erreicht wird, wäre es sehr wünschenswert, daß das deutsche Volk dem baskischen Volk einen Beweis der Freundschaft und der Großzügigkeit lieferte. So würde es dazu beitragen, die baskische Seele von dem Stachel zu

befreien, den die Bombardierung Guernicas und die darauf folgende Verleumdung, der wir ausgesetzt waren, darstellen.⁴⁰

Das an Helmut Schmidt übersandte Schreiben enthielt vier Vorschläge:⁴¹

1. Finanzierung der städtebaulichen Maßnahmen, die für die Stadt Guernica nötig sind, um ihrer historischen Aufgabe als Zentrum der baskischen Demokratie voll gerecht werden zu können.
2. Bau und Finanzierung eines Krankenhauses als Ersatz für das Krankenhaus, das bei der Bombardierung zerstört worden war.
3. Schaffung eines baskischen Kultur- und Forschungsinstituts, weil die baskische Sprache und Kultur unter der franquistischen Diktatur verfolgt worden waren.
4. Stipendien für deutsch-baskischen Studentenaustausch, um auf diese Weise das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Freundschaft zu fördern.

Im Oktober 1980 nahm Arana in Deutschland Kontakte mit Politikern und anderen Vertretern des öffentlichen Lebens auf. Dank eines Unterstützungsschreibens des Präsidenten der Baskischen Nationalistischen Partei EAJ/PNV, Xabier Arzalluz, vom 14. Mai 1981 an das Präsidium der CDU und an Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), erlangte Arana bald einen ersten Erfolg in Form einer Antwort von Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, vom 5. August 1981 an Arzalluz:

Als Ergebnis der Gespräche mit Pater Arana hat die CDU die Initiative ergriffen und sich mit dem Vorschlag einer politischen Geste gegenüber dem Volk von Guernica, das während des Bürgerkrieges in Spanien soviel Entsetzliches erlebt hat, an die Bundesregierung gewandt. Die CDU erwartet, daß die Regierung, die in dieser Angelegenheit das letzte Wort hat, eine ehrenvolle und gerechte Lösung findet.⁴²

Eine andere Nachricht dagegen war entmutigend: Am 22. Oktober 1981 teilte der deutsche Botschafter in Madrid, Lothar Lahn, dem Bürgermeister von Gernika, Dunixi Abaitua, offiziell mit, daß seine Regierung den Vorschlag der Comisión Gernika abgelehnt habe. Zur Begründung nannte er die folgenden Argumente:

[1.] [...] ein Projekt in der von Ihnen vorgeschlagenen Größenordnung nur im Rahmen eines Haushaltsgesetzes zu realisieren. [...]

[2.] Nach dem bisherigen Erkenntnisstand haben die Flugzeuge der Legion Condor auf Ersuchen des Generalstabs von General Franco in den Kampf eingegriffen. Es ist anzunehmen, daß auch das taktische Konzept sowie die konkreten Ziele vom Generalstab festgelegt worden sind. [...]

[3.] Die Reparationszahlungen für die Handlungen des deutschen Reiches sind für alle betroffenen Länder endgültig abgeschlossen. Es besteht nun der Wunsch —nicht nur, weil in diesem Zusammenhang außerordentlich hohe Zahlungen geleistet worden sind, sondern auch weil sich das deutsche Volk dem schmerzlichen Prozeß der moralischen Rehabilitierung unterzogen hat—, das Thema Vergangenheitsbewältigung als abgeschlossen zu betrachten. [...]

[4.] Ich will keineswegs den hohen symbolischen Wert des von Ihnen vorgeschlagenen Projektes schmälern, doch bin ich fest überzeugt, daß das beständige Eintreten der Bundesregierung für die Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft auf lange Sicht den wirksamsten Akt der Solidarität auch gegenüber dem Baskenland darstellt.⁴³

Die angeführten Gründe beweisen, daß in Deutschland nicht genügend Interesse bestand, selbstlos zu handeln. So müssen tiefe Zweifel bestehen, ob die deutsche Wiedergutmachung tatsächlich aus ehrlichen Gefühlen der Schuld und dem Wunsch nach Versöhnung erfolgte oder ob —ganz im Gegenteil— hinter jeder Geste und hinter jeder Zahlung knallharte wirtschaftliche Interessen und Kalkulationen standen. Laut Jesús Arana sollte es sich außerdem keinesfalls um Reparationen handeln, sondern um eine freiwillige Geste der Versöhnung, der Freundschaft und des guten Willens. Das letzte von Lothar Lahn vorgebrachte Argument beweist darüber hinaus, daß die Aufnahme Spaniens in die Europäische Gemeinschaft als eine großzügige deutsche Geste verstanden wurde, wo doch allgemein bekannt ist, daß die deutsche Industrie als Motor der Europäischen Gemeinschaft und späteren Union die größten Vorteile aus dem Wegfall der Grenzen zieht.

Das Argument bezüglich des Eingreifens der Legion Condor in den Spanischen Bürgerkrieg ist schockierend: Wenn man der Logik des Briefes folgt, dann hätte die Legion Condor als Verbündeter der spanischen Regierung gehandelt; die Wahrheit ist jedoch, daß sich Deutschland aus freien Stücken angeboten hatte, einen Militäraufstand gegen eine demokratisch gewählte Regierung zu unterstützen, wobei das neue Kriegsgerät erprobt werden sollte. Außerdem ist keinesfalls erwiesen, wer den Befehl zum Angriff auf Gernika gab, und die Legion Condor hatte ausreichenden Entscheidungsspielraum und war auf keinerlei Weise verpflichtet, derart brutal gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen.

Lahns Brief erforderte eine Antwort, und Dunixi Abaitua und Jesús Arana baten um ein persönliches Gespräch, das ihnen noch vor Jahresende gewährt wurde. In der deutschen Botschaft gelang es den beiden Basken, die Zweifel des Botschafters teilweise auszuräumen. Lothar Lahn zeigte zudem Interesse an einem Besuch in Gernika, und da er sein Amt wenige Wochen später aufgeben würde, um seine politische Laufbahn an der Spitze der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt in Bonn fortzusetzen, schlug er vor, bei seiner Heimreise mit dem Auto einen kleinen Umweg über Gernika zu machen.

Am 27. Januar 1982 fand der erste Besuch eines offiziellen deutschen Repräsentanten in Gernika statt, das 45 Jahre zuvor von dessen Landsleuten zerstört worden war. Wie so viele deutsche Touristen, die die baskische Kleinstadt besuchen, war Lothar Lahn über die Freundlichkeit und Gastfreundschaft überrascht, mit der man ihn empfing. Es gab keinen Vorwurf und keine Plakate gegen ihn, ganz im Gegensatz zu dem, was man von Besuchen deutscher Politiker in Ländern erwartet, die schwer unter den Nazi-Verbrechen gelitten hatten. Lahn verabschiedete sich mit dem Versprechen, die Bemühungen der Comisión Gernika von seinem neuen Posten aus zu unterstützen. Dieses Versprechen schien er jedoch bald vergessen zu haben, denn in Bonn tat er nichts mehr, um mit der Kommission zusammenzuarbeiten.

Jesús Arana setzte seine Bemühungen fort, und dank seines unermüdlichen Einsatzes und unzähliger Gespräche erzielte er einen weiteren wichtigen Erfolg mit zwei ähnlich lautenden Briefen, die einerseits der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher an die Jungsozialisten und andererseits der Direktor seines Ministeramtes, Gerold von Braunnühl, an die christdemokratische Jugend sandten. Diese beiden Briefe, die vom 11. und 29. März 1982 datiert sind, informierten die beiden Jugendorganisationen von den Bemühungen der Comisión Gernika. Der Minister bestand darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht für die Schäden verantwortlich sei, die von der Legion Condor während des Spanischen Bürgerkrieges verursacht worden waren, und daß darumauch keine Entschädigungen in Frage kämen. Andererseits erkannte er die moralische Dimension dieser Angelegenheit:

Die Bundesregierung könnte sich allenfalls in Form einer symbolischen Geste an einem konkreten Projekt beteiligen, das ihr aber von offizieller spanischer Seite benannt werden müßte. Das ist bisher nicht geschehen.⁴⁴

Jetzt war klar, wohin sich die künftigen Bemühungen von Jesús Arana richten sollten: auf die offizielle Anerkennung der Ziele der Comisión Gernika durch die spanische Regierung.

Kurz darauf besuchte Arana den neuen deutschen Botschafter in Madrid, Guido Brunner. Arana hatte ein symbolträchtiges Datum gewählt, den 26. April, den Jahrestag der Bombardierung Gernikas, aber Brunner ließ sich nicht davon abbringen, ein Eingreifen seiner Regierung rundweg abzulehnen. Er sprach von der fürchterlichen finanziellen Lage seines Landes und interpretierte den Brief von Hans-Dietrich Genscher dahingehend, daß der Minister nichts von der Angelegenheit wissen wollte und daß die Bundesregierung nichts unternehmen würde.⁴⁵

Im Moment war jedoch vorrangig, daß der neue Bürgermeister Juan Luis Zuzaeta die Kommission und ihren Gesandten Jesús Arana anerkannte, denn Dunixi Abaitua hatte sich Ende Januar 1982 von seinem Amt zurückgezogen, nachdem er und weitere fünf Stadträte aus ihrer Partei EAJ/PNV ausgeschlossen worden waren; zu diesen gehörte auch Amaya Aristazabal, die Sekretärin der Kommission. Die Anerkennung durch Zuzaeta kam mit einem Schreiben vom 2. September 1982; da nichts Gegenteiliges erklärt wurde, ging die Kommission weiterhin davon aus, daß der Bürgermeister von Gernika gleichzeitig Präsident der Kommission sei, denn diese Funktion war nicht an die Person gebunden, sondern an das Amt.

Bezüglich ihrer Ziele trat die Kommission in eine Phase der Unbestimmtheit ein, nachdem der neue Bürgermeister in einer Versammlung Anfang September 1982 mitgeteilt hatte, daß die baskische Regierung der Meinung war, Gernika benötige kein neues Krankenhaus, weil das imnahegelegene Galdakao völlig ausreiche. Auch ein neues Zentrum für baskische Studien war nicht mehr notwendig, da kürzlich die Universität des Baskenlandes gegründet worden war. Tatsächlich hatte die Kommission ihre Ziele in den Jahren des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie formuliert, aber die schnelle Entwicklung der baskischen Kompetenzen in den Bereichen Gesundheits- und Erziehungswesen, die von der spanischen Zentralregierung übertragen worden waren, machten die Projekte der Kommission überflüssig.

Ein neuer Vorschlag verdient besonderes Interesse, auch wenn er zunächst nicht weiterverfolgt wurde und erst Jahre später neue Aktualität erlangte: Jon Larrinaga von der Partei *Euskadiko Ezkerra* erinnerte an die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Raum Gernika, die etwa 30% betrug. Da es in Gernika traditionell eine recht bedeutende Metallindustrie gab, die Parallelen in Deutschland hatte, wäre es

interessant, wenn Deutschland dazu bewegt werden könnte, einerseits in Gernika zu investieren, um die örtliche Industrie zu fördern, und andererseits eine Berufsschule einzurichten. Larrinaga versprach die Ausarbeitung eines Projektes, aber dieses kam nie, und die Idee geriet vorläufig in Vergessenheit.

Schließlich entschied sich die Kommission Mitte 1983 für drei neue Ziele:

1. Bau eines Rehabilitationszentrums für geistig Behinderte.
2. Schaffung einer Stiftung für die Vergabe von Stipendien zum Universitätsstudium in Deutschland.
3. Deutsche Industrie-Investitionen in Gernika mit dem Ziel, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Ein anderes Projekt, das schon seit Jahren im Gespräch war, war der Plan der Partnerschaft von Gernika mit einer deutschen Stadt, die möglichst auch einen Bombenangriff erlitten haben sollte. Auch wenn Arana diesbezüglich aktiv war, blieb die Idee der Partnerschaft immer dem Projekt einer sichtbaren deutschen Friedens- und Versöhnungsgeste untergeordnet. Schließlich war Gernika von deutschen Flugzeugen zerstört worden, so daß eine "Partnerschaft eine Geste des guten Willens von Gernika Deutschland gegenüber darstellte" und nicht umgekehrt: "Dieser Vorschlag einer Partnerschaft wäre Gernikas Antwort auf eine vorhergehende offizielle Geste aus Deutschland."⁴⁶

Am 1. Oktober 1982, wenige Tage nachdem die FDP die Regierungskoalition verlassen hatte, stürzte in der Bundesrepublik Deutschland die sozialdemokratische Regierung von Helmut Schmidt, vor allem weil sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Rezession nicht in den Griff bekam. Die FDP wechselte die Seite und bildete mit der CDU/CSU eine neue Koalitionsregierung. Hans-Dietrich Genscher, der Verfasser des obengenannten Briefes an die Jusos, blieb Außenminister. Es war nicht vorherzusehen, ob der Regierungswechsel positive oder negative Folgen für die Arbeit der Comisión Gernika haben würde, aber die Kontinuität Genschers und auch von Heiner Geißler in der Direktion der CDU ließen hoffen. Geißler hatte am 5. August 1981 in einem Brief an Xabier Arzalluz, den Präsidenten der baskischen Regierungspartei EAJ/PNV, erklärt, daß er "eine politische Geste gegenüber dem Volk von Guernica" befürworte (siehe oben). Andererseits könnte die neue Situation der Regierungsverantwortung zu einer Änderung seiner Einstellung führen.

Kurz darauf, am 28. Oktober 1982, gewann die sozialdemokratisch orientierte PSOE die spanischen Parlamentswahlen. Von der Regierung einer Partei, die im spanischen Bürgerkrieg die Truppen Francos bekämpft hatte und ein Verbündeter der baskischen Nationalisten gewesen war, konnte man die Unterstützung erwarten, die die deutsche Bundesregierung benötigte, um eine Versöhnungsgeste gegenüber Gernika in die Wege zu leiten. Jesús Arana nahm mit führenden baskischen Sozialisten Kontakt auf, die ihm als Vermittler in Madrid dienen sollten, aber es sollten zwei Jahre vergehen, bis er den Preis für sein Beharren und seine Geduld erhielt: Am 6. September 1984 schrieb der spanische Regierungschef Felipe González an den Bundeskanzler Helmut Kohl:

Man hat mir mitgeteilt, daß Ihre Regierung Ihre direkte Intervention in dieser Angelegenheit davon abhängig macht, daß die Regierung von Spanien ihr Einverständnis mit dem Projekt erklärt, das offenbar im Bau von Einrichtungen mit sozialem Charakter in Guernica besteht. Mit diesem Schreiben möchte ich Ihnen unsere Zustimmung zu diesem Projekt übermitteln.⁴⁷

Endlich war die Erklärung auf dem Tisch, mit der der spanische Regierungschef sein Einverständnis mit den Projekten der Comisión Gernika erklärte, so wie es der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher zweieinhalb Jahre zuvor gefordert hatte (siehe oben: "von offizieller spanischer Seite"). Außerdem hatte sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland in jenen Jahren allmählich verbessert, so daß auch das Argument finanzieller Schwierigkeiten an Bedeutung verloren hatte.

Aber die Freude von Jesús Arana währte nicht lange, denn der deutsche Bundeskanzler antwortete am 16. Oktober 1984:

Zwar sehe ich keine Möglichkeit, daß die Bundesregierung selbst zur Verwirklichung der Vorhaben beitragen könnte, jedoch habe ich eine Prüfung veranlaßt, welche Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland interessiert werden könnten, sich an den Aktivitäten in Guernica zu beteiligen.⁴⁸

Diese beklagenswerte Antwort blieb selbst hinter dem zurück, was bisher der Minister Genscher erklärt hatte, und es gab nicht einmal einen Hinweis auf die moralische Dimension der Geste, die die Kommission vorschlug.

Die Stärke von Jesús Arana lag darin, daß ihn selbst die schlechtesten Nachrichten nicht aufgeben ließen. Trotz der Absage des

Bundeskanzlers, direkt bei der Verwirklichung der ersehnten Versöhnungsgeste mitzuwirken, setzte er sich erneut mit den Beamten im Auswärtigen Amt in Verbindung, mit denen er vorher gesprochen hatte. Dort gelang ihm ein Treffen mit Dr. Beemelmans, dem Direktor der Kulturabteilung im Ministerium. Aranas Gesprächspartner im Ministerium hatten angedeutet, daß eine finanzielle Beteiligung beim Bau einer neuen Kirche in Gernika möglich wäre, und Beemelmans bot schließlich einen Beitrag von 10.000 Mark an. Tief beleidigt wies Arana diese lächerliche Summe zurück, die ein materielles, sichtbares Zeichen der Versöhnung wegen der Zerstörung Gernikas sein sollte.

Nun blieb kein anderer Weg, und Arana verbrachte das folgende Jahr auf der Suche nach einem Empfehlungsschreiben der deutschen Bundesregierung, um damit bei anderen Organisationen vorzusprechen, die die angestrebte Versöhnungsgeste verwirklichen könnten. Am 13. August 1985 antwortete ihm jedoch der Staatsminister Jürgen Möllemann, daß "die Bundesregierung freilich keine Möglichkeit sieht, selbst zur Verwirklichung des Projektes beizutragen".⁴⁹ Jetzt war man nicht einmal mehr bereit, die Arbeit Aranas durch ein Empfehlungsschreiben an andere Organisationen zu unterstützen.

Was folgte, war Schweigen, und allnählich schlossen sich Jesús Arana sämtliche Türen. Sein letzter Versuch vom 5. November 1985, sich mit Außenminister Genscher in Verbindung zu setzen, blieb ohne Antwort. Vorher, am 19. Februar desselben Jahres, hatte er an den Präsidenten der baskischen Landesregierung José Antonio Ardanza, geschrieben und ihn um die gleiche Unterstützung gebeten, die er immer von dessen Amtsvorgänger Carlos Garaikoetxea erhalten hatte, aber auch Ardanza antwortete nicht.

Der Bürgermeister von Gernika, Juan Luis Zusaeta, hatte schon lange aufgehört, mit Arana zusammenzuarbeiten. Er teilte ihm lediglich am 22. April 1985 telefonisch mit, daß das Projekt eines Behindertenzentrums vom Stadtrat aufgegeben worden sei, aber es gebe jetzt einige andere Projekte, die in Kürze konkretisiert würden. Einen Monat später erhielt Arana ein Schreiben des Bürgermeisters, in dem er ihn informierte, daß die besagten Projekte in Vorbereitung seien. Dies war die letzte Nachricht des Bürgermeisters. Arana blieb alleine, ohne Unterstützung und sogar ohne Projekte, die er in Deutschland hätte vorlegen können.

Am 11. Mai 1987, wenige Tage nach dem 50. Jahrestag der Bombardierung von Gernika, wurde die Comisión Gernika trotz energischer Proteste ihrer Mitglieder durch knappen Mehrheitsbeschluß der Vollversammlung des Stadtrats aufgelöst. Der Hauptgrund, den der Bürgermeister angab, um diese Entscheidung zu

rechtfertigen, war die Ineffizienz der Kommission: Die Jahre vergingen, ohne daß sie etwas erreicht hätte; seit Jahren hatte sich die Kommission nicht mehr versammelt, und sie war so ineffizient, daß sie nicht einmal irgendeinen Akt zum 50. Jahrestag vorbereitet hatte; es gab keine klaren Projekte, und die einstigen Möglichkeiten waren erschöpft. Tatsächlich hatten sich Jesús Arana allmählich sämtliche Türen verschlossen, nachdem im Jahr 1984 mit dem Brief von Felipe González seinen größten institutionellen Erfolg erzielt hatte.

Bei der Bewertung der Arbeit der Comisión Gernika und der Reaktion auf deutscher Seite sollte man das Bestehen deutscher Politiker und Behörden auf der Wahrung der institutionellen Formen berücksichtigen: Die Deutschen waren der Ansicht, daß eine Versöhnungsgeste auf institutionellem Weg hätte eingeleitet werden sollen, anstatt über eine Privatinitiative wie die Comisión Gernika, auch wenn sie vom Stadtrat von Gernika unterstützt wurde. Eine Tatsache ist auch, daß es in den Jahren der Gründung der Kommission noch keine ausreichenden Erfahrungen mit der jungen Demokratie gab und daß ein großer institutioneller Freiraumbestand, der glauben ließ, daß Privatinitiative alles möglich machte; im Laufe der Jahre wurden die Bemühungen von Jesús Arana jedoch immer anachronistischer.⁵⁰

In den Jahren seiner Tätigkeit in Deutschland stieß Jesús Arana auf viel guten Willen, aber auch auf den Widerstand vieler Politiker und auf eine Mauer von Unverständnis und Ignoranz. Einige Gesprächspartner bagatellisierten die deutsche Schuld mit dem Argument, daß die Legion Condor von Franco gerufen worden sei und unter seinem Oberbefehl gestanden habe,⁵¹ und es gab sogar solche, die noch immer daran zweifelten, daß die Deutschen Gernika zerstört hatten.⁵² Andere verwechselten die legitimen Forderungen Gernikas nach Wiedergutmachung mit dem Radikalismus der ETA, wieder andere legten die ersehnte Versöhnungsgeste als Kriegsreparation aus, die sie nicht bereit waren zu zahlen, und schließlich verschanzten sich viele hinter wirtschaftlichen Argumenten.

Die Tätigkeit von Jesús Arana scheint zudem bei seinen Besuchen in den Büros der deutschen Politiker gelegentlich mit Bittstellerei verwechselt worden zu sein. In der ARD-Sendung *Monitor* vom 19. Mai 1987, acht Tage nach der Auflösung der Comisión Gernika, setzte sich Arana gegen diesen Vorwurf zur Wehr:

Wir sind keine Bettler. Unsere Würde verbietet uns zu betteln, wofür es außerdem keinen Grund gibt. Wir machen lediglich einen Vorschlag, natürlich in der Hoffnung, eine positive Antwort zu erhalten.⁵³

Erklärungsversuche dieser Art klingen recht kläglich. Tatsächlich scheint der Eindruck der Bittstellerei für den Bürgermeister von Gernika ein Grund gewesen zu sein, Arana sein Vertrauen zu entziehen; Juan Luis Zuzaeta selbst erklärt noch heute, daß "es den Eindruck machte, als würde man betteln".⁵⁴

In den achtziger Jahren war in Deutschland das Bewußtsein um das Verbrechen gegen die Menschheit, das die Legion Condor in Gernika begangen hatte, noch nicht die Herzen der Menschen vorge-drungen. Dieses Bewußtsein konnte der Pater Arana nicht wecken, sondern die Deutschen selbst mußten es entwickeln, indemsie in jenen Jahren erneut ihre Vergangenheit und ihre Verantwortlichkeit vor der Welt in Frage stellten. Zuerst mußten noch Petra Kelly und Gert Bastian den Baum von Gernika besuchen,⁵⁵ und die Stadt Pforzheim mußte eine Partnerschaft mit Gernika eingehen, bevor sich die Deutschen von ihrer historischen Verantwortung bei der Bombardierung von Gernika und von der Notwendigkeit einer Versöhnungsgeste überzeugen ließen.

V. Petra Kelly und das – Friedensforschungszentrum

Wenige Tage vor dem 50. Jahrestag der Bombardierung Gernikas besuchten zwei bekannte Pazifisten auf Einladung der Partei *Euskadiko Ezkerra* Bilbao, um an einem Kongreß über Kultur und Gewalt teilzunehmen, auf dem die Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des baskischen Konflikts diskutiert wurden. Es handelte sich um Petra Kelly, Abgeordnete des Bundestages und Mitbegründerin der Grünen, sowie um den ehemaligen General Gert Bastian als Sprecher der Vereinigung *Generäle für Frieden und Abrüstung*. Der genannte Kongreß war dem 50. Jahrestag der Zerstörung Gernikas durch die Legion Condor gewidmet.

Als Kelly und Bastian erfuhren, daß kein offizieller Repräsentant der deutschen Bundesregierung und nicht einmal der Botschafter Guido Brunner an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag teilnehmen würde, beschlossen sie, einen eigenen Gedenkakt vorzunehmen. Da sie bereits vor dem 26. April nach Deutschland zurückkehren mußten, fand dieser am 18. April statt. Am Baum von Gernika legten sie einen Kranz nieder, und Petra Kelly sprach vor den anwesenden Gernikanern:

Heute stehe ich hier als Deutsche, beschämt wegen des 26. April 1937. Am 26. April 1937, vor fast 50 Jahren, bombardierten Flugzeuge der mit Franco verbündeten deutschen Luftwaffe diese Stadt Gernika in Euskadi. Die Bomben der Legion Condor töteten viele, viele Menschen – ein großes Verbrechen wurde hier begangen.⁵⁶

Petra Kelly erkannte die Bedeutung von Gernika als Symbol der

Freiheit und der Demokratie einerseits, und als Friedenssymbol andererseits, sowie die Notwendigkeit einer deutschen Versöhnungsgeste, die diese Bedeutung unterstreichen würde:

Gernika war immer Symbol der Basken für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Unabhängigkeit. [...] Hier in Gernika sollten wir uns verpflichten, gewaltfrei zu handeln! Und hier in Gernika soll eine internationale Begegnungsstätte für Frieden und Versöhnung errichtet werden. Wir fühlen uns Gernika verpflichtet und hoffen sehr, daß solch ein internationales Friedens- und Begegnungszentrum bald realisiert werden kann, mit der großzügigen Hilfe, so hoffe ich, der Bundesrepublik.⁵⁷

Für Petra Kelly war wichtig, daß die deutsche Geste einen Sühneakt für die begangene Schuld darstellte und gleichzeitig —ausgehend vom historischen Ereignis— auf die Zukunft ausgerichtet sei. Mit ihrem Vorschlag schloß sie sich dem Antrag zur Einrichtung eines Friedensforschungszentrums an, der am 10. April 1987 vom baskischen Parlament angenommen worden war.

Bei ihrer Rückkehr legten die Grünen am 29. April 1987 eine Kleine Anfrage im Bundestag vor, die verschiedene Fragen enthielt: erstens, was die Bundesregierung veranlaßt hatte, keinen offiziellen Repräsentanten nach Gernika zu schicken, um an den Gedenkfeiern des 50. Jahrestages der Bombardierung teilzunehmen; zweitens, ob die Bundesregierung die Bombardierung von Gernika als ein von Deutschen begangenes Kriegsverbrechen anerkennen würde; drittens, ob die Bundesregierung bereit sei, die Forderungen nach Wiedergutmachung zu erfüllen; und viertens, ob die Regierung ein internationales Begegnungszentrum für Frieden und Versöhnung unterstützen würde.

Am 25. Mai 1987 stellten die Grünen einen Antrag auf deutsche Hilfe beim Bau des genannten Zentrums und bei einer Partnerschaft Gernikas mit einer deutschen Stadt, und am 16. Juni 1987 wurden die Vorschläge im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert. Hier muß hervorgehoben werden, daß die Grünen nach einer Konsenslösung zwischen allen Parteien suchten und dafür auch bereit waren, Zugeständnisse zu machen und von ihren ursprünglichen Vorschlägen abzuweichen. Mit dieser Haltung gewannen sie die Gunst des Bundestages, der das Thema Gernika immerhin dreimal im Plenum diskutierte.

Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher antwortete auf die Kleine Anfrage vom 29. April erst mit Schreiben vom 13. Oktober 1987. Auf die erste Frage antwortete er, daß sich die

Bundesregierung der moralischen Dimension der Bombardierung von Gernika bewußt sei und daß der deutsche Generalkonsul in Bilbao zur Gedenkfeier des 50. Jahrestages entsandt worden sei. Tatsächlich hatte die Bundesregierung im letzten Moment den Konsul von Bilbao nach Gernika geschickt, nicht aber den Botschafter.

Auf die zweite Frage antwortete er, daß jede militärische Aktion, die die Regeln zum Schutz der Zivilbevölkerung verletzt, völkerrechtswidrig sei. Obwohl Genscher hier nicht explizit die Bombardierung von Gernika verurteilte, so gab er indirekt doch zu, daß damit die Menschenrechte verletzt worden waren.

Auf die dritte Frage antwortete er folgendermaßen:

Die Frage einer materiellen Wiedergutmachung durch die Bundesrepublik Deutschland ist angesichts der Rechtslage auch von baskischer Seite nicht aufgeworfen worden. [...] Unabhängig von dieser Frage ist sich die Bundesregierung jedoch der mit der Bombardierung von Guernica verbundenen moralischen und menschlichen Dimension stets bewußt gewesen. Sie setzt sich deshalb nachdrücklich für das Zustandekommen einer Partnerschaft zwischen Guernica und einer Stadt in der Bundesrepublik Deutschland ein. Diese Städtepartnerschaft soll auch im Sinne der Bundestagsdebatte vom 16. Juni 1987 und der dabei zum Ausdruck gebrachten Auffassung aller Fraktionen eine Geste des Friedens und der Freundschaft gegenüber Guernica sein.⁵⁸

Das war jedoch nicht, was sich die inzwischen aufgelöste Comisión Gernika vorgestellt hatte, denn wie Jesús Arana immer betont hatte, sei die Partnerschaft eine Geste des guten Willens Gernikas gegenüber Deutschland; dem sollte aber eine Versöhnungsgeste von offizieller deutscher Seite vorhergehen, und dies sei noch nicht geschehen.⁵⁹

Auf die vierte Frage der Grünen antwortete Genscher:

Der Bundesregierung ist über ein solches Vorhaben nichts bekannt. Ihr ist weder vom baskischen Parlament noch von anderer Seite eine Bitte um Förderung eines solchen Vorhabens übermittelt worden. Was die Beteiligung der Bundesregierung in Form einer symbolischen Geste an einem Projekt in Guernica angeht, so hat sie stets darauf hingewiesen, daß ein solches Projekt von offizieller spanischer Seite benannt werden müßte. Die spanische Zentralregierung ist bisher jedoch nicht initiativ tätig geworden.⁶⁰

Seit 1984 lag der Brief des spanischen Regierungschefs Felipe González an den Bundeskanzler Kohl vor, mit dem dieser das Projekt von "Einrichtungen mit sozialem Charakter" (siehe oben) unter-

stützt. Entweder war dem Minister die Existenz dieses Briefes nicht bekannt, oder er forderte nun tatsächlich, daß die spanische Regierung den Vorschlag konkretisiere. In jedem Fall jedoch erscheint Genschers Brief als ein weiteres Manöver, um Zeit zu gewinnen und die Projekte in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das Friedensforschungszentrum, dessen Einrichtung am 10. April 1987 vom baskischen Parlament beschlossen worden war, begann inzwischen auch ohne deutsche Hilfe eine Realität zu werden. Insbesondere ist dies Dr. Juan Gutiérrez zu verdanken, der auf eine lange Erfahrung in der Friedensbewegung zurückblicken konnte, und der Zusammenarbeit mit der baskischen Landesregierung, der Stadt Gernika und der Universität des Baskenlandes. Im Oktober 1987 beschloß das baskische Parlament, dieses neue Institut zu subventionieren, und am 26. April 1988 wurde es anlässlich des 51. Jahrestages der Bombardierung von Gernika offiziell eingeweiht; es erhielt den Namen *Friedensforschungszentrum Gernika Gogoratuz*.

Jetzt existierte bereits eine Einrichtung, die den Vorstellungen von Petra Kelly entsprach und die der Bundesregierung die Gelegenheit eröffnete, die gewünschte Friedensgeste in die Tat umzusetzen. Darum trat Petra Kelly entschieden für die Unterstützung von Gernika Gogoratuz ein.

Am 51. Jahrestag der Bombardierung von Gernika begann die Initiative der Grünen und insbesondere von Petra Kelly und Gert Bastian die ersten Früchte zu tragen, denn das Thema Gernika wurde ernsthaft behandelt und der deutsche Botschafter in Madrid, Guido Brunner, ehrte die Toten von 1937, indem er zusammen mit dem Bürgermeister von Gernika, Juan Luis Zuzaeta, einen Blumenstrauß niederlegte. An der Gedenkfeier nahm auch eine Delegation aus Pforzheim teil, denn die Verhandlungen bezüglich einer Partnerschaft zwischen den beiden Städten waren bereits weit fortgeschritten; ein Jahr später sollte die Partnerschaft eine Tatsache sein.

Währenddessen setzten sich die Grünen energisch dafür ein, Petra Kellys Vorschlag Wirklichkeit werden zu lassen. Am 11. November 1987 nahm eine Arbeitsgruppe im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages die Arbeit auf, um die verschiedenen Standpunkte anzunähern, damit ein mögliches Projekt die Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien habe.

In der öffentlichen Meinung in Deutschland war dies ein heikles Thema, so daß die baskischen Politiker es vorzogen, sich nicht in die Diskussionen über Art und Umfang der deutschen Versöhnungsgeste einzumischen; ihrer Meinung nach liege dies einzig in der

Verantwortlichkeit des Bundestages.

In einem internen Bericht vom 6. Januar 1988 faßte der Staatsminister Helmut Schäfer den baskischen Standpunkt zusammen: Seiner Meinung nach stimmten die Repräsentanten der baskischen Regierung und der Stadt Gernika darin überein, daß die deutsche Geste einen starken politisch-symbolischen Gehalt habe und in die Zukunft gerichtet sein solle. Absoluten Vorrang habe die Partnerschaft. Es gebe Einwände gegen die Finanzierung einer sozialen Einrichtung, wie sie die aufgelöste *Comisión Gernika* vorgeschlagen habe, da dies in die Kompetenzen der staatlichen oder regionalen Sozialfürsorge falle. Alle baskischen Gesprächspartner bevorzugten eine deutsche Beteiligung an der Einrichtung des Friedensforschungszentrums.⁶¹

Dieser Bericht machte Hoffnung, daß bald ein Konsens zwischen den deutschen Parteien in Bezug auf Gernika gefunden werden könnte. In einer weiteren Versammlung des Auswärtigen Ausschusses am 2. März 1988 wurde versucht, einen gemeinsamen Vorschlag auszuarbeiten, aber Zweifel in den Reihen der CDU verhinderten eine Entscheidung.

Inzwischen bat das Auswärtige Amt die deutsche Botschaft in Madrid um Informationen über die baskische Haltung zur deutschen Unterstützung des Friedensforschungszentrums. Anfang April gab der Botschafter Guido Brunner von Madrid aus Auskunft über die Ergebnisse seiner Gespräche mit baskischen Politikern: Die Partnerschaft habe eindeutigen Vorrang vor dem Friedensforschungszentrum. Außerdem sei ein deutscher Vorschlag dazu gar nicht erwünscht, weil dies die baskische Seite zwingen würde, ihre Entscheidungen auf ungewollte Weise zu forcieren.⁶²

Überraschend wurde Brunner vom grünen Bundestagsabgeordneten Alfred Mechttersheimer unterstützt, der an der Gedenkfeier zum 51. Jahrestag der Bombardierung in Gernika teilgenommen hatte und danach erklärte, daß die baskische Regierung keine Fremdfinanzierung des Friedensforschungszentrums wünsche. Er habe auch mit Brunner gesprochen, der mit den Regierungen in Vitoria und Madrid darin übereinstimme, daß die symbolische deutsche Geste auf die Hilfe für arbeitslose Jugendliche gerichtet sein solle.⁶³

Diese verwirrenden Meldungen ließen den ohnehin schwierigen Konsens zwischen den deutschen Parteien scheitern. Obwohl Alfred Mechttersheimer zugab, daß die Hilfe für arbeitslose Jugendliche nicht den gewünschten symbolischen Friedenscharakter habe, dienten seine Ausführungen in der Bundestagsdebatte des 5. Mai 1988 den deutschen Regierungsparteien als Beweis, daß der Moment zur

Unterstützung des Friedensforschungszentrums noch nicht gekommen sei. Auch die Grünen zeigten sich verwirrt und waren bereit, von ihrem ursprünglichen Vorschlag abzurücken, um einen neuen Konsens auf anderer Ebene zu erreichen.

Angesichts dieser Aussichten riefen die Urheber der Initiative, Petra Kelly und Gert Bastian, wenige Stunden vor der Parlamentsdebatte den baskischen Kultusminister Joseba Arregui an und erhielten von ihm eine klare Stellungnahme:

Die Realisierung des beschlossenen Vorhabens werde von allen demokratischen Kräften des Landes voll unterstützt. Jegliche Hilfe der Bundesregierung sei willkommen, doch dürfe sie nicht an irgendwelche Bedingungen geknüpft sein. Eine großzügige Unterstützung des Projektes Friedensforschungszentrum sei die beste Lösung.⁶⁴

Arregui sagte deutlich, daß er die Einschätzungen von Mechttersheimer nicht teile.

Rückblickend können sich heute die höchsten Repräsentanten der Stadt Gernika diese Widersprüche nur durch Fehlinterpretationen von Brunner und Mechttersheimer erklären, da immer eindeutig klar gestellt wurde, daß das Friedensforschungszentrum von der baskischen Regierung finanziert sein sollte; dies schloß jedoch die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung nicht aus.⁶⁵

Die Worte von Joseba Arregui stehen in klarem Gegensatz zu denen des Botschafters Brunner, der einige Tage vorher in einem Telefongespräch erklärt hatte, daß es keine konkreten Wünsche von seiten der baskischen Regierung gebe und daß sich das Projekt eines möglichen Friedensforschungszentrums erst in seinen Anfängen befände. Außerdem würde die spanische Regierung solchen Plänen ablehnend gegenüberstehen.⁶⁶

Angesichts dieser verwirrenden Informationen kam es in der Bundestagsdebatte des 5. Mai 1988 zum offenen Bruch im gemeinsamen Vorgehen. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP zogen ihre Unterstützung zurück und kündigten die Ausarbeitung eines eigenen Vorschlags an, der in der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vorgelegt werde.

Vor dieser wichtigen Sitzung kam am 13. Mai 1988 noch ein Brief des Botschafters Brunner aus Madrid, in dem er mit der Information überraschte, daß seine baskischen Gesprächspartner für das Friedensforschungszentrum höchstens einen bescheidenen deutschen Zuschuß von 10.000 Mark für eine Bibliothek erwarteten. Die Partnerschaft und ein Pilotprojekt zur Berufsausbildung hätten kla-

ren Vorrang

Später erfuhren Petra Kelly und Gert Bastian aus "glaubhaften Quellen" im Baskenland, daß Brunner seinen baskischen Gesprächspartnern erklärt hatte, daß 10.000 Mark das Höchste sei, was die Bundesregierung bereit sei zu zahlen.⁶⁷ Nur mit dieser Taktik wird klar, wie es möglich war, daß die Basken so sehr von ihren ursprünglichen Vorstellungen abrückten, denn dies steht in deutlichem Gegensatz zum Bericht des Staatsministers Schäfer vom 6. Januar 1988 und zu den telefonischen Erklärungen des baskischen Kultusministers Joseba Arregui vom 5. Mai.

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 18. Mai 1988 wurden zwei verschiedene Anträge vorgelegt, einer von den Grünen und der SPD zugunsten des Friedensforschungszentrums, der aber angesichts der parlamentarischen Minderheit zum Scheitern verurteilt war, und der andere von der Regierungskoalition (CDU/CSU und FDP), die die Finanzierung der Partnerschaft zwischen Pforzheim und Gernika aus Mitteln des Auswärtigen Amtes vorschlug, wodurch kulturelle Veranstaltungen und Begegnungen zwischen den Bürgern beider Städte, insbesondere der Jugend, gefördert werden sollten. Kooperationsprojekte könnten in der Förderung der Berufsausbildung im Raum Gernika und in Beiträgen zur Erweiterung der Bibliothek bestehen. Dieser Antrag wurde dank der Mehrheit der Regierungskoalition angenommen und dem Bundestag vorgelegt.

Nach derart vielen widersprüchlichen Meldungen aus Madrid und dem Baskenland wollten sich Petra Kelly und Gert Bastian selbst ein Bild machen und reisten Ende Mai 1988 nach Gernika und San Sebastián. Dort unterhielten sie sich u.a. mit dem baskischen Kultusminister Joseba Arregui, mit Gernikas Bürgermeister José Luis Zuzaeta, mit dessen Stellvertreter und mit Repräsentanten aller Parteien im Stadtrat von Gernika, sowie mit dem Bürgermeister von San Sebastian, Xabier Albistur. In ihren Gesprächen konnten sie feststellen, daß man sowohl in Gernika wie im gesamten Baskenland der Schaffung des Friedensforschungszentrums eine große Bedeutung beimaß. Die Bemühungen von Kelly und Bastian wurden weitgehend anerkannt, und am 31. Mai 1988 erhielten sie sogar einen handschriebenen persönlichen Brief des baskischen Präsidenten José Antonio Ardanza, der sich für ihren Einsatz bedankte.⁶⁸

All dies bewies ihnen, daß ihre Arbeit nicht umsonst gewesen war, und es bestärkte sie, sich weiterhin für eine wahre Versöhnungsgeste einzusetzen, die auch ausdrücklich die deutsche Verantwortung bei der Bombardierung von Gernika anerkannte.

Im Antrag der Grünen und der SPD, der sich im Auswärtigen

Ausschuß nicht durchsetzen konnte, wurde auf der Anerkennung der historischen Wahrheit über die Bombardierung von Gernika bestanden, während der letztlich angenommene Antrag der CDU/CSU und der FDP die deutsche Verantwortung bei der Zerstörung der baskischen Stadt mit keinem Wort erwähnte. Dagegen protestierte am 10. Juni 1988 die Aktionsgemeinschaft für den Frieden in einem Brief an den Bundestagspräsidenten; möglicherweise haben die Regierungsparteien auf diese Weise erkannt, wie peinlich ihre Unterlassung war, und in der offiziellen, gedruckten Version der Beschlussempfehlung vom 26. Oktober 1988, die dem Bundestag vorgelegt werden sollte, fand sich plötzlich der einleitende Satz:

Der Deutsche Bundestag stellt fest: Im Jahre 1987 waren 50 Jahre vergangen seit der Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch einen Bombenangriff der Legion Condor. Die Opfer der wehrlosen Zivilbevölkerung mahnen zu einer Geste des Friedens.⁶⁹

Am 10. November 1988 wurde schließlich die Beschlussempfehlung dem Bundestag vorgelegt und von den Parteien der Regierungskoalition angenommen. Nach der oben zitierten Einführung lautete der Text folgendermaßen:

Der Bundestag begrüßt, daß die Stadt Pforzheim mit Guernica und der Region des Baskenlandes eine Partnerschaft einget. Er fordert die Bundesregierung auf, diese Städtepartnerschaft zu fördern und mit Haushaltsmitteln des Auswärtigen Amtes zu unterstützen. Im Vordergrund sollen die Begegnungen von Menschen, vor allem der jungen Generation, und kulturelle Veranstaltungen stehen. Mögliche Kooperationsprojekte in diesem Rahmen können auch die Förderung der Berufsausbildung in der Region und ein Beitrag zur Ausstattung einer Bibliothek in Guernica sein. Die Bundesregierung wird aufgefordert, für diese Maßnahmen einen angemessenen Betrag im Bundeshaushalt vorzusehen.⁷⁰

Trotz aller Anstrengungen war es den Grünen nicht gelungen, noch zu ändern, was bereits im Auswärtigen Ausschuß beschlossen worden war. Die Gelegenheit, daß Deutschland eine würdige Geste der Versöhnung leisten würde, war vertan. Für Petra Kelly, die die Initiative eingeleitet hatte, war der 10. November "ein tiefschwarzer Tag für die Vergangenheitsbewältigung im Deutschen Bundestag".⁷¹ In einer Pressekonferenz am 11. November 1988 kritisierte sie die Entscheidung des Bundestages aufs Schwerste:

Mit keinem Wort erwähnt die gestern verabschiedete Resolution, daß

es deutsche Kampfflugzeuge waren, die Gernika in Schutt und Asche legten. Unerwähnt bleibt auch, daß dieser Bombenangriff den ersten Luftangriff auf Zivilisten, auf Kinder, Frauen und Männer markiert, die am Kriegsgeschehen nicht beteiligt waren. [Die Bundesregierung betreibt] Vergessen, wo Erinnerung nötig wäre. Sie leugnet Täter und beleidigt damit die Opfer. [...] Die Chance zu einer würdigen Geste der Versöhnung ist zunächst jedenfalls vertan.⁷²

Auch wenn der Bundestagsbeschluß nicht das war, was die Grünen angestrebt hatten, so stellte doch eine würdige Verwirklichung des Vorschlags eine respektable deutsche Geste dar. Darum folgten Petra Kelly und Gert Bastian von 1988 bis 1992 mit großer Aufmerksamkeit der Entwicklung des Projektes eines Berufsbildungszentrums, und sie versuchten es immer wieder zu beschleunigen; diese Versuche erwiesen sich im Laufe der Zeit als nutzlos und endeten jäh mit ihrem gewaltsamen Tod im Oktober 1992.

Währenddessen hatte das Friedensforschungszentrum Gernika Gogoratuz seine Arbeit mit geringeren finanziellen Mitteln aufgenommen, als dies eine mögliche deutsche Unterstützung bei der Einrichtung und beim Betrieb versprochen hätte. 1995 wurde eine Stiftung gegründet, in deren Ausschuß die Stadt Gernika mit ihrem Bürgermeister als Präsident der Stiftung das baskische Parlament, die Universität des Baskenlandes und die Universität Deusto sowie Gernika Gogoratuz selbst vertreten sind.

Die Tätigkeit von Gernika Gogoratuz —der Name bedeutet *Gernika gedenken*— bekräftigt den Charakter der baskischen Kleinstadt als Inbegriff der baskischen Identität und Symbol des Friedens und der Versöhnung. Es handelt sich um eine Friedenswerkstatt, die nicht nur das Gedenken an die Vergangenheit pflegt und Gernikas Symbolcharakter hervorhebt, sondern das Zentrum arbeitet aktiv für den Frieden in Gegenwart und Zukunft. "Der Frieden von Gernika Gogoratuz ist versöhnlicher Frieden, positiver Frieden."⁷³

Gernika Gogoratuz veranstaltet sowohl im Baskenland als auch in anderen Ländern —wie Kolumbien oder Kroatien— Kurse zur Ausbildung, Analyse und Training in der Behandlung von Konflikten, die in verschiedenen Bereichen auftreten können, z.B. im Schulwesen, in Jugendgruppen oder Gefängnissen und in Entwicklungsprozessen oder im Umweltschutz. Außerdem realisiert Gernika Gogoratuz in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten partizipative Feldforschungsarbeiten zur Unterstützung von Konfliktlösungsansätzen, und das Zentrum berät und vermittelt bei sozialen und politischen Konflikten. Gernika Gogoratuz unterhält

auch Verbindungen mit den relevanten politischen und sozialen Gruppen im baskischen Konflikt. Die alljährlich um den Jahrestag der Bombardierung von Gernika stattfindenden *Kultur- und Friedenstag* sind der offizielle Rahmen, innerhalb dessen Gernika Gogoratuz seine Arbeit der Öffentlichkeit vorstellt und Kontakte mit Wissenschaftlern und Friedensgruppen der ganzen Welt pflegt.

VI. Die Bundeswehr und --- Picassos *Guernica*

Anlässlich des 50. Jahrestages der Bombardierung wurde Gernika zur *Stadt der Kultur und des Friedens* erklärt, und gleichzeitig wurde das Friedensforschungszentrum eingerichtet. All das unterstrich die Bedeutung Gernikas als Symbol, nicht nur für Zerstörung und die Schrecken des Krieges, sondern auch für Frieden und Versöhnung. In Deutschland dagegen war das Bewußtsein der symbolischen Bedeutung von Gernika und der deutschen Verantwortung bei der Zerstörung der Stadt noch nicht weit verbreitet. Für die Deutschen war *Guernica* eher ein berühmtes Gemälde von Picasso als eine Stadt, die von Deutschen zerstört worden war.

Nur so erklärt sich die Instinkttlosigkeit des deutschen Verteidigungsministeriums, als es Anfang September 1990 in den bedeutendsten überregionalen Zeitschriften —*Spiegel*, *Stern* usw.— eine zweiseitige Werbung für die Bundeswehr veröffentlichen ließ, die das Bild *Guernica* von Picasso darstellte und mit dem Untertitel versah: „Feindbilder sind die Väter des Krieges.“⁷⁴ Von den empörten Reaktionen auf diesen Affront möchten wir hier den Brief hervorheben, den Juan Gutiérrez, der Koordinator von Gernika Gogoratz, an den deutschen Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg schickte:

Guernica [von Picasso] ist eine Anklage gegen den Krieg und gegen die Zerstörung. Daraus ein Werbeobjekt für eine militärische Kraft zu machen, ist keine Lappalie, sondern eine schwerwiegende Manipulation, da die Bundeswehr in ihrer Traditionspflege verpflichtet ist, zur Legion Condor kritisch Stellung zu nehmen.⁷⁵

Das Verteidigungsministerium antwortete umgehend und begründete die Benutzung des Gemäldes mit der Rolle der Bundeswehr in der Demokratie als ein "Instrument zur Kriegsverhinderung und Friedenserhaltung".⁷⁶

Diese Antwort konnte die Kritiker nicht zufriedenstellen, und am 8. März 1991 kam es zum Skandal: Der Schriftsteller Günter Grass war beim damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker eingeladen, um aus seinem Buch *Der Butt* vorzulesen, als er plötzlich andere für diese Gelegenheit vorbereitete Papiere hervorzog und seinen Vortrag änderte. In der Rede *Das geschändete Bild* griff er öffentlich den Mißbrauch des Gemäldes *Guernica* durch die Bundeswehr an. Am Ende bat er den Präsidenten, den Verteidigungsminister Stoltenberg aufzufordern, sich bei der Bevölkerung von Gernika zu entschuldigen.⁷⁷

Die Stadt Gernika selbst beschloß am 23. März 1991 ebenfalls, ihre Empörung zum Ausdruck zu bringen und die Benutzung des Gemäldes *Guernica* für Militärpropaganda zu verurteilen. Von deutscher Seite wurde eine öffentliche Richtigstellung verlangt, die erklären sollte, "daß das Bild die Zerstörung Gernikas und den Tod vieler Unschuldiger darstellt, wofür die deutsche Legion Condor verantwortlich ist."⁷⁸

Es kam jedoch keine öffentliche Entschuldigung aus Deutschland. Zumindest hatten das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr genügend Taktgefühl, Picassos *Guernica* nicht noch einmal für ihre Zwecke einzusetzen. Diese Episode zeigt trotz allem, daß es in Deutschland an Sensibilität und Reife in Bezug auf die historische Verantwortung für die Bombardierung Gernikas mangelte.

VII. Die Partnerschaft zwischen Gernika und Pforzheim

Anfang der achtziger Jahre entstand die Idee einer Partnerschaft zwischen Gernika und einer deutschen Stadt, die möglichst auch die Schrecken des Luftkrieges erlitten haben sollte. Diese Möglichkeit zog auch Jesús Arana als Gesandter der Comisión Gernika seit dem Beginn seiner Aktivitäten in Deutschland in Betracht. Damals empfahlen ihm seine deutschen Gesprächspartner eine Stadt in Baden-Württemberg, weil die Autoritäten dieses Landes der Einrichtung solcher Bindungen sehr positiv gegenüberstehen würden. Außerdem wären die Gemeinden dieses Landes in einer vergleichsweise günstigeren finanziellen Lage als die anderer Bundesländer.⁷⁹

Anfang Juni 1983 wandte sich Arana an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth, und Ende September desselben Jahres konnte er Kontakt mit den dortigen Institutionen aufnehmen. Es mußte eine Stadt mit gewissen Parallelen zu Gernika gefunden werden, und von baskischer Seite bestand man außerdem darauf, daß diese Stadt ebenfalls im Krieg zerstört worden sei. Aber Arana hatte sich schon entschieden und gab direkt sein Interesse an Freudenstadt zum Ausdruck, einer hübschen Stadt mit 22.000 Einwohnern im Schwarzwald, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von den in dieser Gegend operierenden französisch-marokkanischen Truppen bombardiert, geplündert und zerstört worden war. Freudenstadt pflegte bereits seit zwanzig Jahren eine Partnerstadt mit Courbevoie in Frankreich, und als Arana am 14.

August 1984 mit dem Bürgermeister von Freudenstadt sprach, erklärte ihm dieser, daß sein Stadtrat beschlossen habe, keine weiteren Partnerschaften einzugehen, weil die Beziehungen zu Courbevoie sehr intensiv und befriedigend seien und die Verpflichtungen einer weiteren Partnerschaft nur die Beziehungen zur ersten belasten würden.

Seit 1983 gab es Versuche einer anderen deutschen Stadt, mit Gernika eine Partnerschaft einzugehen; es handelt sich um die 40.000 Einwohner zählende Stadt Wunstorf bei Hannover.⁸⁰ Wunstorf hatte während des Krieges keine größeren Zerstörungen erlitten, aber es besaß eine andere Beziehung zu Gernika: Auf seinem Fliegerhorst wurden Piloten der Legion Condor ausgebildet, von denen viele am Spanischen Bürgerkrieg teilnahmen.

Wunstorf ist fast mit der Nachbarstadt Neustadt zusammengewachsen, wo ein *Arbeitskreis Regionalgeschichte* besteht, der sich für die Partnerschaft einsetzte und insbesondere von den Grünen unterstützt wurde. Am 11. Dezember 1984 wurde das Projekt bei einer Podiumsdiskussion öffentlich vorgestellt, an der Jesús Arana, der Militärhistoriker Klaus A. Maier und Hubert Brieden vom Arbeitskreis Regionalgeschichte teilnahmen.

Doch das Projekt machte keine Fortschritte, und um es voranzubringen, unternahm der Arbeitskreis Regionalgeschichte verschiedene Reisen nach Gernika. Bis August 1987 nahm jedoch keine einzige der politischen Parteien im Wunstorfer Stadtrat Kontakt mit Gernika auf, und solange es von Wunstorfer Seite keine Interessenbekundung gab, sah man in Gernika keinen Anlaß zu einer offiziellen Stellungnahme. Erst im September 1987 beantragte der Kulturausschuß von Wunstorf nach der Diskussion eines Antrags der Grünen, "die Möglichkeit einer Städtepartnerschaft zwischen Wunstorf und der spanischen Stadt Guernica zu untersuchen".⁸¹ Da die Grünen jedoch Gernika und den Fliegerhorst Wunstorf in direkte Beziehung gebracht hatten, kamen den Repräsentanten von SPD und CDU ernsthafte Zweifel:

Vor solchen Zusammenhängen und den daraus abgeleiteten Erwartungen, Wunstorf könne einer Partnerstadt Guernica finanziell unter die Arme greifen, hatten zuvor Harald Brandes (SPD) und Johannes Grobely (CDU) gewarnt.⁸²

Erneut wurde der Vorwurf laut, Gernika würde nur wirtschaftliche Vorteile suchen, wobei doch die Idee der Partnerschaft eindeutig von deutscher Seite ausgegangen war. Der Repräsentant der CDU ging sogar noch weiter, indem er betonte, "Bindungen zwischen

den Bürgern beider Städte könnten auf Grund der Unterschiede in Kultur und Sprache nicht entstehen".⁸³ Es war unmißverständlich, daß im Stadtrat von Wunstorf kein politischer Wille zur Partnerschaft mit Gernika bestand. Die CDU verfügte über die Mehrheit im Wunstorfer Stadtrat und widersetzte sich der Partnerschaft, damit das Verbrechen der Zerstörung Gernikas nicht mit den Traditionen des Fliegerhorstes von Wunstorf —der übrigens heute der NATO zur Verfügung steht— in Beziehung gebracht würden. Die Initiative hatte keinerlei Aussichten mehr auf Erfolg.

Als Folge der Diskussionen um den 50. Jahrestag der Bombardierung von Gernika und der sich daraus ergebenden politischen Initiativen tauchten außer Wunstorf, dessen Partnerschaftsprojekt praktisch gescheitert war, neue Namen von Städten auf, die bereit waren, eine Partnerschaft mit Gernika einzugehen, beispielsweise Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg oder Bad Honnef in der Nähe von Bonn.⁸⁴ Schließlich fiel die Entscheidung zugunsten von Pforzheim in Baden-Württemberg.

Diese 120.000 Einwohner zählende Stadt am Fuß des Schwarzwaldes war am 23. Februar 1945 von einem der schrecklichsten Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges fast völlig zerstört worden. 80% des Stadtzentrums wurden vernichtet, und wahrscheinlich hält die Stadt den traurigen Rekord des höchsten Anteils an menschlichen Verlusten unter allen bombardierten Städten.⁸⁵ Als Märtyrerstadt schien sie der ideale Kandidat für eine Partnerschaft mit Gernika zu sein. Die Verbindung wurde von der Bundesregierung und von den Städten Gernika und Pforzheim unterstützt.

Der Bürgermeister von Gernika war bereits zu einem bedingungslosen Fürsprecher der Partnerschaft geworden, wie die folgende Erklärung beweist:

Der Bürgermeister der Stadt Gernika hat in einem Gespräch mit unserem Botschafter in Madrid am 6. April 1987 erklärt, daß für ihn eine Partnerschaft zwischen Gernika und einer deutschen Stadt die vergleichbar beste Lösung des Problems eines Versöhnungsaktes darstellt.⁸⁶

Nach den Worten des Bürgermeisters von Gernika war die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Gernika eine seiner Hauptmotivationen,⁸⁷ weshalb er damit einverstanden war, die Partnerschaft auch ohne vorherige deutsche Versöhnungsgeste zu verwirklichen.

Diese Idee widersprach vollkommen den Plänen der Comisión Gernika und ihres Gesandten Jesús Arana, der immer darauf bestanden hatte, daß die Partnerschaft erst eine Geste guten Willens von sei-

ten Gernikas als Antwort auf eine sichtbare deutsche Geste sein könnte. Im Frühjahr 1987 war die Kommission jedoch aufgelöst worden und es gab kein anderes Projekt als das der Partnerschaft, was ihre Realisierung sehr erleichterte.⁸⁸ Die Partnerschaft barg jedoch immer auch die Idee einer späteren Realisierung der ersehnten deutschen Versöhnungsgeste, die mit Unterstützung der Stadt Pforzheim verwirklicht werden sollte.⁸⁹

Bei der schnellen Realisierung der Partnerschaft zwischen Pforzheim und Gernika, ebenso wie bei der —im vorigen Kapitel beschriebenen— deutschen Entscheidung gegen das Friedensforschungszentrum, muß die entscheidende Rolle des deutschen Botschafters Guido Brunner hervorgehoben werden. In Bezug auf die Partnerschaft erklärte der damalige Bürgermeister von Gernika, Juan Luis Zuzeta, „es wurde im wesentlichen die Ansicht von Guido Brunner übernommen“,⁹⁰ was ihm großen Einfluß auf die Ent-

scheidungen gab, die die Repräsentanten der Stadt Gernika selbständig hätten treffen sollen.

Am 16. Juni 1987 hatte das Plenum des Bundestages die Vorschläge der Grünen diskutiert, darunter den der Partnerschaft. Der damalige Bundestagsabgeordnete der Grünen Alfred Meckersheimer, der aus Pforzheim stammte, wandte sich drei Tage später an den Pforzheimer Bürgermeister Joachim Becker und schlug ihm die Partnerschaft mit Gernika vor. Dieser zeigte großes Interesse, und dank der schnellen Vermittlung der deutschen Botschaft in Madrid reiste Becker im Oktober 1987 nach Gernika, wo er auf sehr positive Reaktionen stieß. Darin wurde er noch durch den deutschen Außenminister bestärkt, der die Partnerschaft als eine „Geste des Friedens und der Freundschaft gegenüber Gernika“ bezeichnete; er würde sich freuen, wenn die Pforzheimer Institutionen „bald ihre Zustimmung zu einer Städtepartnerschaft erteilen würden“.⁹¹

Als es schien, als würde die Partnerschaft ohne Verzögerungen realisiert werden, regte sich unerwarteter Widerstand bei einem entscheidenden Teil der Pforzheimer Stadtverordneten. Der Bürgermeister gehörte zwar der SPD an, aber die Fraktion der CDU stellte 22 von 51 Stadträten, was ausreichte, den Antrag zu blockieren, wofür ein Drittel der Stimmen nötig ist. Damit ergab sich die absurde Situation, daß sich die Pforzheimer CDU der Partnerschaft widersetzte, während die Bundesregierung in der die CDU dominierte, dafür war.

Alois Aumann, der Fraktionschef der CDU im Pforzheimer Rathaus, schrieb einen offenen Brief an seinen Bürgermeister, in dem er die absurden Argumente wiederholte, die zum Gedankengut der

rechtsradikalen Revisionisten gehören.⁹² Auf skandalöse Weise beschrieb Aumann die aufständischen Militärs, als ob es sich um eine demokratisch gewählte Regierung gehandelt hätte:

Wir halten eine Partnerschaft mit Guernica mit dem Gedanken, daß wir, die Deutschen, dort etwas wiedergutzumachen hätten, nicht für möglich. Bei uns wird der Bombenangriff auf Guernica so dargestellt [...] als ob die Legion Condor dort eine Stadt und deren Bewohner hätte auslöschen wollen. Das ist falsch und solche Darstellungen sind Geschichtsklitterung. Der Befehl, die strategisch wichtige Brücke bei Guernica zu zerstören, wurde von dem unter dem Befehl Francos stehenden spanischen Abschnittskommandanten gegeben. [...] Die Legende, wie sie von stark linksgerichteten Kräften gepflegt wird, ist eine ungeeignete Basis für eine Partnerschaft.⁹³

In einer Versammlung des Stadtrats von Gernika stimmte am 15. Dezember 1987 eine Mehrheit für die Partnerschaft, aber die Annahme eines Entschlusses wurde bis zum 15. Februar 1988 vertagt, weil man zunächst eine günstige Entscheidung in Pforzheim abwarten wollte. Inzwischen lud Pforzheims Bürgermeister Joachim Becker seinen Kollegen aus Gernika zu einem Besuch ein, der Ende Januar 1988 stattfand.

Becker wollte diesen Besuch nutzen, um die Kritiker zu überzeugen, daß die Partnerschaft keine politischen Konnotationen habe, wie diese vermuteten, und daß eine Entscheidung gegen die Partnerschaft dem Bild von Pforzheim empfindlich schaden werde. Beckers Rede wurde von einigen Massenmedien kritisiert, weil er die historischen Tatsachen zu sehr simplifizierte,⁹⁴ aber er konnte die Opposition überzeugen, und bei der entscheidenden Abstimmung am 9. Februar 1988 beschloß der Pforzheimer Stadtrat formal, eine Partnerschaft mit Gernika einzugehen; zwölf Stadträte der CDU stimmten dafür und zehn enthielten sich der Stimme.

Die weitere Abwicklung war unproblematisch. Am 27. September 1988 beschloß auch Gernika offiziell die Partnerschaft mit Pforzheim, und Anfang 1989 wurde sie ratifiziert: am 26. Februar in Pforzheim und am 29. April in Gernika.

Die Partnerschaft war vollzogen, auch wenn ihr keine deutsche Versöhnungsgeste vorausgegangen war. Darum wurde dies von Jesús Arana schwer kritisiert:

Meiner Meinung nach, und ich betone das noch einmal, hätte die Partnerschaft Gernikas Antwort auf eine offizielle deutsche Versöhnungsgeste sein sollen.⁹⁵

Arana kam zu der Schlußfolgerung, daß die Versöhnung nicht auf staatlicher Ebene, sondern auf kommunaler Ebene erfolgt sei, zwischen Pforzheim und Gernika.⁹⁶

Bei der Ratifizierung der Partnerschaft am 29. April 1989 in Gernika erklärte der Pforzheimer Bürgermeister Joachim Becker, was eigentlich ein Repräsentant der deutschen Bundesregierung hätte erklären sollen:

Deutsche haben über Ihre Stadt viel Leid und Elend gebracht. So bitte ich Sie ganz persönlich um Verzeihung für dieses schwere Unrecht, das Ihrer Stadt von Deutschen zugefügt wurde.⁹⁷

Seitdem entwickelte sich die Partnerschaft ohne größere Probleme, und es fanden zahlreiche Reisen und Austausche kultureller, sozialer oder sportlicher Art statt. Tatsächlich begann sich die Verbindung, die von den Politikern beschlossen worden war, von unten — von Seiten der Bevölkerung — mit Leben zu erfüllen. Besonders hervorzuheben ist das gegenseitige Verständnis und die völlige Einigkeit in Bezug auf die Ziele, die zwischen den Repräsentanten beider Städte und besonders zwischen ihren Bürgermeistern Zuzaeta und Becker bestand. Der Pforzheimer Bürgermeister zeigte sich stets äußerst sensibel für die symbolische und historische Bedeutung der Partnerschaft mit Gernika.⁹⁸ Besonders hervorzuheben ist die mutige Haltung, mit der sich Joachim Becker immer für eine Versöhnungsgeste Gernika gegenüber eingesetzt hat.

Ein gutes Beispiel für Partnerschaft und Versöhnung stellt der Deutschunterricht dar, den das Goethe-Institut seit 1989 in Gernika anbietet und der von der Außenstelle in San Sebastián organisiert wird. Aufgrund der symbolischen Bedeutung von Gernika werden die Kurse günstiger angeboten als an anderen Orten, und sie werden von der Stadt Gernika unterstützt und subventioniert. Bei Drucklegung der vorliegenden Arbeit hatte das Goethe-Institut in Gernika etwa 85 Schüler.

Die Bundesregierung selbst steuerte fast keine finanziellen Mittel zur Partnerschaft zwischen Gernika und Pforzheim bei, obwohl sie vorher verkündet hatte, daß dies eine angemessene Versöhnungsgeste sei. Die Stadt Pforzheim blieb praktisch auf sich allein gestellt, als es darum ging, die hohen Erwartungen zu erfüllen. Von 26.650 Mark, die im Jahr 1990 vom Auswärtigen Amt beantragt wurden, um die Konzerte von drei baskischen Musikgruppen mitzufinanzieren, wurden nur 8.000 Mark gewährt; das reichte nicht aus, so daß die

Konzerte abgesagt werden mußten. 1991 zahlte das Ministerium nur knapp 3.000 von den 59.640 Mark, die die Reise des Motettenchors nach Gernika kostete. 1992 und 1993 subventionierte das Auswärtige Amt den Austausch zwischen den Partnerstädten mit 4.000 bzw. 2409 Mark. Im Jahr 1994 stellte das Pforzheimer Rathaus keinen Antrag mehr auf Subventionen,⁹⁹ weil man nicht mehr an die Versprechen des Ministeriums glaubte, die einst die Partnerschaft begleitet hatten.¹⁰⁰

— VIII. Das Projekt Gernika

Als Anfang 1989 die Partnerschaft zwischen Gernika und Pforzheim vollzogen wurde, existierte schon der Bundesratsbeschuß vom 10. November 1988, der die Unterstützung der Berufsausbildung im Raum Gernika empfahl, und dort hatte man bereits mit der Erarbeitung einer Projektstudie begonnen. Dem muß hinzugefügt werden, daß der damalige Bürgermeister Juan Luis Zuzaeta zu einem bedingungslosen Verteidiger des Berufsbildungszentrums geworden war, denn die enorm hohe Arbeitslosigkeit der jungen Basken beunruhigte ihn sehr.¹⁰¹

Von 1989 bis 1991 wurde das Projekt *Berufsbildungszentrum Gernika* erarbeitet, für das sich bald der Name *Projekt Gernika* durchsetzte; das Hauptziel war die "Einführung des Dualen Systems beruflicher Bildung",¹⁰² das in Deutschland eine lange Tradition hat. Das Projekt wurde von der baskischen Landesregierung und von Vertretern der baskischen Industrie unterstützt, die die Einrichtung eines Berufsbildungszentrums für Hochtechnologietransfer in den Bereichen Metall und Elektronik wünschten. Es fanden zahlreiche Treffen in Gernika und Pforzheim und auch in der deutschen Botschaft in Madrid statt. Um die Finanzierungsmöglichkeiten zu sondieren, sollte der Botschafter Brunner selbst mit dem Auswärtigen Amt verhandeln.¹⁰³

Nach dem Stand der Planung vom 15. März 1991 sollte das Projekt Gernika folgendermaßen verwirklicht werden:

Das Zentrum für technologischen Transfer in Gernika soll ein Zentrum sein, das die Bedürfnisse im Bereich der Ausbildung in jedem Augenblick berücksichtigt. Das Berufsschulzentrum soll sich dauernd an die technologischen Entwicklungen anpassen, an die

neuen Produktionsmethoden und an die Bedürfnisse des Marktes und dies in Übereinstimmung mit dem Europäischen Binnenmarkt. Sein Ziel besteht deshalb darin, einerseits der Jugend eine Berufsausbildung zu bieten, damit sie die Arbeitsplätze, die in den Unternehmen der Region vorhanden sind, einnehmen kann, und andererseits die berufliche Ausbildung fortzuentwickeln. Damit soll die ständige Qualifizierung der Fachleute garantiert werden.¹⁰⁴

Das Ende der Arbeiten war für das Jahr 1994 vorgesehen, so daß die Berufsausbildung im Oktober 1995 hätte beginnen können.¹⁰⁵

Zu den baskischen Kommunalwahlen des 26. Mai 1991 stellte sich Juan Luis Zuzaeta nicht mehr und wurde im Amt des Bürgermeisters von Gernika von seinem EAJ/PNV- Parteigenossen Eduardo Vallejo abgelöst. Dieser trat entschieden für eine Durchführung des Projektes Gernika ein und setzte als Stellvertretenden Bürgermeister und Projektbeauftragten Sergio Villa ein, der durch seine Tätigkeit in der genossenschaftlichen *Gruppe Mondragon* bereits über Erfahrungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung verfügte.

Alles schien entsprechend den Vorstellungen der Befürworter des Projektes Gernika zu verlaufen, und am 12. November 1991 wurde eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, die in Zusammenarbeit mit den baskischen Landesministern für Erziehung, Arbeit und Industrie erstellt worden war. Nach dieser Studie sollte das Projekt etwa 33 Millionen Mark kosten.¹⁰⁶ Die baskische Regierung würde mit der Unterhaltung den schwierigsten Teil übernehmen. Die deutsche Bundesregierung würde den größten Teil der Bauarbeiten finanzieren, was zwischen zwölf und fünfzehn Millionen Mark kosten würde. Die Stadt Pforzheim schließlich wäre für die Koordinierung des technologischen und pädagogischen Austauschs verantwortlich. Im März 1992 lag die Machbarkeitsstudie in ihrer endgültigen Form vor und wurde von einem Vertreter der Bundesregierung befürwortet.¹⁰⁷

Nach mehr als einem Jahrzehnt existierte endlich ein konkretes Projekt. Es war auch ganz im Sinne der 1987 aufgelösten Comisión Gernika, denn es handelte sich um eine "Freundschaftsgeste ..., um uns die Absage an die Vergangenheit, die Freundschaft in der Gegenwart und die Wünsche für eine gemeinsame Zukunft zu beweisen".¹⁰⁸ Dagegen wurde die Bedingung der Kommission nicht erfüllt, eine solche Geste vor der Partnerschaft zu realisieren, weil letztere eine Geste des guten Willens von Gernika gegenüber Deutschland sei. Nachdem die Idee der deutschen Unterstützung des

Friedensforschungszentrums aufgegeben worden war, bildete das Projekt Gernika auch für die Grünen eine respektable Geste, was sie durch wiederholtes Nachfragen nach dem Stand des Projektes bewiesen.

Am 27. April 1992 schrieben der Pforzheimer Bürgermeister Joachim Becker und der Gernikaner Projektbeauftragte Sergio Villa an den deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und stellten ihm das Projekt vor. Sie hoben hervor, daß die baskische Regierung sowohl die Kosten für die Organisation und die Unterhaltung des Berufsbildungszentrums als auch die Logistik übernehmen würde. Die Städte Gernika und Pforzheim hofften sich vom Projekt kulturellen Austausch, Technologietransfer und Austausch auf Unternehmerebene. Die Zusammenarbeit würde direkt zwischen den beiden Städten und durch Vermittlung des Landes Baden-Württemberg und der baskischen Regierung erfolgen. Da die baskische Regierung und die Städte Gernika und Pforzheim einverstanden waren, fehlte nur noch eine Stellungnahme der deutschen Bundesregierung. In ihrem Brief baten die Bürgermeister von Gernika und Pforzheim den Außenminister, ihnen mitzuteilen, inwieweit sein Ministerium die Finanzierung der ersten Phase des Projektes übernehmen könnte, und sie stellten fest:

Es ist uns bewußt, daß diese Summe hoch ist, aber das Projekt an sich und die Gründe, die zu seiner Planung führten, sind ebenso bedeutend.¹⁰⁹

Am 13. Mai 1992 bestätigte Stefan Keller vom Auswärtigen Amt den Erhalt dieses Schreibens und teilte mit, daß der Minister antworten würde, sobald er den Vorschlag analysiert habe. Aber ein ganzes Jahr verging ohne daß etwas geschah. Am 26. Januar 1993 setzte sich der Pforzheimer Dezernatssekretär Jürgen Graf erneut mit dem Ministerium in Verbindung und erhielt die Antwort, daß man vor Februar 1993 keine Entscheidung über die Unterstützung des Berufsbildungszentrums in Gernika treffen könne, aber es sei bereits ein nanhafter Betrag in den Haushalt eingestellt worden. Für Mitte März wurde schließlich eine Entscheidung über die Höhe des deutschen Zuschusses zugesagt.¹¹⁰

Im Juni 1993 berichtete das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, daß "für das Haushaltsjahr 1994 Haushaltsmittel als Zuschuß zu den Kosten des Berufsbildungszentrums Gernika beantragt" wurden.¹¹¹ Einen Monat später jedoch stellte sich die Situation ganz anders dar: Die Staatsministerin Ursula Seiler-Albring ließ den

SPD-Abgeordneten Freimut Duve wissen, daß das Auswärtige Amt weder für 1992 und 1993 noch für 1994 Mittel für das Projekt vorgesehen habe, und sie fügte hinzu:

Eine Förderung des [...] geplanten Berufsbildungszentrums aus den verfügbaren Mitteln des Kulturhaushaltes ist allerdings nicht möglich.¹¹²

Während es in Bonn nicht für notwendigerachtet wurde, sich mit der Stadt Gernika in Verbindung zu setzen, war man in Pforzheim besorgt, daß es negative Folgen für die Partnerschaft geben könnte. Am 10. September 1993 teilte Bürgermeister Becker dies verschiedenen Politikern mit, darunter Bundeskanzler Kohl und dem neuen Außenminister Klaus Kinkel.¹¹³ Nachdem er erneut die Bedeutung und die Kosten des Berufsbildungszentrums erklärt hatte, wies er darauf hin, daß die Basken bereits sehr lange auf eine Antwort warteten, auf der er jetzt bestehen müsse,

[...], da ein Scheitern dieses Projektes nach den geweckten Hoffnungen durch die deutsche Seite nicht nur bei unseren Freunden auf Unverständnis stoßen würde.¹¹⁴

In Gernika wuchsen inzwischen Enttäuschung und Ungeduld, und am 29. November 1993 schrieb der Stellvertretende Bürgermeister Sergio Villa an Joachim Becker:

Wir bitten Sie, unsere Enttäuschung und Frustration an die Verantwortlichen weiterzuleiten und —wenn möglich— das Ganze zu retten, und wenn nicht, sagen Sie uns offen, wenn alles abgelehnt ist. Aber bitte behandeln Sie uns nicht so. Wir möchten die offizielle Stellungnahme erfahren, um sie sowohl den spanischen Medien als auch den deutschen Medien vorzulegen. Das Vertrauen hat Grenzen und die Angelegenheit muß 1993 beendet werden – positiv oder negativ für uns, aber sie muß beendet werden.¹¹⁵

Schließlich fand am 7. Februar 1994 im deutschen Kanzleramt eine Versammlung statt, an der der Staatsminister Bernd Schmidbauer, der spanische Botschafter Perpiña, der Pforzheimer Bürgermeister Becker, der Gernikaner Bürgermeister Vallejo und sein Stellvertreter und Projektbeauftragter Sergio Villa teilnahmen. Im Vorfeld dieser Unterredung hatten spanische Regierungsvertreter sowohl Bürgermeister Vallejo als auch dem spanischen Botschafter ihre Unterstützung des Projektes zugesichert:

Der Botschafter sagte Schmidbauer, er solle ihm übermitteln, daß das Projekt Gernika perfekt in den Geist des [kürzlich in Granada stattgefundenen] deutsch-spanischen Gipfels passe.¹¹⁶

Vallejo und Becker war schon zu Ohren gekommen, daß die Bundesregierung bereit sei, zehn bis zwölf Millionen Mark zu geben, und auf die diesbezügliche Anfrage sagte Schmidbauer, daß er innerhalb von fünfzehn Tagen antworten würde.¹¹⁷ Diese Antwort kam nie, und überhaupt handelte es sich um die letzte Versammlung von Vertretern der Stadt Gernika und der deutschen Bundesregierung.

Am 28. Mai 1994 schrieb der Bürgermeister von Gernika an seinen Pforzheimer Kollegen, daß man nun eine definitive Antwort der Bundesregierung erwarten würde. Wenn diese negativ wäre, würde die baskische Seite endgültig auf die Realisierung des Projektes verzichten. Bürgermeister Becker schrieb kurz darauf an den Minister Schmidbauer und wies ihn energisch darauf hin, daß es unmöglich sei, "meinen baskischen Kollegen immer und immer wieder zu vertrösten; wir wollen jetzt eine abschließende Entscheidung der Regierung".¹¹⁸ Da auch diese nicht kam, sagte die Stadt Gernika am 14. November 1994 einseitig die Gespräche über das geplante Austauschprogramm für das kommende Jahr ab. Ein Zustandekommen dieser Gespräche hing von der deutschen Entscheidung über das Projekt Gernika ab.¹¹⁹

Die Enttäuschung und Frustration von Seiten Gernikas hatten zu diesem Schritt geführt, auch wenn er keinesfalls überraschend kam, denn —wie oben berichtet— war schon Ende 1993 eine Entscheidung der Bundesregierung gefordert worden. Das Hinhalten der deutschen Regierung konnte nicht länger akzeptiert werden; etwas mußte geschehen, und leider war die Partnerschaft mit Pforzheim die einzige Möglichkeit, Druck auf Deutschland auszuüben.

Auch das nächste halbe Jahr brachte keine Neuheit, aber Mitte 1995 kames zu einem starken Anstieg der Spannungen. Es begann mit energischen Worten, die vor den baskischen Kommunalwahlen des 28. Mai 1995 fielen. Daraufhin beklagte der Pforzheimer Bürgermeister Becker in einer Pressekonferenz am 19. Mai, daß man durch die "Fahrlässigkeit" der Bundesregierung in diese Lage gekommen sei, und er erklärte, daß man in Gernika ein Ende der Partnerschaft in Betracht ziehe. Alarmiert forderte er eine Entscheidung der Bundesregierung zugunsten des Berufsbildungszentrums.¹²⁰

Es fällt auf, daß die Repräsentanten der Stadt Gernika nur irgendeine Entscheidung der Bundesregierung forderten —ob sie nun positiv oder negativ sei—, um das unwürdige und unerträgliche Warten endlich zu beenden; demgegenüber verlangte der Pforzheimer

Bürgermeister die Entscheidung zugunsten der deutschen Unterstützung des Projektes Gernika. Seine Maximalforderungen verstärkte er mit der Drohung, in Gernika würde man an eine Beendigung der Partnerschaft denken.

Beckers Worte verursachten einen Skandal, über den sämtliche Massenmedien in ganz Deutschland berichteten. Während sich zahlreiche Stimmen erhoben, die die Partnerschaft und das Projekt Gernika verteidigten, meldeten sich auch die wieder zu Wort, die sich einst der Partnerschaft widersetzt hatten; dabei handelte es sich um Mitglieder der Pforzheimer CDU:

Wenn die Partnerschaft von der Ausstellung eines deutschen Schecks abhängig ist, dann muß die Frage erlaubt sein, inwiefern diese überhaupt noch Zukunft hat.¹²¹

Das angebliche Verhalten der Stadt Gernika, so wie es der Bürgermeister von Pforzheim zu verstehen gab, wurde von einigen Regierungsbeamten als "erpresserische Methoden" bezeichnet, die den ersehnten deutschen Zuschuß zu einem Berufsbildungszentrum endgültig aussichtslos gemacht hätten.¹²²

Die Polemik half jedoch auch, endlich das aufzudecken, was man schon lange befürchtet hatte, denn am 21. Mai 1995 gab ein Sprecher des Auswärtigen Amtes zu:

Der Haushaltsausschuß hat strikt nein gesagt. Auch das Bundesfinanzministerium stellt keinen Betrag mehr in den nächsten Etatentwurf ein.¹²³

Diese Entscheidung wurde mit den Haushaltsproblemen begründet, unter denen die Bundesrepublik seit der 1990 erfolgten Vereinigung der beiden deutschen Staaten litt, was die Steuerlast in Deutschland stark erhöht hatte. Seitdem hatte die Bundesregierung Zahlungen ins Ausland reduziert; beispielsweise wurde bereits ein Dutzend Goethe-Institute geschlossen.

Der baskische Schritt, die Gespräche über das Austauschprogramm abzusagen, wurde von vielen als eine Bedrohung für die Partnerschaft selbst verstanden, und dieser Eindruck wurde durch die alarmierenden Worte des Pforzheimer Bürgermeisters nur verstärkt. Um Mißverständnisse zu vermeiden, erklärte Becker darum am 29. Mai 1995: "Gernika wird die Partnerschaft mit Pforzheim nicht aufkündigen."¹²⁴

Um die erhitzten Gemüter zu beruhigen, reisten Eduardo Vallejo und Sergio Villa nach Pforzheim, wo sie am 9. Juni auf einer

Pressekonferenz erklärten, daß die Partnerschaft mit Gernika nicht in Gefahr sei. Vorher sprachen sie mit den Vertretern aller im Pforzheimer Stadtrat vertretenen Parteien, die sie von ihrer moralischen Integrität überzeugen konnten. Selbst diejenigen, die vorher Gernika gegenüber skeptisch eingestellt waren, sicherten nun zu, die Partnerschaft und auch das Projekt Gernika zu verteidigen.¹²⁵

Rückblickend hob Eduardo Vallejo die Arbeit und die Haltung von Joachim Becker hervor: "Er hat die Partnerschaft gerettet. Ohne ihn wäre es schwer gewesen, sie beizubehalten."¹²⁶ Endlich, Anfang Juli 1995, nahm der neue Kulturstadtrat von Gernika, Luis Ortuzar, die Gespräche über das offizielle Austauschprogramm mit der Stadt Pforzheim wieder auf.

Dank der Polenik wurde das Thema des Projektes Gernika mit neuem Leben erfüllt, und auf Druck der Massenmedien konnte endlich eine Entscheidung erwartet werden. Tatsächlich fand am 28. September 1995 die entscheidende Bundestagsdebatte über den *Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für das Berufsbildungsprojekt in Guernica* statt.¹²⁷

In dieser Debatte stellte Erich Riedl, CSU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Haushaltsausschusses, eine ganz besondere Version der Bombardierung Gernikas dar:

Die Nähe des eigentlichen Angriffsziels zur Stadt Guernica, die Sichtbehinderung durch die Wirkung der ersten gefährlichen Bomben und leider Gottes auch ungünstige Windverhältnisse sowie eine unzureichende Zieltechnik führten zu außerordentlich zahlreichen Fehlwürfen, die schließlich die Stadt Guernica selbst trafen und diese auf Grund ihrer Holzbauten und der zerstörten Wasserleitung rasch in Flammen setzten.¹²⁸

Diese skandalösen Erklärungen wurden sofort in der deutschen wie in der spanischen Tagespresse zurückgewiesen. Erich Riedl bagatellierte die deutsche Verantwortung indem er glaubte, daß die Legion Condor nur auf Francos Befehl die Brücke von Rentería und die nahegelegene Straßenkreuzung bombardiert habe. Die Zerstörung Gernikas versuchte er, mit fehlender Sicht und starkem Wind zu erklären, und verschwieg dabei, daß weder eine dreieinhalbstündige Bombardierung noch Brandbomben nötig waren, um eine Brücke und eine Straßenkreuzung zu zerstören. Die Brandbomben hatten vielmehr einzig das Ziel, die Häuser in Brand zu setzen. Es stimmt, daß die Sicht schlecht war, aber erst, nachdem die Brandbomben geworfen worden waren.

Der deutsche Historiker Wolfgang Wippermann brachte dies in einem meisterhaften Artikel über die deutsche Schuld auf den Punkt:

Die Zerstörung einer ganzen Stadt mit überwiegend Brandbomben, die auf Brücken und Straßen normalerweise nicht abgeworfen werden, als Zufall oder gar als Versehen darzustellen, ist zu grotesk, um diese Möglichkeit ernsthaft in Betracht zu ziehen.¹²⁹

Die Bundestagsdebatte des 28. September 1995 ging weiter, und die Vertreter der Regierungsparteien CDU / CSU und FDP versuchten, die Schuld am Scheitern des Projektes Gernika bei den Städten Gernika und Pforzheim zu finden. So erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer:

1991 gab es Gespräche im Auswärtigen Amt. Ein Vorschlag von 1 Million DM wurde in Gegenwart der Bürgermeister von Pforzheim und Guernica gemacht. Im Jahr 1992 kam ein erster spanischer Projektrahmen mit Forderungen von 48 Millionen DM.¹³⁰

Schäfer und Riedl sowie Ina Albowitz von der FDP versuchten, die Vorschläge von Pforzheim und Gernika als absolut übertrieben darzustellen, und warfen den Partnerstädten vor, das Projekt ohne Absprache mit der Regierung erarbeitet zu haben, um diese vor vollendete Tatsachen zu stellen.¹³¹ Diese Vorwürfe entsprechen jedoch nicht der Wahrheit, denn das Projekt war im April 1992 dem Außenminister vorgestellt worden, und von den 33 Millionen Mark wären nur zwölf bis fünfzehn auf Deutschland entfallen.

Tatsache ist, daß die deutschen Regierungsparteien das Berufsbildungszentrum nicht unterstützen wollten; Minister Schäfer begründete die Absage mit den Kosten der Deutschen Vereinigung. Laut Gernikas Bürgermeister Eduardo Vallejo war es jedoch "kein Haushaltsproblem, sondern ein Problem des guten Willens".¹³² Um den Bundestagsbeschuß vom 10. November 1988 doch noch zu erfüllen, war man aber trotz allem bereit, die Finanzierung einer anderen weniger teuren deutschen Geste gegenüber Gernika zu diskutieren.

Die Angelegenheit wurde nun dem Haushaltsausschuß übergeben. Am 18. Januar 1996 versammelten sich in Bonn der Minister Schäfer, die vier Mitglieder des Ausschusses und der Pforzheimer Bürgermeister Joachim Becker. Es herrschte Übereinstimmung darin, daß das Projekt Berufsbildungszentrum nicht mehr realisierbar sei. Ein weniger teures Projekt sei interessant, könne im Moment aber nicht näher bestimmt werden. Vorgeschlagen wurde ein Zuschuß von einer Million Mark, wozu andere Beiträge, beispielsweise vom

Land Baden-Württemberg oder von der Europäischen Union kommen sollten.¹³³

Mehr als sieben Jahre nach dem Bundestagsbeschluß war man noch kein Stück vorangekommen, und die Hoffnungen auf ein anspruchsvolles Projekt, die damals geweckt und lange Jahre wach gehalten worden waren, lösten sich nun auf angesichts einer *Geste*, die mit ungenügenden Geldmitteln umgesetzt werden sollte.

Die Bemühungen des Bürgermeisters von Pforzheim waren nicht von Erfolg gekrönt. In Gernika machte man sich keine Illusionen mehr und zog es vor, keine Kommentare abzugeben. Dem sei hinzu-zufügen, daß Gernika und Pforzheim nach der Krise des Jahres 1995 ihre blühende Partnerschaft weiterführten. Im Gegensatz zu dem, was im Mai 1995 verbreitet wurde, brachte die Krise die beiden Partnerstädte und ihre Bevölkerung einander nur näher. Tatsächlich berichtet die Presse beider Städte seitdem regelmäßig über die Ereignisse in der Partnerstadt, und diese Informationspolitik ist beispielgebend für andere Städtepartnerschaften.

Die Angelegenheit des Projektes Gernika war dagegen festgefahren. Weitere Gespräche und Verhandlungen fanden statt, bis am 6. November 1996 der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft beschloß, in die Bundeshaushalte der Jahre 1997, 1998 und 1999 jeweils eine Million Mark für den Bau einer Sporteinrichtung in Gernika aufzunehmen.¹³⁴

Der Vorschlag wurde im Ausschuß von den Vertretern der Parteien CDU/CSU, SPD und Grünen und am 29. November 1996 ohne weitere Diskussionen vom Bundestag angenommen. Damit blieb von den anspruchsvollen Projekten eines Friedensforschungszentrums und eines Berufsbildungszentrums nur ein Zuschuß zu einer Sporteinrichtung übrig, was keine Aussichten auf künftige Zusammenarbeit und auf eine größere Annäherung zwischen Deutschen und Basken zuließ. Auf diese Weise wollte sich die Bundesregierung ihrer Verpflichtung entziehen, die sie einst auf Betreiben der verstorbenen Petra Kelly und Gert Bastian eingegangen war. Seitdem waren fast zehn Jahre vergangen, und innerhalb weniger Monate würden die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika stattfinden. Der Schlußsatz des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft klingt zynisch:

Es bietet sich die Gelegenheit, das Projekt anläßlich des 60. Gedenktages der Zerstörung Guernicas im April 1997 in feierlicher Form der Öffentlichkeit vorzustellen.¹³⁵

Dieser Satz beweist, daß deutsche Politiker noch immer nicht wußten oder nicht wissen wollten, welche Bedeutung die Zerstörung

Gernikas hat, des weltweiten Symbols der Schrecken des Krieges. Glücklicherweise fand die erwähnte Veranstaltung nicht statt.

In Gernika war die Antwort auf die Entscheidung der deutschen Regierung und des Bundestages zurückhaltend. Vor der endgültigen Annahme des deutschen Bundeshaushalts und vor einer Plenarsitzung des Stadtrats wollte man keine Stellungnahme abgeben. Die Reaktionen konnten jedoch die Enttäuschung über dieses Ergebnis nicht verbergen, nachdem so viele Jahre voller Hoffnungen und interessanter Projekte vergangen waren. Im Januar 1997 wurde der Bundeshaushalt verabschiedet, und die Regierung verpflichtete sich, im laufenden und in den zwei folgenden Jahren jeweils eine Million Mark an Gernika zu zahlen. Am 12. Februar 1997 fand die Vollversammlung im Rathaus von Gernika statt, die die deutsche Hilfe für den Ausbau der Sportanlagen einstimmig annahm¹³⁶. Der Bürgermeister Eduardo Vallejo erklärte:

Die Sache ist ganz klar: Es handelt sich um eine Geste des Friedens und der Eintracht. Der Stadtrat hat sie entsprechend gewürdigt und nimmt die ausgestreckte Hand der deutschen Regierung als Geste des guten Willens an.¹³⁷

Es war die diplomatische Antwort eines Bürgermeisters, der die Diskussionen um das gescheiterte Projekt Gernika leid war und keine weiteren Probleme aufwerfen wollte, denn eine Ablehnung hätte die deutsche Bundesregierung sicher vor den Kopf gestoßen.

Damit die Zahlung für das Jahr 1997 verwirklicht würde, war es nötig, daß Gernika bis Ende März ein Projekt vorlegte. Da in Gernika tatsächlich eine Mehrzwecksporthalle fehlte, wurden im Stadtrat zwei bereits existierende Projekte diskutiert, und im Plenum entschied sich die Mehrheit am 6. März 1997 für den Vorschlag der Partei EAJ/PNV, eine neue Mehrzweckhalle neben dem Schwimmbad im Ortsteil Santanape zu errichten. Die Kosten wurden mit 650 Millionen Peseten — etwa 7,7 Millionen Mark — kalkuliert, von denen 3 Millionen Mark aus Deutschland stammen werden.

Zehn Jahre nach Beginn der Bemühungen von Petra Kelly und Gert Bastian und gerade rechtzeitig vor dem 60. Jahrestag der Bombardierung Gernikas kamman in dieser peinlichen Angelegenheit zu einer Entscheidung. Aber die Geste des Friedens und der Versöhnung war zu einer *Geste der Peinlichkeit* geworden.¹³⁸ Die Initiative war von deutscher Seite ausgegangen; von seiten Gernikas war nie um Geld gebeten worden. Jetzt müssen sich die Basken für die Zahlung von drei Millionen Mark bedanken, mit denen ein Projekt

finanziert wird, das keine Voraussetzungen für eine zukünftige deutsch-baskische Zusammenarbeit schaffen kann und das damit den Charakter einer Versöhnungsgeste nicht vollständig erfüllt. Hierbei wird nicht die Menge des Geldes kritisiert, sondern vielmehr die bedauerliche Weise, in der die Bundesregierung dieses Thema behandelt hat, mit ständigen unerfüllten Versprechen und Hinhaltenmanövern gegenüber den Befürwortern des Projektes Gernika in Deutschland und im Baskenland. So verwundert nicht, daß Gernikas Bürgermeister Eduardo Vallejo erklärt: "Wir fühlten uns getäuscht, wir fühlten uns betrogen."¹³⁹

Nach alldem war der Gipfel der Peinlichkeit, daß sich Gernika und sein Bürgermeister gegen die Verleumdung gewisser Massenmedien zur Wehr setzen mußten, daß man für die Opfer der Bombardierung kassieren wolle.¹⁴⁰ Tatsache ist, daß die Bonner Politiker nie gemerkt haben, daß es hier nicht nur um die Zerstörung einer Stadt und ihrer Gebäude ging sondern um eine kollektive menschliche Katastrophe.

IX. Die Initiative Gegen das Vergessen

Die Polemik um die Versöhnungsgeste gegenüber Gernika und die deutsche Verweigerung der Unterstützung des Berufsbildungszentrums weckten das Interesse der öffentlichen Meinung in Deutschland. Im Rahmen einer Ausstellung über *Krieg und Revolution in Spanien 1936–1939* organisierte die Gewerkschaft IG Medien Berlin am 27. August 1996 eine Diskussionsveranstaltung, an der die Bürgermeister von Gernika und Pforzheim, Eduardo Vallejo und Joachim Becker, und Iñaki Arzanegui, ein Überlebender der Bombardierung von Gernika, teilnahmen. Mit dieser Einladung wollte die IG Medien dazu beitragen,

[...], daß die Erinnerung an das Verbrechen der Zerstörung Gernikas und die deutsche Verantwortung dafür wachgehalten wird, daß die Opfer nicht vergessen werden. Die Vorgänge um das Berufsbildungszentrum müssen öffentlich gemacht werden, damit eine Bundesregierung nicht unbemerkt Zusagen brechen und sich auf symbolische Gesten zurückziehen kann.¹⁴¹

Die Erfahrung dieser Diskussionsveranstaltung war derart bereichernd und die Haltung der Bundesregierung gleichzeitig so schockierend, daß sich die Initiative *60 Jahre Gernika – Gegen das Vergessen* bildete. Im November 1996 schrieb sie einen offenen Brief an die Abgeordneten des Bundestages:

Wir fordern, daß Sie einen Beschluß, den Sie 1988 selber gefaßt haben, endlich durchführen. [...] Wir fordern Sie dringend auf, die

vereinbaren 12 Millionen bereitzustellen, damit das Berufsbildungszentrum für Gernika endlich begonnen werden kann.

Die Unterzeichner des Briefes erinnerten an die symbolische Bedeutung der Zerstörung von Gernika:

Die völkerrechtswidrige Intervention in Spanien war das erste internationale Verbrechen der Nazi-Diktatur. [...] Gernika steht am Anfang des von Hitler begonnenen Luftkrieges gegen offene Städte und ihre zivile Bevölkerung in ganz Europa. Am Ende kehrte dieser Krieg an seinen Ausgangspunkt zurück. Der 13. Februar 1945 in Dresden begann am 26. April 1937 in Gernika.¹⁴²

Der Brief wurde unterzeichnet von Constanze Lindemann von der IG Medien, von Kurt Goldstein vom Internationalen Auschwitz-Komitee und einst Freiwilliger in den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg und von Wolf Jung von der Aktion Sühnezeichen. Der Brief wurde außerdem von mehr als zwanzig Personen aus dem öffentlichen Leben in Deutschland unterschrieben, unter ihnen die Schriftsteller Günter Grass und Ralph Giordano.

Die Initiative *60 Jahre Gernika – Gegen das Vergessen* schuf das geflügelte Wort der *Geste der Peinlichkeit*, zu der die acht Jahre zuvor versprochene *Geste des Friedens* geworden war. Die deutsche Presse nahm sich seit Ende 1996 des neu geschaffenen Begriffs gerne und schnell an.

Im Dezember 1996 richtete die Initiative einen Aufruf an die Öffentlichkeit zur massiven Unterstützung ihrer Forderungen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag:

Die Bombardierung Gernikas durch die Legion Condor als Verbrechen zu benennen; ein klares Bekenntnis zu deutscher Schuld und Verantwortung für dieses Verbrechen abzulegen.
Gegebene Zusagen gegenüber Gernika einzuhalten und fertig geplante Projekte in vollem Umfang durchzuführen. Völker, die Opfer deutscher Verbrechen wurden, sind keine Objekte deutscher „Mildtätigkeit“.¹⁴³

Vom 11. bis 13. April 1997, wenige Tage vor dem 60. Jahrestag der Bombardierung Gernikas, organisierte die Initiative in Berlin ein Internationales Symposium unter dem Titel *Gernika – Geschichte und Gedächtnis*, um eine breitere Öffentlichkeit über die Hintergründe, die Tatsachen und die Folgen dieses ersten internationalen Verbrechens des nationalsozialistischen Deutschland aufzuklären. Der Bürgermeister von Gernika, Eduardo Vallejo, hielt einen Vortrag unter dem

Titel *Gernika ist nicht berühmt, weil es bombardiert wurde, sondern es wurde bombardiert, weil es berühmt war*. Der bekannte Kunsthistoriker Werner Spies sprach über *Pablo Picasso und sein Gemälde 'Guernica'*. Der Militärhistoriker Klaus A. Maier fragte: *Warum wurde Gernika bombardiert?* Und die Historikerin María Jesús Cava Mesa stellte ihr kürzlich veröffentlichtes Buch *Kollektive Erinnerung der Bombardierung von Gernika* vor.¹⁴⁴ Außerdem nahmen verschiedene Historiker, Künstler und Überlebende der Bombardierung von Gernika an den Veranstaltungen teil.

Während des Symposiums verlas die Initiative öffentlich ihr eigenes *Schuldbekenntnis*:

Gernika war ein "deutsches Projekt". Für dieses Verbrechen haben sich die Deutschen bis heute nicht entschuldigt. Wir —die Initiative *60 Jahre Gernika – Gegen das Vergessen*— bitten die Bewohner Gernikas und alle Basken um Verzeihung. [...] Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, sich im Namen des deutschen Volkes zu dieser Schuld zu bekennen und sich bei den Bewohnern Gernikas und des Baskenlandes für dieses Verbrechen zu entschuldigen.¹⁴⁵

Die Veranstaltungen der Initiative *Gegen das Vergessen* verdienen hohe Anerkennung. Es handelte sich —unmittelbar vor dem 60. Jahrestag der Bombardierung Gernikas— um den ersten privaten Aufruf von seiten der deutschen Gesellschaft, damit sich Deutschland verpflichtete, die Grenzen der Versöhnungsbereitschaft weiter zu fassen, als dies der Bundestag kürzlich getan hatte.

X. Gernika Gogoratuz und die Botschaft des Bundespräsidenten

Da die beiden sichtbaren Projekte zur Versöhnung —zuerst die deutsche Unterstützung des Friedensforschungszentrums und dann des Berufsbildungsprojektes— gescheitert waren und die deutsche Hilfe beim Bau der neuen Sporthalle in Gernika als ungenügend angesehen werden mußte, erlangte die Anerkennung der deutschen Schuld eine größere Bedeutung. Es ging um die letzte Gelegenheit zu einer würdigen Versöhnungsgeste von deutscher Seite.

Das Friedensforschungszentrum Gernika Gogoratuz arbeitete seit einiger Zeit an einem Plan, der in die Veranstaltungen des 60. Jahrestages münden sollte. Der Philosophie dieses Zentrums gemäß ist die Friedensarbeit das wertvollste Erbe der schmerzvollen Geschichte Gernikas, und das Symbol Gernika sollte verwendet werden, um die Botschaft von Frieden und Versöhnung zu verbreiten. Aber abgesehen von diesen allgemeinen Betrachtungen wurde erkannt, daß eine Versöhnungsgeste nicht ohne die Beteiligung der Überlebenden der Bombardierung erfolgen sollte. Jahrzehntlang waren diese von den Politikern verdrängt worden, wenn es um den Protagonismus bei Gedenkveranstaltungen und um ihre rechtmäßigen Forderungen ging. Darum nahm Gernika Gogoratuz mit den Überlebenden Kontakt auf, um ihnen zu helfen, über ihre Erfahrungen zu berichten. Die Historikerin María Jesús Cava Mesa und ihr Forschungsteam der Universität Deusto wurden beauftragt, eine umfassende historische und soziologische Studie zu erstellen, die

Ende 1996 unter dem Titel *Kollektive Erinnerung der Bombardierung von Gernika* (siehe oben), veröffentlicht wurde. In diesem Buch sind die Erinnerungen von 85 Zeitzeugen des tragischen 26. April 1937 zusammengetragen. Schließlich organisierten die Überlebenden der Bombardierung mit Hilfe von Gernika Gogoratuz ihren eigenen Akt zum 60. Jahrestag.

Seit Ende 1996 stand Gernika Gogoratuz mit den Grünen in Deutschland und mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Verbindung um die Veranstaltungen zum 60. Jahrestag zu koordinieren. Dabei entstand die Idee, an den deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog zu schreiben und ihm vorzuschlagen, einen persönlichen Brief an die Überlebenden der Bombardierung zu verfassen. Diese Versöhnungsgeste sollte beim *Treffen der überlebenden Zeitzeugen der Bombardierung von Gernika* am 27. April 1997 verlesen werden. Am 6. Februar 1997 schrieb Gernika Gogoratuz an Roman Herzog

Ausgehend und ermuntert von Ihren öffentlichen Reden, in denen Sie sich seit letztem Herbst für eine Aussöhnung Deutschlands mit Tschechien eingesetzt haben, möchten wir Ihnen vorschlagen, einen persönlichen Brief an die noch lebenden Zeugen der Bombardierung zu verfassen. [...] Es würde eine sinnvolle, symbolische und humane Geste sein, die heilenden Trost am Ende des Lebens von Menschen bringt, das durch das Unheil des Krieges geprägt wurde.¹⁴⁶

Wenige Wochen später richtete sich die deutsche Botschaft in Madrid mit der Bitte um weitere Informationen an Gernika Gogoratuz, um das Bundespräsidialamt bei der Entscheidungsfindung beraten zu können. Nach einiger Zeit der Information und Reflexion kam der Bundespräsident der Bitte von Gernika Gogoratuz nach: Am 27. März 1997 verfaßte er eine Botschaft, die genau einen Monat später von dem deutschen Botschafter Henning Wegener vor den Überlebenden der Bombardierung verlesen werden sollte.

Ansichts des kurz bevorstehenden 60. Jahrestages der Bombardierung von Gernika meldeten sich auch die Politiker wieder zu Wort, die sich vorher für die oben beschriebenen Projekte eingesetzt hatten. Sie bereiteten einen Antrag vor, mit dem der deutsche Bundestag und gleichzeitig die Bundesregierung aufgefordert wurden, die deutsche Schuld bei der Zerstörung von Gernika einzugestehen. Einen ersten Versuch in diesem Sinne hatte bereits der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi dem Ältestenrat des Bundestages vorgelegt, sein Antrag war jedoch von allen anderen Parteien zurückgewiesen worden.¹⁴⁷

Am 24. April 1997 legten die parlamentarischen Fraktionen der SPD und der Grünen ihren eigenen Antrag vor. Es fehlten zwei Tage bis zum 60. Jahrestag der Bombardierung, und sie glaubten, daß der Antrag unter diesen Umständen nicht zurückgewiesen werden könne:

Der Bundestag bekundet den Nachkommen der Opfer seine Trauer und entschuldigt sich für dieses Verbrechen. Wir bekennen uns zur historischen Verantwortung, die aus diesem Kapitel unserer Geschichte erwächst.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gegenüber der Stadt und den Einwohnerinnen und Einwohnern von Gernika mit einer Geste der Versöhnung ein Bekenntnis zur Schuld und Verantwortung der Deutschen abzulegen und damit die Grundlagen für eine friedliche und freundschaftliche Zukunft zwischen unseren Völkern weiter zu verbessern.¹⁴⁸

Die Mehrheitspartei im Bundestag, die CDU, war in einem Dilemma: Sie wollte keine Entscheidung treffen, die ihrem Beschluß von Ende 1996 widersprach; vor allem aber konnte sie nicht dem Bundespräsidenten Herzog —ebenfalls von der CDU— zuvorkommen, von dessen Botschaft nur die CDU selbst wußte. Infolgedessen wies der Bundestag den Antrag mit den Stimmen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP zurück. Joachim Hörster von der CDU sagte beispielsweise, daß man der Nazi-Verbrechen am Holocaust-Gedenktag am 27. Januar gedenken könne.¹⁴⁹ Die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) erklärte sogar lakonisch, "man kann nicht jeden Jahrestag begehen". Die Haltung der Regierungsparteien war für viele unverständlich, und von den Massenmedien wurde sie scharf kritisiert.

Am Samstag, dem 26. April 1997, fanden die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Zerstörung Gernikas durch die Legion Condor statt. In der Gedenkmesse legten u.a. der Bürgermeister von Pforzheim, Joachim Becker, und verschiedene Mitglieder der Berliner Initiative *Gegen das Vergessen* Kränze nieder. Erst nach ihnen war die Reihe am deutschen Botschafter Henning Wegener. Das Band an seinem Kranz trug die persönliche Aufschrift *Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland*; nicht einmal einen Kranz hatte die Bundesregierung schicken lassen.

Am selben Abend fand ein kleiner Versöhnungsakt zwischen Deutschen und Basken statt. Er wurde von der Gruppe *Gernika Batzordea* veranstaltet und richtete sich besonders an zehn angereiste Mitglieder vom *Arbeitskreis Regionalgeschichte* aus Neustadt, die mit einer Rede antworteten und ein Gemälde übergaben.

Der Höhepunkt der Veranstaltungen um den 60. Jahrestag fand jedoch erst am Tag danach statt, am Sonntag dem 27. April: Auf dem Marktplatz wurde das erste *Treffen der überlebenden Zeitzeugen der Bombardierung von Gernika* veranstaltet, ausgerichtet von Gernika Gogoratuz und der Stadt Gernika. Vor 400 Personen, darunter etwa 150 Überlebenden der Bombardierung, sprach zuerst der Bürgermeister Eduardo Vallejo in seiner Funktion als Präsident der Stiftung Gernika Gogoratuz. Er bedankte sich für die "Geste des Friedens und der Solidarität" der Deutschen, die zu diesem Treffen gekommen waren.¹⁵⁰ Seinen Beitrag schloß er mit der Forderung, daß nun auch die Repräsentanten des spanischen Staates ihre Schuld an der Zerstörung Gernikas eingestehen sollten, denn die franquistische Lüge, daß die baskischen Nationalisten und die *Roten* die Stadt in Brand gesteckt hätten, ist nie offiziell zurückgenommen worden:

Ich fordere, daß die große Lüge offiziell zurückgenommen wird, mit der man uns beschuldigte, unsere eigene Stadt zerstört zu haben. Der Diktator hatte die Lüge begründet und damit den Schmerz der Tragödie, unter der die Basken litten, noch verstärkt. Die Basken müssen von dieser Schmach befreit werden, denn obwohl die Geschichte vom ersten Moment an die Wahrheit offenlegte, haben die spanischen Regierungen dies nie offiziell anerkannt.¹⁵¹

Im Anschluß daran las der deutsche Botschafter Henning Wegener die Botschaft des Bundespräsidenten Roman Herzog an die Überlebenden der Bombardierung. Diese Botschaft wurde von Luis Iriondo, dem Sprecher der Überlebenden, mit einer Versöhnungserklärung erwidert, die den emotionell bewegendsten Moment des Tages darstellte. Danach gedachten Frieder Wolf in Vertretung der Heinrich-Böll-Stiftung und die *grüne* Europa-Parlamentarierin Edith Müller der Figur von Petra Kelly, und sie würdigten ihre Verdienste um eine Versöhnungsgeste gegenüber Gernika. Schließlich überreichten sie Gernika Gogoratuz feierlich ein Foto der verstorbenen Petra Kelly.

Die Botschaft des deutschen Bundespräsidenten hat eine außergewöhnliche Bedeutung, denn es ist keineswegs üblich, die Schuld einzugestehen und um Verzeihung zu bitten für ein deutsches Verbrechen —eines unter vielen deutschen Verbrechen—, das sechzig Jahre zuvor begangen worden war. Diese Geste läßt sich nur mit der Bedeutung Gernikas als Symbol für Frieden und Versöhnung erklären; diese Bedeutung wurde immer von der Stadt Gernika gepflegt und Roman Herzog durch Gernika Gogoratuz vermittelt. Angesichts der großen Bedeutung dieser Botschaft werden wir sie in

ihrer Gesamtheit wiedergeben. Da es sich bei der Niederschrift der Botschaft um eine persönliche Entscheidung des Bundespräsidenten handelte, wählte er die Bezeichnung *Grußwort*:

Grußwort

**aus Anlaß eines Empfangs des Friedensforschungszentrums
"Gernika Gogoratuz" am 27. April 1997
für die überlebenden Zeitzeugen der Bombardierung von Gernika**

Am 26. April 1937 wurde Gernika Opfer eines Luftangriffes von Verbänden der Legion Condor, der den Namen dieser Stadt zu einem Symbol für eine Kriegführung machte, die eine wehrlose Bevölkerung gleichermaßen grausam und unvorbereitet traf. Der Tag von Gernika und das menschliche Leiden, für das dieser Name steht, gehören seitdem zur kollektiven Erinnerung unserer Völker.

Sechzig Jahre nach der Bombardierung sind neue Generationen herangewachsen. Aber Sie als Opfer des Angriffs tragen Ihre Erinnerungen an diesen Tag und seine Folgen noch in Ihrem Herzen. Für Sie ist noch Gegenwart, was für die meisten von uns Vergangenheit ist, obwohl uns allen die Trauer um das Leid, das damals über Gernika gebracht wurde, gegenwärtig sein muß.

Ich möchte mich der Vergangenheit stellen und mich zur schuldhaften Verstrickung deutscher Flieger ausdrücklich bekennen. An Sie als Überlebende des Angriffs, als Zeugen des erlittenen Grauens richte ich meine Botschaft des Gedenkens, des Mitgefühls und der Trauer.

Ich gedenke der einzelnen Menschen, denen an diesem Tag in Gernika das Lebensglück zerstört, die Familie zerrissen, das Haus vernichtet, die Nachbarschaft genommen wurde. Ich trauere mit Ihnen um die Toten und Verletzten. Ihnen, die die Wunden der Vergangenheit noch in sich tragen, biete ich meine Hand mit der Bitte um Versöhnung.¹⁵²

Eine solche Anerkennung deutscher Schuld ist keinesfalls üblich. Der Bundespräsident handelte als würdiger Repräsentant seines Landes, obwohl die eigene Regierung — deren führender Partei CDU er selbst angehört — sich immer geweigert hat, dasselbe zu tun. Mit seiner mutigen Handlungsweise bewahrte er die deutsche Würde vor den Augen der Basken. In allen spanischen Massenmedien und vielen Medien der ganzen Welt wurde der Mut dieses Präsidenten einstimmig gepriesen.

Einige deutsche Zeitungen kritisierten die Botschaft des Bundespräsidenten, weil sie nicht klar genug sei und mit dem

Ausdruck der "schuldhaften Verstrickung deutscher Flieger" keine entschiedene Position zur Frage der Schuld und der Mörder bezogen werde.¹⁵³ Trotz dem besteht kein Zweifel, daß die Worte des Präsidenten in Gernika äußerst wohlwollend aufgenommen wurden. Bürgermeister Vallejo zeigte offen seine Genugtuung, und allgemein herrschte Übereinstimmung, daß die Botschaft des Präsidenten genug sei: Ein Schuldeingeständnis des Bundestages oder der Bundesregierung sei nicht mehr nötig, weil der Bundespräsident der ranghöchste Repräsentant der Deutschen sei.¹⁵⁴ Der überzeugendste

Erklärung der überlebenden Zeitzeugen

Vor sechzig Jahren erhielten wir in Gernika einen unerwarteten Besuch. Viele von uns waren noch Kinder, und es kamen Männer aus einem fremden Land, die uns nicht kannten und die auch wir nicht kannten. Sie spürten nicht einmal Haß gegen uns, denn wir hatten ihnen nichts getan, aber sie sahen uns auch nicht so, wie wir wirklich waren. Denn sie waren oben und wir waren unten. Wenn Sie, wie wir, unten gewesen wären, hätten sie bemerkt, daß wir Kinder waren, wie es sie auch in ihrer Heimat gab, wie ihre Kinder und ihre kleinen Geschwister. Und die Frauen waren genau wie ihre Frauen, wie ihre Mütter, ihre Gattinnen und ihre Bräute.

Aber sie sahen uns nicht so. Aus ihrer Höhe sahen sie uns wahrscheinlich wie Ameisen, die verzweifelt flüchteten. Und wir konnten nicht mit ihnen sprechen. Die Menschen und die Ameisen können nicht miteinander sprechen.

Und sie warfen einen Regen aus Feuer, Bomben und Verderben auf uns. Und sie zerstörten unsere Heimat. Und in jener Nacht konnten wir nicht mehr in unserem Haus zu Abend essen und nicht mehr in unserem Bett schlafen. Wir hatten kein Haus mehr. Wir hatten kein Heim mehr.

Aber diese Tat, die für uns absolut unverständlich war, hinterließ in uns keine Gefühle des Hasses und der Rache, sondern einen ungeheuer großen Wunsch nach Frieden. Den Wunsch, daß so etwas nie wieder geschehen dürfe. Den Wunsch, daß aus den Ruinen unserer Heimat eine Friedensfahne erwüchse, die alle Völker der Welt erreichen sollte.

Heute empfangen wir wieder einen Besuch. Wieder kommen zu uns Menschen aus einem fremden Land. Aber diesmal kommen sie mit einer ausgestreckten Hand. Die einen oben und die anderen unten gibt es nicht mehr, und darum können wir uns verstehen, auch wenn wir verschiedene Sprachen sprechen. Jetzt, ja jetzt können wir tun, was wir damals nicht tun konnten: unsere Arme öffnen und sagen: Willkommen in Gernika, gehen wir gemeinsam den Weg des Friedens.¹⁵⁵

Beweis dafür, daß die Botschaft des Präsidenten sogar von den Überlebenden der Bombardierung angenommen wurde, ist jedoch ihre Versöhnungserklärung, verfaßt und verlesen von ihrem Sprecher Luis Iriondo.

XI. Schlußwort

Die zwei Jahrzehnte der Geschichte der Versöhnung zwischen Gernika und Deutschland weisen zwei Grundtendenzen auf: Die erste ist die Schwierigkeit, die Versöhnung auf offizieller Ebene zu erreichen. Sämtliche Versuche stießen auf ernstliche Hindernisse in Form von historischen und persönlichen Fehlinterpretationen sowie von wirtschaftlichen Problemen. Die Comisión Gernika von Jesús Arana war zum Scheitern verurteilt, weil die deutsche Bundesregierung nicht bereit war, ein derart wichtiges Thema mit einer Privatperson oder einer Gruppe von Privatpersonen zu verhandeln.

Das Scheitern von Petra Kelly und Gert Bastian im Bemühen um die deutsche Unterstützung des Friedensforschungszentrums Gernika Gogoratuz stieß auf die Probleme vieler Deutscher mit der Bewältigung ihrer Vergangenheit, da die Einrichtung dieses Zentrums unweigerlich an das Verbrechen der Legion Condor erinnert hätte. Die anderen Deutschen, die den Militarismus ablehnen und nicht bereit sind zu vergessen, sondern aus den Fehlern der Vergangenheit lernen wollen, konnten sich im Bundestag nicht durchsetzen. So wurde die große Chance vertan, eine bedeutende Institution für den Frieden am bestmöglichen Ort einzurichten – an dem Ort, der die Schrecken des Krieges symbolisiert, gleichzeitig aber auch den Frieden und die Versöhnung.

Das Friedensforschungszentrum Gernika Gogoratuz mußte seine Tätigkeit also ohne deutsche Unterstützung aufnehmen. Trotzdem fühlte man sich immer der Arbeit von Petra Kelly und dem Ziel der Versöhnung zwischen Gernikanern und Deutschen verpflichtet. In Bezug auf dieses Thema müssen in der vorliegenden Arbeit drei entscheidende Punkte hervorgehoben werden: erstens die Überzeugung

daß die Überlebenden der Bombardierung nicht nur Empfänger, sondern Protagonisten der Versöhnung sein müssen; zweitens die Notwendigkeit, mit einer versöhnlichen Haltung die Geschichte zu analysieren; drittens in die Zukunft gerichtete Friedensarbeit.

Die Alternative zum Friedensforschungszentrum war das Berufsbildungszentrum Das sogenannte Projekt Gernika wurde von allen politischen Parteien im Bundestag akzeptiert, auch wenn es —oder besser gesagt— eben weil es eine geringere Verpflichtung der Vergangenheit gegenüber darstellte. Die deutschen Politiker dagegen wußten die Gelegenheit, die dieses Projekt bot, nicht zu nutzen, und das jahrelange Warten auf eine Entscheidung der Bundesregierung war gekennzeichnet von Versprechen, Hinhaltenmanövern und Verzögerungen, bis es endgültig gescheitert war. Diese Haltung hat dem Bild der Bundesrepublik schwer geschadet, und dieser Schaden läßt sich nicht einfach mit einer späten und unvollständigen Entscheidung zugunsten der teilweisen Finanzierung einer Sporthalle beheben; außerdem handelt es sich dabei kaum um eine echte Versöhnungsgeste.

Positiv zu vermerken sind in diesen zwei Jahrzehnten die Partnerschaft mit Pforzheim und die Botschaft des Bundespräsidenten Herzog. Die Schnelligkeit, mit der die Partnerschaft vollzogen wurde, war zunächst verdächtig, aber die Bürger von Gernika und Pforzheim und ihre jeweiligen Repräsentanten bewiesen in den angespannten Momenten der Krise um das Projekt Gernika einen ausgeprägten Sinn für Solidarität. Tatsächlich kann man sagen, daß die Versöhnung zwischen Pforzheim und Gernika erfolgt ist.

Schwieriger verhielt es sich mit der Versöhnung zwischen Gernikanern und Deutschen im allgemeinen. Nach erheblichen Wiedergutmachungen an die Geschädigten des Krieges glaubten viele Deutsche, endgültig die NS-Vergangenheit hinter sich gelassen zu haben. In dieser bequemen Einstellung war die Erinnerung an Gernika nur störend. Trotzdem reifte in den achtziger Jahren das Bewußtsein der unbewältigten deutschen Vergangenheit, und die Diskussionen um Gernika weckten in Deutschland mehr und mehr Sympathien.

Hier liegt die zweite Grundtendenz der vergangenen zwanzig Jahre: Trotz allem Auf und Ab in ihren Beziehungen haben sich die Deutschen und die Gernikaner einander angenähert. Sie haben gelernt, sich gegenseitig zu verstehen. Mit der Botschaft des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog und mit der Akzeptierung seiner Worte durch die Überlebenden der Bombardierung von Gernika ist es ihnen gelungen, sich zu versöhnen. Dabei muß die Rolle von Gernika

Gogoratz hervorgehoben werden, des Friedensforschungszentrums, das damals von der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten als Empfänger deutscher Hilfe abgelehnt wurde, obwohl dies eine würdige Versöhnungsgeste dargestellt hätte.

Dieses Zentrum hat eine entscheidende Rolle als Vermittler zwischen dem Präsidenten und den Überlebenden und damit zwischen den Deutschen und den Gernikanern gespielt. Gernika Gogoratz suchte keine Geste, die letztendlich einer Kriegsreparation gähnelt hätte, wie die Ziele der *Conisión Gernika*, und es sollte auch kein Mittelding zwischen Reparation und Versöhnungsgeste sein, wie das Projekt Gernika. Gernika Gogoratz wollte vielmehr auf selbstlose Weise das Bewußtsein der Bevölkerung wecken und den Menschen näherkommen, wobei mit den eigentlichen Protagonisten, den Überlebenden, begonnen wurde, die sechzig Jahre nach der Bombardierung ihrer Heimatstadt ihre Würde wiedererlangt haben.

Die Geschichte endet hier nicht, denn diejenigen, die so beherzt für die Versöhnung eingetreten sind, arbeiten weiter daran. Die Fraktionen der Grünen und der SPD haben sich am 15. Dezember 1997 auf eine Beschlussempfehlung geeinigt, mit der der Bundestag sein Einverständnis und seine Anerkennung gegenüber der Botschaft des Bundespräsidenten Roman Herzog ausdrücken soll, die zum 60. Jahrestag der Bombardierung verlesen wurde; auch die Bundesregierung soll sich dieser Erklärung anschließen.¹⁵⁶ Die Berliner Initiative *Gegen das Vergessen* bleibt ebenfalls aktiv und gründet im Frühjahr 1998 einen deutsch-baskischen Kulturverein. Schließlich haben die Überlebenden der Bombardierung den Protagonismus wiedererlangt, den sie nie hätten verlieren dürfen. In ihrem Selbstwertgefühl bestärkt, veranstalten sie weiterhin ihre Treffen, wobei sie von Gernika Gogoratz beraten werden.

Die Bewertung von zwei Jahrzehnten Geschichte der Versöhnung fällt sehr positiv aus. Es scheint, als hätten alle dabei aufgetauchten Probleme die Menschen einander nur näher gebracht. Die Worte des ehemaligen Bürgermeisters Juan Luis Zuzaeta drücken dies auf einfache Weise aus:

Es ist eine hervorragende Arbeit geleistet worden; die Deutschen und die Bevölkerung von Gernika verstehen sich jetzt und lieben sich.¹⁵⁷

Anmerkungen

1. In der deutschen Tagespresse vom 28.4.1997, u.a. in der *Pforzheimer Zeitung*, S. 23.
2. Eine gute Zusammenfassung der Bibliographie über Gernika findet sich bei: Walther L. Bernecker, *Krieg in Spanien 1936–1939*, Darmstadt 1991, S. 62–67.
3. Klaus A. Maier, *Guernica*, 26.4.1937: *Die deutsche Intervention in Spanien und der "Fall Guernica"*, Freiburg 1975.
4. Wolfgang Wippermann, "Improvisierter Terror? Gernika war ein 'deutsches Projekt'", in: *Zeichen*, hg. von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Nr. 1 (März 1997), 25. Jahrgang, S. 7.
5. Jesús Arana Urkiola, *Gernika-Alemania. Dificiles gestiones*, Bilbao 1992; da dieses Buch häufig zitiert wird, kürzen wir es fortan folgendermaßen ab: *Arana*.
6. Gert Bastian und Petra Kelly, *Guernica und die Deutschen: Dokumentation einer gescheiterten Wiedergutmachung*, Hamburg und Zürich 1992; im Folgenden: *Bastian/Kelly*.
7. Der Begriff wurde Ende 1996 von der Berliner Initiative *60 Jahre Gernika – Gegen das Vergessen* geprägt.
8. *Pforzheimer Zeitung*, 28.4.1997, S. 23.
9. Hizkias Assefa, "Reconciliation and Healing", Vortrag auf dem Zweiten Internationalen Forum über Friedenskultur der UNESCO in Manila (Philippinen), November 1995, S. 1 und 4 (21 S.).
10. Gernika Gogoratuz, "Apuntes sobre cómo contribuir a que se genere una infraestructura de paz y una dinámica de transformación del conflicto en Euskal Herria", Gernika 1996, S. 5 (8 S.).
11. Erin MacCandless und Eric Abitbol, "Reconciliation and Justice: some reflections", Vortrag während der VI. Kultur- und Friedenstage in Gernika, April 1996, 8 S.
12. Hizkias Assefa, *ibid.*, S. 11–12.

13. UNESCO, *“Hacia una cultura global de paz”*, Arbeitspapier, vorgestellt auf dem Zweiten Internationalen Forum für Friedenskultur der UNESCO in Manila (Philippinen), November 1995; Übersetzung des Autors.
14. Sämtliche Versöhnungsansätze sind dargestellt in: Johan Galtung, *“La violencia, la guerra y sus consecuencias: Dinámica de construcción de paz”*, Arbeitspapier, vorgelegt im September 1995 durch Gernika Gogoratuz, Gernika, 14 S.
15. Beispielsweise bei Ludolf Herbst in der Einführung von: Ludolf Herbst und Constantin Gschler, *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989, S. 8–9.
16. Ibid., S. 16.
17. Christian Pross, *Wiedergutmachung: Der Kleinkrieg gegen die Opfer*, Frankfurt/M. 1988, S. 290.
18. Adenauer an Blankenhorn, 24.8.1952, in: Konrad Adenauer, *Briefe*, Band 3: 1949–1951, Berlin 1985, S. 208.
19. Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten: Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 525.
20. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 46/83 vom 17.11.1983, S. 565.
21. Daten aus Hermann Glaser, *Deutsche Kultur 1945–2000*, München und Wien 1997, S. 52–53. Als *Klassenfeinde* wurden nicht nur ehemalige Nationalsozialisten verstanden, sondern alle Mitglieder der kapitalistischen Elite; damit wurde die *Entnazifizierung* bald zum *Klassenkampf*.
22. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 13.
23. Ibid., S. 17.
24. Obwohl auch schon vorher darüber diskutiert wurde, war der erste, der dieses Konzept hervorhob Hans-Rudolf Müller-Schwefe, *Unbewältigte Vergangenheit: Vom Gestern im Heute*, Wuppertal-Barmen 1958.
25. Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein*, Hamburg 1987, S. 11–13.
26. Manfred Kittel, *Die Legende von der “Zweiten Schuld”: Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer*, Frankfurt/Main und Berlin 1993, S. 387.
27. Zitiert von Stefan Ripplinger, *“Der kollektive Kinkel”*, in: *junge Welt*, 9.5.1996.
28. Ernst Nolte, *“Vergangenheit, die nicht vergehen will”*, in: *FAZ*, 6.6.1986.
29. Jürgen Habermas, *“Eine Art Schadensabwicklung: Apologetische Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung”*, in: *Die Zeit*, 11.7.1986.
30. Die Mehrzahl der in der ersten Phase des Historikerstreits veröffentlichten Artikel sind gesammelt in: *«Historikerstreit»: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987.

31. Wolfgang Wippermann, *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse*, Berlin 1997, S. 10, Zitat von S. 124.
32. Untertitel: *Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996; original: *Hitler's willing executioners*.
33. Wippermann, *ibid.*, S. 7–8.
34. Ian Kershaw, *Der NS-Staat: Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Hamburg 1988, S. 334; original: *The Nazi Dictatorship*, London 1985.
35. Zygmunt Baumann, *Die Dialektik der Ordnung: Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg 1992, S. 20.
36. Arana, S. 10.
37. Das Gemälde trägt den Namen in der spanischen Schreibweise *Guernica*; dagegen ist heutzutage *Gernika* in baskischer Schreibweise der offizielle Ortsname. In den Zitaten wird das jeweilige Original respektiert.
38. Arana, S. 13.
39. *Ibid.*, S. 18; Übersetzung des Autors.
40. Schreiben der Comisión Gernika an Helmut Schmidt, 30.12.1980, in: *ibid.*, S. 16; Übersetzung in: Bastian / Kelly, S. 87.
41. *Ibid.*, S. 16–17.
42. *Ibid.*, S. 58; Übersetzung in: Bastian / Kelly, S. 94.
43. *Ibid.*, S. 76–80; Übersetzung in: Bastian / Kelly, S. 91–92.
44. Brief von Hans-Dietrich Genscher an Willi Piecyk, den Präsidenten der Jusos, in: *ibid.*, S. 108; Übersetzung in: Bastian / Kelly, S. 87.
45. *Ibid.*, S. 112.
46. *Ibid.*, S. 124; Übersetzung des Autors.
47. *Ibid.*, S. 167; Übersetzung in: Bastian / Kelly, S. 98.
48. *Ibid.*, S. 168; Übersetzung in: *ibid.*, S. 99.
49. *Ibid.*, S. 202; Übersetzung des Autors.
50. Meinung des Kultur-Stadtrats von Gernika, Luis Ortuzar, in einem Gespräch mit dem Autor, 18.2.1998.
51. So der deutsche Botschafter in Madrid, Lothar Lahn, im obengenannten Schreiben an den Bürgermeister von Gernika, Dunixi Abaitua, am 22.10.1981. Jesús Arana führt in seinem Buch weitere Beispiele auf, in denen dieses Argument genannt wurde.
52. Arana, S. 54.
53. *Ibid.*, S. 255; Übersetzung des Autors.
54. In einem Gespräch mit dem Autor, 27.2.1998; Übersetzung des Autors.
55. Der *Baum von Gernika* ist das Symbol der baskischen Demokratie; seit dem Mittelalter versammelten sich unter ihm die Volksvertreter der Provinz Bizkaia.
56. Die Grünen, *Eine notwendige Dokumentation zum Thema Gernika und die Deutschen – 51 Jahre danach ...*, Bonn 1988, S. 157.

57. Ibid., S. 157–158.
58. Bastian/Kelly, S. 117.
59. Arana, S. 333.
60. Bastian/Kelly, S. 117.
61. Ibid., S. 30.
62. Laut einem Brief des Sekretärs des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages an verschiedene Abgeordnete, 12.4.1988; in: *ibid.*, S. 128–129.
63. Aktennotiz von Alfred Mechttersheimer, 28.4.1988; in: *ibid.*, S. 32–33.
64. Ibid., S. 33.
65. Übereinstimmung zwischen Juan Luis Zusaeta, Bürgermeister von Gernika von 1982 bis 1991, Eduardo Vallejo, Bürgermeister seit 1991, und Luis Ortuzar, Kulturstadtrat von 1987 bis 1991 und erneut seit 1995, in Gesprächen am 27., 17. und 18. Februar 1998.
66. Bastian/Kelly, S. 34.
67. Ibid., S. 35.
68. Ibid., S. 39.
69. Ibid., S. 150.
70. Ibid.
71. Ibid., S. 40.
72. In: Ingo Niebel, *Petra Kelly: Gernika – Geste der Versöhnung/Gesto de reconciliación*, Berlin 1997, S. 11–12.
73. Laut einem Gespräch des Autors mit Juan Gutiérrez, Koordinator von Gernika Gogoratuz, 5.3.1998; Übersetzung des Autors.
74. Siehe auch in: Bastian/Kelly, S. 170–171.
75. Ibid., S. 174.
76. Brief von Graf Schweinitz vom Informations- und Pressestab 3 des Bundesministers der Verteidigung an Juan Gutiérrez, 7.11.1990, in: *ibid.*, S. 175–177.
77. Ibid., S. 184–190.
78. Ibid., S. 195.
79. Arana, S. 87 und S. 151.
80. Dieses Projekt und sein Scheitern siehe in: Hubert Brieden, Heidi Dettinger und Marion Hirschfeld (Arbeitskreis Regionalgeschichte), *Ein voller Erfolg der Luftwaffe: Die Vernichtung Guernicas und deutsche Traditionspflege: Wunstorf-Pforzheim-Bonn*, Neustadt 1997; zweite völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage der Erstauflage von 1985.
81. *Leine-Zeitung*, 18.9.1987.
82. Ibid.
83. Ibid.
84. Hubert Brieden, Heidi Dettinger und Marion Hirschfeld (Arbeitskreis Regionalgeschichte), *Ein voller Erfolg der Luftwaffe: Die Vernichtung Guernicas*

und deutsche Traditionspflege: Wunstorf–Pforzheim–Bonn, Neustadt 1997, S. 108.

85. Es wird geschätzt, daß in den 19 Minuten, die der Angriff dauerte, 17.600 Personen ums Leben kamen, was 27% der damaligen Bevölkerung entspricht; in: Olaf Groehler, *Zielort Pforzheim – Alliierte Bombenangriff 1945*, Pforzheim 1992, S. 23; und in: Ursula Moessner-Heckner, *Pforzheim: Code Yellowfin: Eine Analyse der Luftangriffe 1944–1945*, Sigmaringen 1991, S. 15.
86. In einem Schreiben von Karl-Heiz Kuhna vom Auswärtigen Amt an Jesús Arana, 4.6.1987, in: Arana, S. 292; Übersetzung des Autors.
87. In einem Gespräch mit dem Autor, 27.2.1998.
88. Laut Eduardo Vallejo, Bürgermeister von Gernika, in einem Gespräch mit dem Autor, 17.2.1998.
89. Laut Gernikas ehemaligem Bürgermeister Juan Luis Zuzaeta in einem Gespräch mit dem Autor, 27.2.1998.
90. In einem Gespräch mit dem Autor, 27.2.1998.
91. *Der Spiegel*, 5/1988.
92. Seit 1975 war die wissenschaftliche Diskussion der Bombardierung von Gernika aufgelebt, und auch einige Autoren aus dem Umfeld der rechtsradikalen Revisionisten meldeten sich zu Wort, so Adolf von Thadden, *Guernica: Greuelpropaganda oder "Kriegsverbrechen"*, 1982, und Siegfried Kappe-Hardenberg, *Ein Mythos wird zerstört*, 1987; beide Autoren beschreiben die Zerstörung von Gernika als ein militärisches Versehen, und sie bagatellisieren und bezweifeln die deutsche Verantwortung dafür.
93. Im *Pforzheimer Wochenblatt*, 25.11.1987.
94. Beispielsweise in der *Frankfurter Rundschau*, 2.1.1988.
95. Arana, S. 333.
96. *Ibid.*, S. 335–336.
97. "Ausführungen von Dr. Joachim Becker ... anlässlich der feierlichen Besiegelung der Städtepartnerschaft Pforzheim-Gernika am 29. April 1989 in Gernika", im Archiv von Gernika Gogoratuz.
98. Laut Juan Luis Zuzaeta in einem Gespräch mit dem Autor, 27.2.1998.
99. Daten aus der Dokumentation der Stadt Pforzheim: *Gernika – Die langjährigen Versäumnisse der Bundesregierung*, Mai 1995, S. 13–14 (14 S.); da es im folgenden öfter zitiert wird, werden wir die folgende Abkürzung verwenden: *Pforzheim*.
100. In den folgenden Jahren wurden wieder Subventionen beantragt; das Vertrauen in die Großzügigkeit der Regierung war jedoch ernstlich geschädigt.
101. Laut Luis Ortuzar in einem Gespräch mit dem Autor, 18.2.1998.
102. Pforzheim, S. 4
103. *Ibid.*
104. *Ibid.*, S. 8.

105. Ibid., S. 12.
106. Ibid., S. 5; diese Studie war realistischer als ein Vorprojekt, das von 48 Millionen Mark ausgegangen war.
107. Laut einem Brief des Bürgermeisters von Gernika, Eduardo Vallejo, an Ingo Niebel, in: *Die Deutschen und Gernika 1937–1997: Dokumentation eines ungesühnten deutschen Kriegsverbrechens*, hg. von der PDS anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Gernikas, Bonn 1997, S. 12 (16 S.).
108. Arana, S. 18; Übersetzung des Autors.
109. Pforzheim, S. 6.
110. Ibid.
111. Brief des Ministeriums an Ingo Niebel, in: Ingo Niebel, *Die Deutschen und Gernika 1937–1997*, Bonn 1997, S. 12.
112. Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2181:3.
113. Seit 18.5.1992.
114. Pforzheim, S. 6.
115. Pforzheim, S. 1.
116. Laut Eduardo Vallejo in einem Gespräch mit dem Autor, 16.3.1998; Übersetzung des Autors.
117. Ibid.
118. Pforzheim, S. 7.
119. Ibid.
120. Siehe *Pforzheimer Kurier*, 20.5.1995; zu dieser Gelegenheit wurde die Dokumentation der Stadt Pforzheim verteilt: *Gernika – Die langjährigen Versäumnisse der Bundesregierung*, Mai 1995, 14 S.
121. *Pforzheimer Kurier*, 23.5.1995.
122. *Pforzheimer Zeitung*, 22.5.1995.
123. Ibid.
124. *Pforzheimer Kurier*, 30.5.1995.
125. Laut Eduardo Vallejo in einem Gespräch mit dem Autor, 16.3.1998.
126. Laut Eduardo Vallejo in einem Gespräch mit dem Autor, 17.2.1998; Übersetzung des Autors.
127. Offizieller Titel, veröffentlicht als *Drucksache* 13/2366 des Bundestages, S. 4970–4975. Für die Debatte war eine halbe Stunde vorgesehen.
128. Ibid., S. 4971.
129. Wolfgang Wippermann, „Improvisierter Terror? Gernika war ein ‘deutsches Projekt’“, in: *Zeichen*, hg. von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Nr. 1 (März 1997), 25. Jahrgang, S. 7.
130. Bundestag, *Drucksache* 13/2366, S. 4975.
131. Ibid.
132. In einem Gespräch mit dem Autor, 16.3.1998; Übersetzung des Autors.

ANMERKUNGEN

133. Protokoll des Haushaltsausschusses des Bundestages, 18.1.1996.
134. Bericht des Ausschusses, 6.1.1996.
135. Ibid.
136. Laut Sitzungsbericht vom 12.2.1997.
137. In der Tageszeitung *Deia*, 14.2.1997.
138. Der Begriff wurde Ende 1996 von der Berliner Initiative *60 Jahre Gernika – Gegen das Vergessen* geprägt.
139. In einem Gespräch mit dem Autor, 16.3.1998; Übersetzung des Autors.
140. Eduardo Vallejo verurteilte diesen "Gipfel der Manipulation" in einer Pressekonferenz nach der Vollversammlung des Stadtrats von Gernika am 12.2.1997; siehe *Deia*, 14.2.1997.
141. Öffentliche Einladung der Gewerkschaft IG Medien zur Diskussionsveranstaltung am 27.8.1996; im Archiv von Gernika Gogoratuz.
142. *Offener Brief* im Archiv von Gernika Gogoratuz.
143. *Aufruf*; im Archiv von Gernika Gogoratuz.
144. Originaltitel: *Memoria colectiva del bombardeo de Gernika*, Bilbao 1996.
145. *Berliner Schuldbekennnis*, 11.4.1997; in deutscher und spanischer Fassung im Archiv von Gernika Gogoratuz.
146. In der deutschen und spanischen Fassung im Archiv von Gernika Gogoratuz.
147. Siehe *Neues Deutschland*, 25.4.1997.
148. Vom Autor am 21.4.1997 per Fax erhalten; im Archiv von Gernika Gogoratuz.
149. In der *Frankfurter Rundschau*, 25.4.1997.
150. Veröffentlicht in der Zeitschrift *Aldaba* (Gernika), Nr. 87 (Mai-Juni 1997), S. 29; Übersetzung des Autors.
151. Ibid.
152. Veröffentlicht u.a. in der *Pforzheimer Zeitung*, 28.4.1997, S. 23.
153. So in: *Die Zeit*, 2.5.1997; auch in einer Erklärung der *Gruppe antifaschistischer Historiker der Region Hannover/Wunstorf* bzw. des *Arbeitskreises Regionalgeschichte Neustadt*, 28.4.1997, verfaßt in Gernika; im Archiv von Gernika Gogoratuz.
154. Der Bürgermeister von Gernika, Eduardo Vallejo, erklärte am 26.4.1997 in einem Gespräch mit dem Autor: "Der deutsche Präsident ist nicht ein Herr, sondern der deutsche Präsident"; Übersetzung des Autors.
155. Veröffentlicht in der *Pforzheimer Zeitung*, 28.4.1997, S. 23.
156. *Drucksache* 13/9468.
157. In einem Gespräch mit dem Autor, 27.2.1998; Übersetzung des Autors.

Auswahlbibliographie

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: *60 Jahre Bombardierung Gernikas – Gegen das Vergessen!*, monographische Ausgabe der Zeitschrift *Zeichen*, Nr. 1 (März 1997), 25. Jahrgang. (Von besonderem Interesse ist ein Artikel von Wolfgang Wipper-

mann: *„Improvisierter Terror? Gernika war ein ‘deutsches Projekt’“*, S. 6–7.)

Arana Urkiola, Jesús: *Gernika-Alemania. Dífíciles gestiones*, Bilbao 1992.

Bastian, Gert/Kelly, Petra K. (Hg.): *Guernica und die Deutschen. Dokumentation einer gescheiterten Wiedergutmachung*, Hamburg und Zürich 1992.

Brieden, Hubert/Dettinger, Heidi/Hirschfeld, Marion (Arbeitskreis Regionalgeschichte): *„Ein voller Erfolg der Luftwaffe“. Die Vernichtung Guernicas und die deutsche Traditionspflege. Wunstorf–Pforzheim–Bonn*, Neustadt 1997 (aktualisierte Neuauflage; Erstauflage 1985).

Cava Mesa, María Jesús: *Memoria colectiva del bombardeo de Gernika*, Bilbao 1997.

Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

Galtung Johan: *„La violencia, la guerra y sus consecuencias: Dinámica de construcción de paz“*, Arbeitspapier, vorgelegt im September 1995 durch Gernika Gogoratuz, Gernika, 14 S.

Gernika Gogoratuz: *„Apuntes sobre cómo contribuir a que se genere una infraestructura de paz y una dinámica de transformación del*

- conflicto en Euskal Herria*“, Gernika 1996, 8 S.
- Goschler, Constantin: *Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954)*, München 1992.
- Grünen, Die: *Eine notwendige Dokumentation zum Thema Gernika und die Deutschen – 51 Jahre danach ...*, Bonn 1988.
- Herbst, Ludolf/ Goschler, Constantin: *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989.
- Kershaw, Ian: *The Nazi Dictatorship*, London 1985.
- Niebel, Ingo: *Petra Kelly: Gernika – Geste der Versöhnung/Gesto de reconciliación*, Gedenkschrift, hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung von Gernika, Berlin 1997, 16 S.
- Niebel, Ingo: *Die Deutschen und Gernika 1937–1997. Dokumentation eines ungesühnten deutschen Kriegsverbrechens*, hg. von der PDS im Bundestag anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung von Gernika, Bonn 1997, 16 S.
- Pforzheim Gernika – *Die langjährigen Versäumnisse der Bundesregierung*, Dokumentation der Stadt Pforzheim anlässlich der Diskussionen um das Projekt Gernika, Mai 1995, 14 S.
- Wippermann, Wolfgang: *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse*, Berlin 1997.

Veröffentlichungen

Cava Mesa, María Jesús: *Memoria colectiva del bombardeo de Gernika*, 1996.

Lederach, John Paul: *Construyendo la paz. Reconciliación sostenible en sociedades divididas*, 1998.

Kasper, Michael: *Gernika und Deutschland. Geschichte einer Versöhnung*, 1998.

Kasper, Michael: *Gernika y Alemania. Historia de una reconciliación*, 1998.

Fitzduff, Mari: *Más allá de la violencia. Procesos de resolución de conflicto en Irlanda del Norte*, 1998.

- Durchführung von Seminaren zur Schulung in Konfliktbehandlung, Verhandlungen, Vermittlung und Versöhnung, sowohl im Baskenland als auch in anderen Ländern.
- Entwicklung eines eigenen Modells zur Friedenserziehung in der Sekundarstufe und in Gymnasien, basierend auf der Behandlung von Konflikten. Vorbereitung von Richtlinien zur Reflexion und Schulung, zur baldigen Veröffentlichung.
- Veröffentlichung monographischer Arbeiten über Transformation von Konflikten, Vermittlung, Verhandlung, Selbstbestimmungsrecht und bibliographische Dokumentation.
- Gernika Gogoratuz verfügt über ein modernes Dokumentationszentrum über Frieden und Konfliktbehandlung, zur Information und Ausleihe, und bietet die Möglichkeit, Praktika durchzuführen.
- Seit 1996 Betreibung des *Internationalen Netzwerks zur Unterstützung von Versöhnungsprozessen*.

Arte kale, 1-1º • E-48300 Gernika-Lumo
 Tel.: 0034 4 625 35 58 • Fax: 0034 4 625 67 65
 E-mail: gernikag@sarenet.es
<http://www.sarenet.es/gernikag>

Bakeaz

Bakeaz ist ein selbständiger, regierungsunabhängiger pazifistischer Verein. Im Januar 1992 von einer Gruppe von Personen gegründet, die universitären und pazifistischen Kreisen angehören, bemüht sich Bakeaz, die Kenntnisse bestimmter Problematiken zu vertiefen, wie die Militarisierung der internationalen Beziehungen, die verschiedenen Konzeptionen von Sicherheitspolitik, Waffenherstellung und -handel, die theoretischen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Ökologie, oder Friedenserziehung. Ausgehend von kritischer Denkweise und der Verpflichtung den genannten Themen gegenüber, bemüht sich Bakeaz, den daran interessierten Personen und Organisationen Kriterien zur Reflexion und zur kollektiven Aktion nahezubringen.

Aktivitäten von Bakeaz:

1. Führung einer spezialisierten Bücherei.
2. Durchführung von Untersuchungen und Forschungsarbeiten.
3. Übersetzung und Veröffentlichung verschiedener ökologischer Studien des Worldwatch Institute. Bakeaz verfügt über eine eigene Aufsatzsammlung und eine theoretische Zeitschrift.
4. Veranstaltung von Kursen, Seminaren und Vortragsreihen.
5. Beratung von Organisationen, Institutionen und Massenmedien.
6. Veröffentlichung von Artikeln in Zeitungen und Fachzeitschriften, Vorträge und Referate bei Fachkongressen.

Avda. Zuberoa, 43-bajo • E-48012 Bilbao
 Tel.: 0034 4 421 37 19 • Fax: 0034 4 421 65 02
 E-mail: bakeaz@sarenet.es

Gernika und Deutschland

— Geschichte einer Versöhnung

Michael Kasper

Am 26. April 1937 bombardierte die deutsche Legion Condor die *heilige* Stadt der Basken Gernika. Die Deutschen kämpften im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der aufständischen Militärs gegen die demokratisch gewählte Republik und sammelten auf diese Weise erste Erfahrungen im Luftkrieg. Im dreieinhalbstündigen Bombenhagel starben hunderte von Menschen. Es handelte sich um den ersten ungehemmten Luftangriff gegen eine ungeschützte Stadt und ihre Zivilbevölkerung. Picasso verewigte dieses Grauen in seinem Gemälde *Guernica*.

Das deutsche Verbrechen blieb ungesühnt, bis am 27. April 1997 —genau sechzig Jahre und einen Tag nach der Bombardierung— der deutsche Bundespräsident Roman Herzog öffentlich in Gernika einen Brief an die überlebenden Zeitzeugen der Bombardierung lesen ließ und darin um Verzeihung bat. Die Worte des Bundespräsidenten waren der versöhnliche Abschluß von fast zwei Jahrzehnten währenden Bemühungen um eine deutsche Geste der Versöhnung für das 1937 begangene Verbrechen. Höhepunkte dieser Geschichte waren der Kriefall von Petra Kelly und Gert Bastian vor dem *heiligen* Baum von Gernika im Jahr 1987 und die 1989 geschlossene Partnerschaft zwischen Gernika und Pforzheim. Ebenso wie von Erfolgen waren diese Jahre aber auch von der bitteren Erfahrung gekennzeichnet, daß deutsche Politiker und Institutionen oftmals keinerlei Interesse am Schicksal Gernikas zeigten und gegebene Versprechen nicht einhielten, die auf deutsche Initiative hin geleistet wurden.

Michael Kasper ist Historiker, stammt aus Deutschland und lebt in Gernika. Seine Lehrtätigkeit an der Universität Deusto in Bilbao und am Goethe-Institut in Gernika verbindet er mit Journalismus und historischer Forschung. Seine bisherigen Veröffentlichungen betreffen den Pilgerweg nach Santiago de Compostela, Guerrillabewegungen und Volksaufstände des 18. und 19. Jahrhunderts im Baskenland sowie die erste *Baskische Geschichte* in deutscher Sprache.